Nr. 24 (Nr. 4) Dezember 2001 8. Jahrgang G 25659

Adalbertus forum

zeitschrift für ostmitteleuropäische begegnung

herausgegeben von

adalbertus-werk e.v.
bildungswerk der danziger katholiken

adalbertus-jugend
katholische jugend aus danziger familien

INHALT

Gerhard Nitschke
Miteinander leben Seite 2

Pfarrer Paul Magino
Geistliches Wort
Immanuel – Gott mit uns Seite 3

Georg Domansky
Estland, Lettland, Litauen:
Aus der Unterjochung zu drei freien Staaten
Zum Referat von Dr. Lambert Klinke Seite 4

Christel Gollmann
Estland, Lettland, Litauen:
Die Situation der Minderheiten in Staat und Gesellschaft heute
Zum Referat von Katri Raik Seite 6

Ingrid Neudeck
Polen:
Vom Vielvölkerstaat zur freiheitlichen Demokratie
Zum Referat von Adam Krzemiński Seite 8

Alfred Ordowski
Polen:
Die Situation der deutschen Minderheit in Staat und Gesellschaft heute
Zum Referat von Dr. Danuta Berlińska Seite 9

Dr. Hans-Werner Rautenberg
„Fremde" in Deutschland:
Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik Seite 11

Reinhard Juttner
„Fremde" in Deutschland:
Die Situation in Staat und Gesellschaft
Zum Referat von Gudrun Dirks Seite 20

Adalbert Ordowski
„Miteinander leben"
Erfahrungsberichte aus den einzelnen Ländern Seite 22

Gerhard Nitschke
Perspektiven der Volksgruppen und Minderheiten im künftigen Europa
Impulsreferate mit anschließendem Gesprächsforum Seite 25

Nele Quecke
Jugendprogramm Seite 30

Tabea Quecke
Kinderprogramm Seite 30

Mitgliederversammlung Seite 30

Erstes weltweites Danziger-Treffen Seite 30

Gerhard Nitschke
Von der „Ostsee-Akademie" zur „Academia Baltica" Seite 31

Glückwünsche / Personalien / Zum Gedenken / Veranstaltungen Seite 32

IMPRESSUM

Herausgeber:
adalbertus-werk e.v. und adalbertus-jugend
Martinstraße 47–55, 40223 Düsseldorf.
Redaktion:
Gerhard Nitschke (verantw.), V. Nitschke-Wobbe
Am Gentenberg 1, 40489 Düsseldorf
Tel. (02 11) 40 04 40, Fax (02 11) 40 78 74
E-Mail: g.nitschke@adalbertuswerk.de
Gestaltung und Herstellung:
Willi Wilczek SatzService
An der Vehlingshecke 35, 40221 Düsseldorf
Tel. (02 11) 15 30 31, Fax (02 11) 15 30 77
E-Mail: w.wilczek@t-online.de
Fotos: A. Brede, H. Derow, G. Nitschke
Die Zeitschrift erscheint viermal im Jahr.
Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Für Nichtmitglieder wird eine Spende in Höhe von 12,– Euro je Jahr erbeten.
Konto: Postbank Essen (BLZ 360 100 43)
Konto-Nr. 1519 66-435

MITEINANDER LEBEN

MINDERHEITEN – VOLKSGRUPPEN – „FREMDE" IM NÖRDLICHEN OSTMITTELEUROPA

Neben manchen anderen strittigen Fragen steht im politischen Leben unseres Landes in den letzten Wochen und Monaten im besonderen die Debatte über das „Zuwanderungsgesetz" im Mittelpunkt, und sie wird uns – wenn nicht alles täuscht – auch in den kommenden Monaten des Wahlkampfes weiter beschäftigen. Dabei hat es den Anschein, dass, je länger über Detailfragen parteipolitisch gestritten wird und dabei Einzelaspekte unter wahltaktischen Gesichtspunkten instrumentiert werden, das Gesamtanliegen immer mehr in den Hintergrund gedrängt wird, nämlich die Aufgabe, in unserem Land – aber darüber hinaus im zusammenwachsenden Europa – immer mehr weitgehendst gleiche gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen für ein besseres Zusammenleben aller Menschen zu schaffen.

Dabei muss in Betracht gezogen werden, dass sich ein permanenter Wandel vollzogen hat von einer bei der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert noch weitgehend homogenen Bevölkerungsstruktur in Hinblick auf Nationalität, Sprache und Kultur zu einer heute in vieler Hinsicht total veränderten, inhomogenen und differenzierten, und dass dieser Prozess auch ständig weitergehen wird, je mehr die Einigung Europas voranschreitet.

Das heißt im Klartext: es wird in allen Staaten Europas in Zukunft kontinuierlich Immigration und Emigration geben. Damit gewinnen einerseits die gesetzlichen Rechte und Pflichten von Volksgruppen und Minderheiten in allen Ländern, ihre Kodifizierung und ihre unbehinderte Ausübung, immer mehr an Bedeutung, andererseits aber auch zugleich die ungeschriebenen Regeln für den vorbehaltlosen Umgang mit allen nicht genuin zur Volksgemeinschaft Gehörenden, den unter uns lebenden „Fremden", mit denen ein friedliches Zusammenleben nur dann funktionieren kann, wenn auf allen Seiten ein hohes Maß an Toleranz und die Bereitschaft zum MITEINANDER LEBEN vorhanden ist.

Unter diesem Leitwort hatten sich vom 1. bis 6. August 2001 wieder ca. 200 Teilnehmer zum **55. Gementreffen** versammelt – darunter auch erneut über 50 aus Danzig angereiste, sowie Gäste aus dem übrigen Polen, den drei Baltischen Ländern, wie auch aus der türkischen Volksgruppe und dem Kreis der Spätaussiedler in Deutschland – um über einen Teilaspekt dieses Problemkreises unter dem oben stehenden Thema zu diskutieren.

Man darf aus der Rückschau wohl sagen – und die in dieser Ausgabe des ***adalbertus-forums*** veröffentlichten Berichte bestätigen das sicher auch den Lesern, die die Tagung nicht miterleben konnten – dass dem diesmal besonders großen Kollegium der bei der Tagung durch Referate und in den Gesprächsforen Mitwirkenden ein hohes Maß an Kompetenz, Informations- und Dialogbereitschaft eigen war, so dass einerseits der Informationswert der Vorträge sehr hoch war, andererseits in den Diskussionen die Urteilsbildung der Zuhörer besonders gefördert und auch die Bereitschaft zu eigenem verantwortlichen Handeln für die Zukunft angeregt wurde.

Dieses Ergebnis wurde insbesondere durch zwei Umstände gefördert: zum einen war es gelungen, aus den betreffenden Ländern Zeitzeugen einzuladen, die mit großer Offenheit und Sachkunde über ihre Erfah-

adalbertus-werk und adalbertus-jugend wünschen allen Lesern des ***adalbertusforums*** *Gottes Segen zum neuen Jahr*

ZUM TITELBILD

Am 3. September 2001 hat der Erzbischof von Danzig, Dr. Tadeusz Gocłowski, in der Oberkirche der St. Dorotheenkirche in Danzig-Nenkau – deren Altarraum das Titelbild zeigt – die erste Hl. Messe zelebriert. Seitdem versammelt sich dort die Gemeinde zu den Gottesdiensten, die seit 1995 in der notdürftig eingerichteten Unterkirche stattfanden, die demnächst als Gemeindesaal genutzt werden kann. Am 31. Oktober 2001 haben auch wir während der 8. Deutsch-polnischen Studientagung in Danzig zum ersten Mal dort den schon traditionellen *Gottesdienst für Frieden und Versöhnung* gemeinsam mit der Gemeinde feiern können.

Doch ist die Kirche nun noch nicht fertig, fast der gesamte Innenausbaus harrt noch der Fertigstellung. Wenn es jedoch gelingt, in Kürze den Altarraum endgültig zu gestalten, könnte evtl. noch in diesem Jahr die Kirchweihe stattfinden. Das Material für den Fußboden des Altarraumes ist durch eine Spende bereits vorhanden. Um es zu verlegen und dann den für die Weihe notwendigen endgültigen Altar aufzustellen, muss jedoch die Deckenverkleidung in diesem Bereich fertiggestellt sein, weil man später kein Gerüst mehr aufbauen kann.

Die Dorotheen-Gemeinde hat uns erneut um Hilfe gebeten. Wir geben diese Bitte an die Leser weiter in der Hoffnung, dass sie wieder wohlwollend aufgenommen wird. Anbei finden Sie wieder einen Überweisungsträger, der nunmehr bis zum Betrag von 100,00 Euro als Zuwendungsbestätigung gilt.

Im Namen des Kirchbauvereins und der Dorotheen-Gemeinde sei im Voraus von Herzen „Vergelt's Gott" gesagt!

rungen berichteten und damit authentische Grundlagen für einen Gedankenaustausch boten, zum anderen war es möglich, alle sechs Vortragenden der beiden ersten Tage – die jeweils über die historischen Aspekte und die aktuelle Situation in den einzelnen Ländern referiert hatten – am Samstag in einem großen abschließenden Gesprächsforum mit drei zusätzlichen Impulsreferenten in einen Dialog über die Perspektiven in Europa treten zu lassen, der teilweise sehr kontrovers war und dennoch stets das Engagement aller Beteiligten für die Volksgruppen, Minderheiten und „Fremden" spüren ließ. Es war ein Vormittag, der sicher lange in Erinnerung bleiben wird.

Leider war es diesmal nicht möglich, die komplette Berichterstattung über des Gementreffen in einer Ausgabe unserer Zeitschrift zusammenzufassen. Das liegt daran, dass von der Regel abgewichen wird, alle Referate und Foren in inhaltlichen Zusammenfassungen wiederzugeben – und nur den Vortrag in der Festlichen Stunde im Wortlaut. Im Mittelpunkt dieser Ausgabe steht die ungekürzte Wiedergabe des Referates von Dr. Rautenberg *„Fremde" in Deutschland: Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik"*, weil es in einmalig konzentrierter Weise die gerade in unserem Lande so heftig diskutierte Fremden-Thematik in den historischen Kontext der letzten 150 Jahre stellt. Es war Wunsch der Zuhörer in Gemen, diesen Vortrag als Ganzes mit den zum Verständnis notwendigen Zitaten zu dokumentieren, zumal er Hintergrundwissen für die Weiterführung der Diskussion bietet.

Da außerdem auch der Berichterstattung über die anderen Vorträge und die beiden Gesprächsforen möglichst viel Raum gegeben werden sollte, das Seitenlimit einer Ausgabe aber auf 32 beschränkt ist, kann über das Rahmenprogramm und die Gottesdienste erst in der nächsten Ausgabe berichtet werden, die auch die Wiedergabe des Referates in der Festlichen Stunde von Prof. Dr. Stephan H. Pfürtner zum Thema *„Miteinander leben: Aspekte einer verbindenden Kultur und Ethik im künftigen Europa"* enthalten wird, das dem Leitwort des Gementreffens den sehr wichtigen Schlussakzent gab.

Das 55. Gementreffen war im übrigen besonders ausgezeichnet durch die offene herzliche Begegnung der Teilnehmer und Mitwirkenden aus den verschiedenen Nationalitäten, die vor allem auch in den Beiträgen zur „Stunde der Gemeinschaft" am Sonntagvormittag ihren Ausdruck fand. Tiefe Erlebnisse schenkten wieder die unterschiedlich gestalteten Gottesdienste, erheiternd war erneut die lebendige Geselligkeit am Freitagabend, an dem auch wieder in besonderer Weise das jedes Jahr aufs Neue beeindruckende unkomplizierte Verhältnis zwischen den Generationen deutlich wurde. Einen ganz besonderen Akzent gab diesem Treffen die Anwesenheit des lettischen Bischofs Antons Justs während der gesamten Tagung, den wohl Jung und Alt ins Herz geschlossen haben.

56. GEMENTREFFEN
VOM 24. BIS 29. JULI 2002

Gerhard Nitschke
1. Vorsitzender des Adalbertus-Werkes e.V.

Immanuel – Gott mit uns

Geistliches Wort

Pfarrer Paul Magino

Wieder geht ein Jahr zu Ende, war es ein gutes, war es ein schweres, war es erfolgreich, war es verloren? Wir bilanzieren in diesen Tagen, wir schauen zurück, wir hoffen auf Neues, auf ein gutes und erfolgreiches neues Jahr 2002.

Was ist Maßstab für unser Messen?

Die Botschaft des Advent heißt: ***Wachet auf.*** Wir sind aufgewacht durch die Terroranschläge in den USA, in Israel und Palästina. Das Weltgefüge droht auseinanderzubrechen. Wir sind aufgewacht durch persönliche Schicksalsschläge in der Familie, im Bekanntenkreis, in der Nachbarschaft. Schnell kehrt wieder Alltag ein. Wachet auf rufen uns die Propheten zu, Künder des Wortes Gottes, sein Sprachrohr. Sie rufen uns zum neuen Anfang.

Umkehr und Entscheidung ist gefragt. Die Bequemheit des altbekannten Weges verlassen, zurück zu den Quellen zu gehen, miteinander nach der richtigen Spur zu suchen, das heißt umkehren. Wer würde sich nicht freuen, wieder einmal von uns etwas zu hören, wenn über Monate und Jahre der Kontakt abgerissen ist? Wer würde wohl die Hand zur Versöhnung zurückweisen, wenn wir sie ihm nach einem Streit entgegenstrecken? Umkehren heißt entscheiden. In den vielen Alternativen menschlichen Lebens lädt Gott uns ein, für den Menschen zu plädieren, den anderen in seinen Sorgen und Nöten in den Blick zu nehmen. Nicht der Blick in den Spiegel, aus dem uns das eigene Gesicht anschaut, ist der wichtigste Blick. Das Angesicht der anderen, derer in Not, in Sorgen, in Unmenschlichkeit, bringt uns zum Nachdenken, zur Entscheidung für das Leben.

Wer umkehrt, neue Wege geht, trägt dazu bei, dass ***Leben wächst.*** Dass sie das Leben in Fülle haben, ist ein Motiv des Lebens und Handelns Jesu. Wir sehen die zahlreichen Bedrohungen menschlichen Lebens vom Beginn im Mutterleib an. Wir sehen die zahlreichen hungernden und kranken Kinder, die Menschen auf der Flucht, die Toten der Kriege. Dagegen steht die Botschaft vom Leben in Fülle. Wir sind heute Werkzeuge Gottes, seine Hände und Füße in dieser Welt. Durch uns will er dem Leben zum Durchbruch verhelfen.

Allein sind wir nicht auf diesem Weg. Manch anderer sucht wie wir den Weg der Umkehr, die richtige Entscheidung für das Leben. Und noch etwas kennen wir: Gott ist mit uns unterwegs, er ist der ***Immanuel – Gott mit uns***. Oft suchen wir ihn, fragen, wo er bleibt in Terror und Krieg, in Not und Leid, in all der Unmenschlichkeit. Seine Macht ist die des Kindes in der Krippe im Stall von Bethlehem. Nicht Heere von Soldaten bringt er mit. Bei ihm stehen die Hirten von den umkämpften Hirtenfeldern vor Bethlehem, die Ausgestoßenen, die am Rande. Zu ihm kommen die Fremden, Kundige aus aller Herren Ländern, die die Schriften zu lesen verstehen und die fragen, offen sind für Unbekanntes und Neues. Ihn verfolgen, die die Macht haben, weil sie schon in dem kleinen Kind erfahren wie er die Welt verändern wird, er der Gott mit uns, er der Gott und Mensch mitten unter uns.

Christus Immanuel, russische Ikone, Ende 17. Jahrhundert.

Valentin Thilo hat in einem Adventslied aus dem Jahre 1642 aufgerufen zur Bereitschaft für diesen Gott mit uns:

Bereitet doch beizeiten den Weg dem großen Gast
und rüstet euch mit Freuden, lasst alles, was er hasst.
Macht eben jeden Pfad, die Täler all erhöhet,
macht niedrig, was hoch stehet,
was krumm ist, macht gerad.

Ach mache du mich Armen zu dieser heil'gen Zeit
aus Güte und Erbarmen, Herr Jesu, selbst bereit.
Zieh in mein Herz hinein vom Stall und von der Krippen,
so werden Herz und Lippen
dir allzeit dankbar sein.

(Gotteslob 113, 2 und 3)

Wachsam sein, die Entscheidung zu treffen für das Leben, umzukehren, das kann Programm sein für Neues, auch für ein neues Jahr 2002.

Uns gilt die Zusage: Immanuel – Gott mit uns. ■

Estland, Lettland, Litauen:

Aus der Unterjochung zu drei freien Staaten

Referent: Dr. Lambert Klinke, Gießen

Eindrucksvoll wies Lambert Klinke in seinem Referat nach, dass „Miteinander Leben“ wie ein Leitwort über der Geschichte der drei baltischen Staaten in ihren Beziehungen zu ihren grossen Nachbarn steht. Klein der Einwohneranzahl nach (Estland 1 Million, Lettland 1,5 Millionen, Litauen 3 Millionen) haben sie als erste der Sowjetrepubliken die Politik der neuen Offenheit unter Michael Gorbatschow genutzt, um ohne Gewalt ihr Selbstbestimmungsrecht einzufordern. Dabei konnten sie auf demokratische Traditionen zurückblicken, die sie schon seit vielen hundert Jahren mit dem westlichen Europa verbanden.

Die Esten, Letten und Litauer werden als baltische Völker bezeichnet, obwohl sie unterschiedlichen etnographischen und sprachgeschichtlichen Ursprungs sind. Letten und Litauer gehören zur eigentlichen baltischen Gruppe, während die Esten mit vielen kleinen Völkern im Norden Russlands bis hinauf nach Sibirien die finnougrische Sprachgruppe bilden.

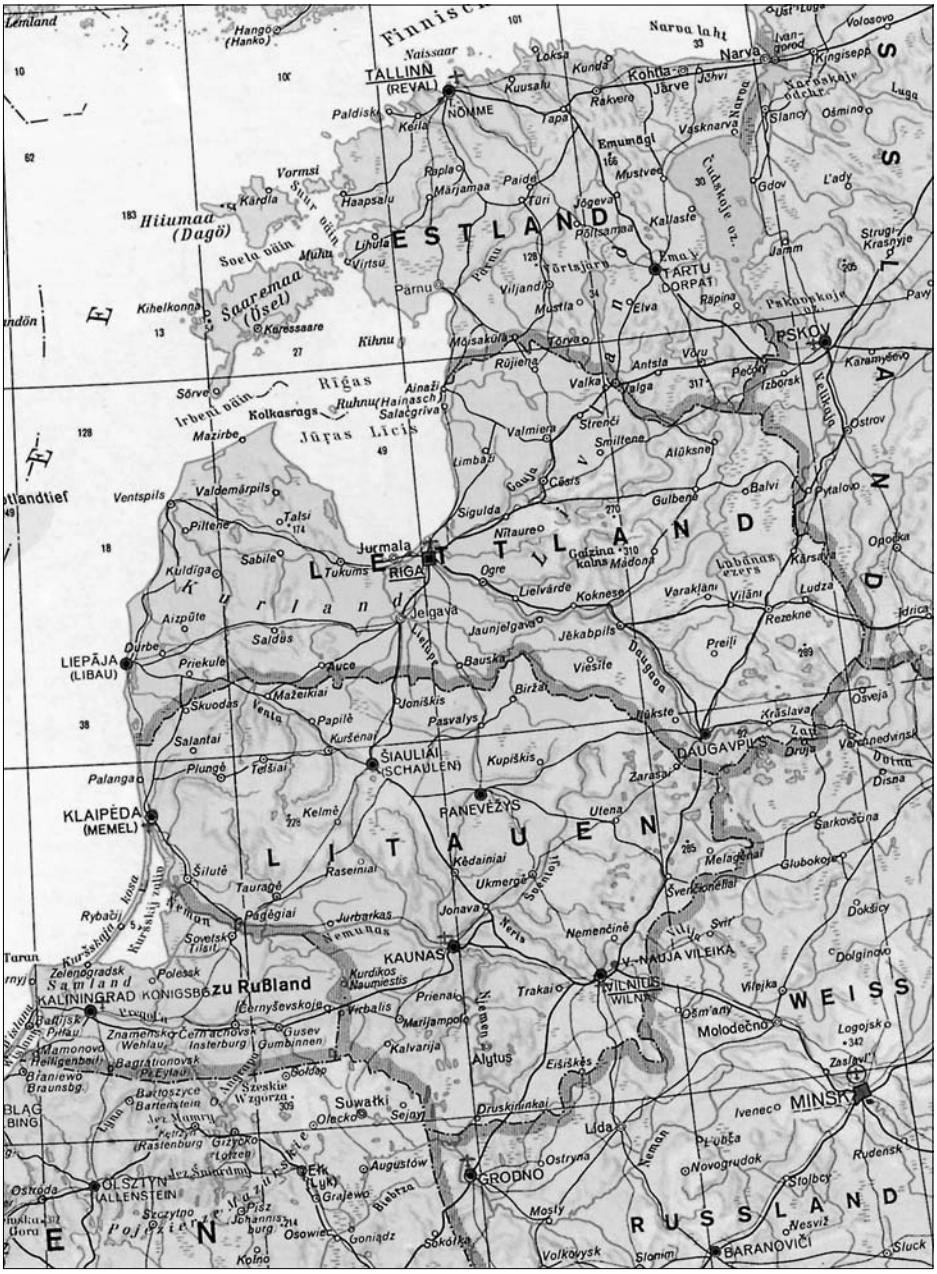
Das Baltikum war von alters her eine Brücke zwischen Ost und West. Handelswege führten schon um die Zeit von Christi Geburt durch diese Landschaften. Estland und Lettland wurden durch den Deutschen Orden erobert und christianisiert. Zwar wurde dadurch eine eigenständige Entwicklung unterdrückt, aber es kam so zu einer frühzeitigen Verbindung mit der abendlichen Kultur. Die Hansestädte Riga, Dorpat und Reval waren Handelszentren auf dem Weg nach Russland. Umgekehrt eroberte am Anfang des 18. Jahrhunderts Peter der Große Estland und Livland als Fenster zu Europa.

Litauen konnte sich im 13. Jahrhundert erfolgreich gegen die gewaltsame Christianisierung erwehren. Es nahm aber durch die Eroberung großer Gebiete in Weißrussland und der Ukraine unmittelbaren Einfluss auf die dortige Entwicklung. Durch die Heirat des litauischen Großfürsten Jagielow mit der polnischen Königstochter Hedwig (1386) war die litauische Geschichte auf das Engste mit Polen und und dem Katholizismus verbunden.

Nach der dritten polnischen Teilung (1795) fiel Litauen an Russland. Das Schicksal der Litauer war in der zaristischen Zeit um vieles schwerer als das der Esten und Letten. So durfte fünfzig Jahre lang kein Schrifttum mehr in litauischer Sprache erscheinen. In Estland und Lettland dagegen konnte sich die neu entstandene Intelligenz ab Mitte des 19. Jahrhunderts dem bürgerlich-demokratischen Gedankengut öffnen. Hervorzuheben ist der Einfluss von Johann Gottfried Herder auf das Entstehen eines Nationalbewusstseins. Gegen Ende dieses Jahrhunderts fanden zunehmend bei der wachsenden Arbeiterschaft, aber auch bei der Landbevölkerung, sozialistische Ideen Widerhall. Es bildeten sich Gegensätze zwischen der deutschsprachigen Oberschicht und der ärmeren lettischen und estnischen Unterschicht heraus, die 1905 zwar in einer Revolution blutig nieder geschlagen aber nicht beseitigt werden konnten.

Dieses erste nationale Erwachen kam nach der Niederlage von Russland und Deutschland 1918 zum Durchbruch. Das Selbstbestimmungsrecht wurde den Balten allerdings erst 1920 nach einem zweijährigen Befreiungskrieg zugestanden. Es fällt auf, dass die Sowjetunion in den Friedensverträgen ausdrücklich auf ewige Zeiten auf jegliche Souveränitätsrechte und Gebietsansprüche im Baltikum verzichtete.

Es folgten Jahre eines allgemeinen Aufbruchs (Estland und Lettland hatten in den dreißiger Jahren mehr Studenten je 1.000 Einwohner als irgendein anderes Land in der Welt). 1921 folgte die Aufnahme in den Völkerbund. Grundzüge der baltischen Au-



ßenpolitik dieser Zeit waren enge Zusammenarbeit in eigenen Bereichen, Herstellung normaler nachbarschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion und zu Deutschland und Sicherung der Unabhängigkeit durch intensive Mitarbeit im Völkerbund.

Keine dieser Aufgaben konnte in der kurzen Zeit bis 1940 auch nur zufriedenstellend gelöst werden, auch nicht die Zusammenarbeit unter den baltischen Staaten. Die Interessen Litauens gegenüber Polen (Wilnagebiet) und Deutschland (Memelgebiet) wurden nur zögerlich von Lettland und Estland mitgetragen. Außerdem versuchte die Sowjetunion, ständig Keile zwischen die drei Staaten zu treiben. Höhepunkt dieser Aktivitäten war ein kommunistischer Putschversuch in Estland (1924), der scheiterte.

Diese Entwicklungen ermöglichten, dass 1926 in Litauen und 1934 in Estland und Lettland autoritäre nationalkonservative Regierungen an die Macht gelangen konnten. Sie bewirkten zwar einen wirtschaftlichen Aufschwung, schränkten aber die demokratischen Freiheiten ein. In dieser Zeit versuchten die baltischen Staaten zwischen ihren beiden großen Nachbarn zu lavieren, in der Hoffnung, dadurch ihre Unabhängigkeit behalten zu können.

Der Hitler-Stalin-Pakt im August/September 1939 machte diesen Hoffnungen ein Ende. Nachdem Polen das erste Opfer dieser Abkommen wurde, zwang man schon einen Monat später den baltischen Staaten gegenseitige Beistandsabkommen auf. Dazu gehörte die Errichtung von sowjetischen Militärstützpunkten in den baltischen Staate. Diese versuchten sich trotzdem loyal zu verhalten und alles zu vermeiden, was als Provokation hätte gedeutet werden können. Es nützte jedoch nichts. Mit dem Vorwurf, die baltischen Staaten planten ein Militärbündnis, wurden die Regierungen ultimativ im Juni 1940 aufgefordert, den Weg für den Einmarsch sowjetischer Truppen frei zu machen. Es war nur die Zustimmung möglich. So wurden Litauen am 15. Juni, Lettland und Estland am 17. Juni 1940, von der Sowjetunion okkupiert. Um den Schein demokratischer Vorgänge zu wahren, wurden im Juli 1940 Scheinwahlen durchgeführt. Nach den offiziellen Angaben stimmtem zwischen 93 und 99 % der Wähler für die kommunistische Einheitsliste. Die neugewählten Parlamente traten unverzüglich zusammen und beschlossen einmütig den Anschluss an die Sowjetunion.

Diese Einverleibung wurde von den meisten westlichen Regierungen niemals anerkannt. Das interessierte die Sowjetunion natürlich wenig. Was diese in Wirklichkeit bedeutete, wurde spätestens mit dem 14. Juli 1941 sichtbar. Um drei Uhr nachts begannen gleichzeitig im gesamtem Baltikum Massenverhaftungen und Deportationen. Es betraf vor allem die Intelligenz. Die Männer wurden in Vernichtungslager und Gefängnisse im Osten gebracht, ohne zu wissen, dass sie bereits Todeskandidaten waren. Ihre Familien wurden nach Sibirien verschleppt. Das wahre Ausmaß konnte erst Anfang der 90er Jahre rekonstruiert werden.

Der Beginn des Angriffs der deutschen Truppen auf die Sowjetunion am 21. Juli 1941 führte zwar zur Einstellung der Transporte, aber die Hoffnung auf die Wiederherstellung der Selbstständigkeit der baltischen Staaten durch Deutschland war falsch. Deutsche Pläne sahen vor, dass 50 % der Esten, 60 % der Letten und 85 % der Litauer in den Osten deportiert werden sollten. Auch wenn diese Pläne nicht ganz umgesetzt wurden, so wurden in der Folgezeit weitere Maßnahmen gegen die Balten wirksam. Man stellte sie vor die Alternative, entweder in deutschen bewaffneten Einheiten zu dienen oder in Deutschland zu arbeiten. Das bedeutete für viele Esten, Letten und Litauer Zwangsarbeit. Darüber hinaus kam es vor allem in Litauen, wo die meisten Juden lebten, zu Deportationen und zur Vernichtung in deutschen Todeslagern.

Als das Kriegsgeschehen sich wendete und 1944 die Rote Armee zurückkehrte, wurde eine Fluchtbewegung ausgelöst (ca. 210.000). Insgesamt gehören die Bevölkerungverluste der baltischen Staaten zu den höchsten in Europa. Von Herbst 1939 bis Ende 1945 verlor Estland 25 % seiner Einwohner, Lettland 30 % und Litauen 15 %. Die Zahl der Umgekommenen ist in allen drei Ländern ähnlich und liegt bei 8 bzw. 9 %.

Gedenkstein für die Toten des deutsch-baltischen Regiments im Freiheitskrieg Estlands gegen die Rote Armee der Sowjetunion, auf dem Domberg in Reval.

Mit dem Kriegsende waren die Leiden der Balten noch nicht zu Ende. Die Zeit bis 1955 wird als „Nachkrieg“ bezeichnet. Noch einmal verloren die Länder etwa ein Drittel ihrer Einwohnerzahl von vor dem Krieg und es sank der prozentuale Anteil der einheimischen Bevölkerung zusätzlich aufgrund der systematisch betriebenen Einwanderung aus der Sowjetunion. In Estland und Lettland waren es teilweise Nachfahren derer, die das Baltikum in der Zarenzeit verlassen hatten. Nach Litauen kamen jedoch in der Mehrzahl Russen. Mit dieser Einwanderung wurde durch die stalinistischen Praktiken in allen drei Republiken gleichermaßen die jeweilige Nationalkultur vernichtet. Die russische Sprache musste bis in den Geschäftsverkehr hinein benutzt werden.

Nach Stalins Tod begann auch in den baltischen Ländern die Periode des so genannten „Tauwetters“. Das auffälligste Merkmal war mehr Handlungsfreiheit für die örtlichen Organe, verbunden mit einer allgemeinen Dezentralisierung. Ab 1958 verbesserte sich auch die Situation der Landwirtschaft. Das Lebensniveau stieg. Nach dem Einmarsch in die CSSR und dem Sturz von Nikita Chrustschow wurde ein Ende der Liberalisierung befürchtet. Aber gerade diese Ereignisse waren der Anlass für das Entstehen von Dissidentenbewegungen in den baltischen Republiken. 1968 unterschrieben in Litauen 17.000 Menschen eine Forderung nach Glaubensfreiheit, 1979 148.000 Bürger die nach Rückgabe der vom Staat konfiszierten Kirche in Klaipeda/Memel. Seit 1972 veröffentlichte man eine steigende Anzahl religiöser und weltlicher Untergrundperiodika. Die bedeutendste Massendemonstration fand 1972 nach der Selbstverbrennung des 19-jährigen Roman Kalantas in Kaunas statt, 500 Menschen wurden in diesem Zusammenhang festgenommen. Weitere Höhepunkte des friedlichen politischen Widerstandes waren die Gründung der litauischen Helsinki-Gruppe 1976 und des „Katholischen Komitees zur Verteidigung der Rechte der litauischen Gläubigen.“

Die Sowjetunion reagierte mit Verfolgung und Festnahmen. Im Unterschied zu anderen Teilen der Sowjetunion vereinigte die litauische Dissidentenbewegung auf der Grundlage religiöser und nationaler Gefühle Arbeiter, Bauern und Angehörige der Intelligenz. Schon in Lettland und Estland war dieser Einfluss der Kirchen nicht gegeben. Klinke schilderte, wie sich in diesen Jahren eine Atmosphäre der zwei Wirklichkeiten entwickelte, die des öffentlichen Lebens mit den hehren Bekenntnissen zum Sozialismus und der Freundschaft zur Sowjetunion und die private Sphäre, in der man sich gegen die Unterdrückung aller demokratischen Rechte auflehnte.

Auch im Baltikum spitzte sich die Situation immer mehr zu, insbesondere der Widerspruch zwischen den Forderungen nach immer größeren wirtschaftlichen Leistungen und den erschöpften Ressourcen. Das große Verdienst von Michael Gorbatschow war es, dass er dies offenlegte und die Missstände bekannte. Nirgendwo in der Sowjetunion wurde diese neue Politik so begrüßt wie in den baltischen Staaten. 1987 gingen erstmals Menschen aus dem Volke auf die Stra-

ße, um gegen die industrielle Ausbeutung zu protestieren. Sehr bald verstand man Umweltschutz in einem weiteren Sinne als Schutz der Natur und des Menschen und auch als Bewahrung von Ethik und Kultur. Die trotz Repressalien erzielten Erfolge der Proteste stärkten das Selbstbewusstsein. Die eigene Meinung konnte frei geäußert werden und man konnte sich mit Gleichgesinnten treffen. Politik war nicht mehr Sache weniger sondern ein zentrales Anliegen.

So bildeten sich im Herbst 1988 in allen drei baltischen Republiken Volksfronten. Sie wurden von alle Parteien und auch von ihren nationalen Minderheiten getragen. „Nicht mehr Kolonie sondern eine Republik wollen wir sein", hieß es. Wie in der Zeit des nationalen Erwachens drückten die Esten, Letten und Litauer ihr nationales Selbstbewusstsein im gemeinsamen Gesang der Volkslieder aus: eine „singende Revolution".

Noch waren jedoch die Konflikte nicht ausgestanden. Von Moskau wurden so genannte Interfronten gegründet, angeblich als Interessenvertretungen der russischen Minderheit, in Wirklichkeit aber als eine Art „5. Kolonne". Nach einer Souveränitätserklärung des Obersten Rates der Republik Estlands im Oktober 1988 kam es zum offenen Konflikt. Neue Hoffnungen keimten dann auf nach den ersten halbwegs freien Wahlen in der UdSSR zum Kongress der Volksdeputierten am 26. März 1989. Trotz überzeugender Mehrheiten der Volksfronten gab es jedoch keine Entspannung, sondern die blutige Niederschlagung eines Massenprotestes in Tiflis im April 1989 stellte erneut unter Beweis, dass die sowjetische Führung ihren alleinigen Machtanspruch mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten gedachte.

Eine aus Protest gegen den Hitler-Stalin-Pakt am 23. 8. 1989 veranstaltete 600 km lange von Tallinn über Riga bis Vilnius reichende Menschenkette der baltischen Bevölkerung wurde mit Drohungen beantwortet, die an die Situation vor dem Einmarsch der Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten in Prag erinnerten. Diese Haltung des ZK führte jedoch zur Solidarisierung nicht nur der baltischen sondern auch der russischsprachigen Bevölkerung. Bei den Wahlen zum Obersten Rat der drei baltischen Republiken im Frühjahr 1990 erhielten in allen Staaten die Volksfronten eine deutliche Zweidrittelmehrheit.

Auf dieser Grundlage erklärte Litauen am 1. März 1990 den Eintritt in eine Phase zur Wiederherstellung des unabhängigen litauischen Staates. Estland und Lettland folgten diesem Beispiel am 30. März bzw. am 4. Mai 1990. Moskau reagierte zunächst mit einer Wirtschaftsblockade, die in Verbindung mit anderen Maßnahmen zu bewaffneten Putschversuchen in Vilnius und Riga mit Toten und Verletzten unter der Zivilbevölkerung führten, konnte aber die Entwicklung nicht mehr aufhalten. Die endgültige Anerkennung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten erfolgte durch Boris Jelzin nach der Niederschlagung des Moskauer Putsches vom August 1991.

Brutaler Einsatz der sowjetischen Armee in Vilnius, bei der Erstürmung des Fernsehsenders, am 13. Januar 1991.

Abschließend wies Lambert Klinke darauf hin, dass die baltischen Staaten im Gegensatz zu den anderen Republiken der Sowjetunion präsowjetische Länder (d. h. vor der Annexion unabhängige Staaten) waren. Ihre juristische (nicht-sowjetische) Existenz wurde von den meisten westlichen Staaten während der ganzen Okkupationszeit anerkannt. Die Realität der langandauernden Besetzung findet ihren Ausdruck in den vielen Russen, die sich dort angesiedelt haben. Sie blieben und wurden nicht vertrieben. Sie können sich für eine Staatsangehörigkeit nach einer Wartezeit von nur zwei Jahren unter einfachen Bedingungen bewerben.

Inzwischen entwickeln sich Estland, Lettland und Litauen schneller als alle anderen postsowjetischen Republiken, im Rückblick vielleicht wunderbar schnell nach ihrem engagierten Kampf um eine Zukunft in der Familie der freien Völker. Dem Referenten ist zu danken, dass er durch die lebendige Schilderung der vielfach unbekannten Geschichte der kleinen baltischen Länder aufgezeigt hat, wie man zwar nicht konfliktfrei, letztlich aber erfolgreich „miteinander leben" kann.

Georg Domansky

Katri Raik stellte einleitend fest, dass *„das Baltikum"* zwar in Europa und mehr noch in Deutschland ein Begriff sei, dass jedoch die drei baltischen Länder im Grunde kein so großes Zusammengehörigkeitsgefühl hätten, da sie eigentlich eher Konkurrenten seien. Gemeinsam wäre ihnen aber die geografische Lage an der Ostsee und die geopolitische Lage zwischen Osten und Westen. Die heutige Situation beeinflusse in allen drei Staaten vor allem die Nachbarschaft zu Russland.

Die Geschichte verbinde und teile zugleich die drei baltischen Länder: Estland und Lettland haben eine ähnliche Geschichte, 700 Jahre – vom 13. bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts – waren sie unter deutscher Herrschaft, und so ist auch die lettische und die estnische Kultur stark mit der deutschen verbunden. Etwa 20 % der Wörter der estnischen Sprache kommen aus dem Deutschen. Estland ist fast ganz lutherisch, Lettland halb lutherisch, halb katholisch. Anders ist es in Litauen, das eine weitgehend gemeinsame Geschichte mit Polen und auch die gemeinsame katholische Religion hat, aber – aufgrund der geschichtlichen Situation als ehemaliges Fürstentum – auch ein anderes Selbstbewusstsein.

Das gemeinsame Schicksal der letzten 60 Jahre hat jedoch die drei Länder stark verbunden, nachdem sie 1939/1940 durch den „Nichtangriffspakt" zwischen Hitler und Stalin, von den Außenministern Ribbentrop und Molotow in Moskau am 23. August 1939 unterzeichnet, ihre Unabhängigkeit verloren und in sowjetische Hände fielen. Es war ein Ereignis von großer Bedeutung, das diese Zusammengehörigkeit der drei Länder in besonderer Weise verdeutlichte, als am 50. Jahrestag der Unterzeichnung, am 23. August 1989, ca. zwei Millionen Menschen – also etwa jeder vierte Einwohner der drei Staaten – auf die Straßen gingen und durch alle drei Länder eine Menschenkette bildeten, als Protest gegen die nach wie vor bestehenden Auswirkungen des Molotow-Ribbentrop-Paktes. Zwei Jahre hat es dann noch gedauert, bis die drei Länder 1991 endlich ihre Freiheit wiedererlangten.

Eine wichtige Rolle bei der Unterscheidung der drei Staaten spielt die Sprache: Lettisch und Litauisch gehören zu den baltischen Sprachen und haben keine Ähnlichkeit mit Estnisch. Estnisch ist dem Finnischen ähnlich und gehört zur finnisch-ugrischen Sprachfamilie. Es ist etwa so ähnlich wie mit Holländisch und Deutsch: man kann sich verstehen, ohne die Sprache zu lernen.

Für Estland ist und war die Nachbarschaft zu Finnland sehr wichtig. Durch diese gab es seit den 60er Jahren quasi ein Fenster nach Europa, da man zumindest im Norden des Landes das finnische Fernsehen empfangen konnte. Die Kontakte zu Finnland sind auch das Geheimnis der schnellen Entwicklung Estlands. Ein zweiter Grund ist die Tatsache, dass Estland so klein ist. Es hat nur 1,5 Millionen Einwohner, davon sind 68 % Esten und 25 % Russen. Der Rest verteilt sich auf Ukrainer und Weißrussen.

Estland und Lettland gehören zu den euro-

Estland, Lettland, Litauen:

Die Situation der Minderheiten in Staat und Gesellschaft heute

Referentin:
Katri Raik, Narva (Estland)

päischen Ländern mit den meisten Minderheiten, vergleichbar mit Luxemburg oder der Schweiz. Lettland hat 58 % Letten und 34 % Russen, 4,5 % Weißrussen und 3,5 % Ukrainer. Litauen hat nur 8 % Russen und 7 % Polen. Die Situation in den baltischen Ländern ist nicht leicht vergleichbar. Das Gesetz des Lebens heißt: je weniger Minderheiten desto weniger Probleme. 62 % der heute russisch sprechenden Minderheiten sind nicht auf dem Territorium des heutigen Estlands geboren.

Die Probleme der Minderheitenpolitik sind von Russland immer politisch ausgenutzt worden. Die heutige Situation der baltischen Länder vergleicht man gern mit der Situation Berlins z. Zt. des „Kalten Krieges", denn auch das Baltikum ist ein Spielfeld der großen Politik. Die Baltischen Staaten möchten aus Sicherheitsgründen möglichst bald in die NATO. Doch das will Russland verhindern und das ist auch der Grund von Missverständnissen zwischen dem Baltikum, Europa und der NATO. Als Vorwand benutzt Russland die russisch-sprachigen Minderheiten im Baltikum. Wie groß das Problem ist, zeigt eine Umfrage in Petersburg im Mai 2001, bei der 25 % der Einwohner angaben, dass sie das Baltikum als Feind ansehen.

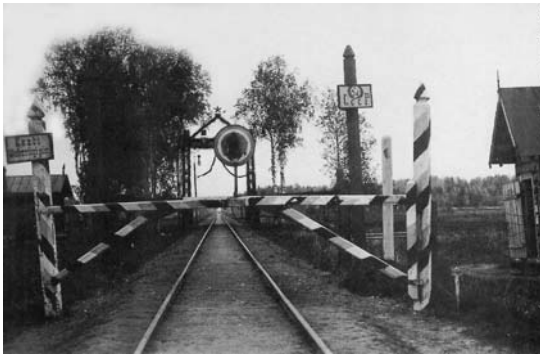
Doch haben die baltischen Staaten seit der „Wende" in der Minderheitenpolitik manches erreicht, wenn auch unterschiedlich in den einzelnen Ländern. Eines der wichtigsten Probleme in allen drei Staaten war und ist die Lösung der Fragen um die Staatsangehörigkeit. Litauen hat dieses Problem schon rechtzeitig Ende der 80er Jahre – also noch während der Zeit als Sowjetrepublik – gelöst, als die Minderheiten die Staatsangehörigkeit erwerben konnten. Dort existieren parallel sowohl litauische als auch polnische und russische Schulen, die vom Staat unterstützt werden.

Estland und Lettland haben in dieser Hinsicht bis heute einige Schwierigkeiten. In Lettland haben 25 % der Gesamtbevölkerung keine Staatsangehörigkeit und in Estland sind es 12 %. Bis zur Befreiung von der sowjetischen Oberherrschaft hatten alle Bürger die sowjetrussische Staatsangehörigkeit, die dann nicht automatisch durch die des jeweiligen Landes ersetzt wurde. Die estnische Staatsangehörigkeit erhalten nur die Menschen, die selbst bzw. deren Eltern oder Großeltern vor 1940 – also während der Selbstständigkeit der baltischen Länder – im Territorium des heutigen Estland geboren sind. Man kann die Staatsangehörigkeit erwerben, wenn man fünf Jahre dort wohnt, eine Sprachprüfung macht (5.000 Wörter) und ein Grundwissen über die Gesetzgebung nachweist. Danach gibt es eine Wartezeit von einem Jahr.

Am 23. August 1989 bilden Menschen aus Estland, Lettland und Litauen, eine 600 Kilometer lange Menschenkette.

Der Anreiz zum Erwerb der Staatsangehörigkeit ist jedoch nicht sehr groß, da man viele Rechte auch ohne diese hat, so das Recht auf Bildung, auf Arbeit und auf Krankenversicherung. Viele Menschen innerhalb der Minderheiten sind politisch nicht sehr interessiert und der Besitz der politischen Rechte ist ihnen nicht wichtig. In Estland – im Gegensatz zu Lettland – dürfen z. B. auch die „Nichtbürger" an Kommunalwahlen teilnehmen, doch können sie nicht kandidieren oder politischen Parteien angehören. „Nichtbürger" müssen z. B. für eine Reise nach Deutschland ein Visum haben, Staatsangehörige nicht, was bei jüngeren Menschen teilweise einen Anreiz bedeutet.

In den letzten Jahren haben in Estland ca. 100.000 Menschen die Staatsangehörigkeit erworben, in Lettland ca. 40.000. Fragt man nach der Absicht zum Erwerb, spürt man wenig Neigung dazu. Deutlich ist, dass die Tendenz zum Beitritt in die EU bei den Angehörigen der Minderheiten größer ist als bei den Staatsbürgern. Der Grund ist wohl, dass man sich Hoffnungen auf eine



Die Grenze bei Narva zwischen Estland und Russland.

Milderung der Staatsangehörigkeitsgesetze und der Sprachpolitik macht.

Neben den „Nichtbürgern" gibt es z. B. in Estland ca. 100.000 Bürger der Russischen Föderation oder anderer Staaten, das sind also ca. 6,5 % der Bevölkerung. Meist sind es Menschen, deren Familienangehörige in Russland leben, denn mit der russischen Staatsbürgerschaft kann man ohne Visum nach Russland fahren. Gerade in Estland gibt es ja eine besonders starke russisch sprechende Minderheit, die insbesondere sehr konzentriert in Tallinn und Umgebung sowie vor allem im Nordosten des Landes bei Narva nahe der russischen Grenze wohnt (über 96 % der Einwohner sind dort russisch-sprachig).

Oft wird gefragt, warum die Menschen, die nicht die Staatsangehörigkeit erwerben wollen, nicht ins historische Vaterland Russland zurückgehen, obwohl der Prozess der Rückkehr in Lettland und Estland von den Regierungen u. a. durch Beihilfen zum Erwerb von Wohnungen in Russland unterstützt wird. Dennoch sind im Jahre 2000 aus Estland nur ca. 1.000 Menschen, aus Lettland nur ca. 1.500 zurückgekehrt, meistens alte Menschen, Arbeitslose, Angehörige des

Militärs oder auch solche, die ihren Kindern in Russland eine bessere Bildung zukommen lassen wollen, ohne dass sie mit den Sprachproblemen zu kämpfen haben.

Dem gegenüber stehen jedoch etwa auch gleich große Zahlen von Einwanderern aus der Russischen Föderation, die in den kleinen Ländern auch gerne gesehen werden, denn diese brauchen vor allem Facharbeiter für den Aufbau ihrer Wirtschaft.

Eine besondere Rolle im Bereich der Minderheitenpolitik spielt die Sprachpolitik. Alle drei Länder haben nur eine Staatssprache: in Litauen – Litauisch, in Lettland – Lettisch, in Estland – Estnisch. Als erste Fremdsprache lernen die Kinder Englisch, jedes fünfte Kind aber lernt auch Deutsch. Als zweite Fremdsprache wird oft Russisch gewählt. Der Sprachunterricht für die russische Minderheit ist in der Schule gut geregelt, seit einem Jahr lernen die Kinder dort auch schon ab der ersten Klasse Estnisch. Das hat zwar auch wieder Probleme mit sich gebracht, aber man muss Geduld haben. Schließlich ist Estland ja erst seit gut zehn Jahren frei.

Zurzeit wird in der Gesellschaft Lettlands und Estlands stark die künftige Oberstufenregelung diskutiert: in Lettland soll im Jahre 2004 der Übergang zum lettisch-sprachigen Gymnasium (10. bis 12. Klasse) erfolgen, in Estland ist er für das Jahr 2007 vorgesehen. Es soll dann 60 % des Unterrichts in der jeweiligen Landessprache unterrichtet werden und 40 % in anderen Sprachen, u. a. auch in Russisch.

Die bisherige Integrationspolitik der Länder Estland und Lettland wird im allgemeinen von außen positiv beurteilt, wenn auch die Europäische Kommission noch nicht ganz zufrieden ist, mit Lettland etwas weniger als mit Estland. Man erkennt jedoch an, dass sich in den zehn Jahren Vieles gewandelt hat und dass man stetig voran kommt. Ein großes Hindernis auf dem Weg zur Integration ist jedoch, dass es im Grunde getrennt lebende Gesellschaften gibt. So führt die Konzentration der russischen Minderheit in Estland auf im Wesentlichen zwei Wohngebiete dazu, dass man völlig aneinander vorbeilebt: man weiß von einander nicht, wie man wohnt, wie man lebt, wie man feiert etc.

Dennoch muss man davon ausgehen, dass die Angehörigen der russischen Minderheit, die in den baltischen Ländern leben, freiwillig dort geblieben sind und dass sie nicht nach Russland gehen wollen, da das Leben im Baltikum besser ist. Von ihnen sehen heute schon viele das Baltikum als ihre Heimat an, auch wenn sie erst 60 Jahre dort leben und die Balten seit 700 Jahren. Bis zu einem wirklichen „Miteinander leben" wird es jedoch noch lange dauern, auch wenn es für die baltischen Länder dringend notwendig ist, denn man ist aufeinander angewiesen, um in diesen kleinen Ländern überhaupt zu überleben. Heute sind die Menschen der verschiedenen Volksgruppen noch weitgehend einander fremd, doch vor zehn Jahren waren sie noch einander Feinde – und das bedeutet schon einen erheblichen Wandel!

Christel Gollmann

Polen:

Vom Vielvölkerstaat zur freiheitlichen Demokratie

Referent:
Adam Krzemiński, Warschau

„Ich erinnere mich noch an die Aussage im Schulbuch, dass Bolesław Bierut, der kommunistische Staatschef, der direkte Nachkomme des Königs Bolesław Chrobry sei. Er regiere dasselbe Polen, über das der piastische König etwa 1000 Jahre geherrscht habe." Mit dieser Erinnerung verdeutlichte der Referent im Laufe seines Vortrags, was er als Schaffung „künstlichen Bewusstseins" charakterisierte – künstlich im Hinblick auf das Gebiet des Staates nach 1945, künstlich im Hinblick auf die Bevölkerung und im Hinblick auf die Bedeutung der Geschichte, sollten doch ganze Jahrhunderte der Geschichte Polens aus dem Bewusstsein verdrängt werden. Um die Situation im gegenwärtigen Polen zu verstehen, sei es deshalb unerlässlich, einen Blick auf diese Geschichte zu werfen. Er skizzierte die Entwicklung des Vielvölkerstaates Polen – hier noch einmal kurz gefasst – so:

Seit dem Zusammengehen Polens mit Litauen im 14. Jahrhundert lebten in dieser Union viele Völker: Polen, Litauer, Weißrussen, Ruthenen (wir sagen heute: Ukrainer), Deutsche und Juden. Trotzdem ist nicht von einem Vielvölkerstaat im modernen Sinn zu reden; denn politisch gab es nur zwei Nationen in dieser Union, den polnischen und den litauischen Adel. Nur der Stand entschied also über die Zugehörigkeit zur Nation, nicht ethnische oder religiöse Bestimmung. So gehörte beispielsweise ein weißrussischer Adliger orthodoxen Bekenntnisses aus dem Großfürstentum Litauen zur litauischen Nation, der katholische, polnische Bauer aber nicht zur polnischen.

Als nach dem Zerfall des Kiewer Reichs der Rus auch weite Gebiete der Ukraine zur Union hinzugekommen waren, blieb es jedoch bei den zwei Nationen, die Ruthenen erlangten keine Gleichberechtigung mit den Polen und Litauern. Das führte zu starken Spannungen. Aufstände der Kosaken um die Mitte des 17. Jahrhunderts brachten keine Änderung; ihre Niederschlagung führte vielmehr in der gesamten Union zu einer Lähmung des politischen Lebens. Zwar gehörten auch die Deutschen und die inzwischen große Gruppe der Juden nicht zur Nation, hatten keinerlei Vertretung im Sejm, aber sie hatten als Bürger bedeutende Selbstverwaltungsrechte in ihren Städten, waren angesehen und zum Teil reich – was alles auf die leibeigenen Bauern überall in Polen-Litauen nicht zutraf.

Während der Teilungen gegen Ende des 18. Jahrhunderts versuchte keine der Völkerschaften die Vorgänge für sich auszunutzen. Umgekehrt waren aber nicht alle bereit, an den Aufständen zur Wiedererrichtung des Staates teilzunehmen. Schon 1830/31 standen die Ost-Ukrainer abseits, eine eigene ukrainische nationale Bewegung wandte sich jetzt gegen die polnische Tradition. Nach dem Aufstand von 1863 zeigte sich bei den Litauern mehr und mehr eine nicht nur antirussische, sondern auch anti-

„Die Union von Lublin" (1569) – Holzstich nach einem Gemälde von Jan Matejko, 1863.

polnische Einstellung. Aber nun begannen allmählich die Bauern – soweit polnischsprachig und katholisch – sich zur polnischen Nation gehörig zu fühlen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts standen sich zwei Strömungen mit unterschiedlichen Konzepten für den künftigen polnischen Staat gegenüber – die eine verkörpert durch Roman Dmowski und seine Nationaldemokratische Partei, die andere durch Józef Piłsudski und die Sozialdemokraten. Dmowski, polnischer Abgeordneter im ersten russischen Parlament 1905, setzte auf die Großmacht Russland. Wichtig war dabei für ihn die Einschätzung, dass die Russen den Polen zivilisatorisch unterlegen, die Deutschen (wie die Juden) hingegen überlegen seien, weshalb ihm Deutschland und Österreich-Ungarn politische Gegner waren. Das Polen, das ihm vorschwebte, war ein ethnisch einheitlicher Staat, der alle polnischsprachigen katholischen Menschen umfasste (was u. a. ein Grund für den Antisemitismus in dieser Gruppierung war). Muss man erwähnen, dass die Vorstellung vom ethnisch einheitlichen, vom Nationalstaat damals das moderne Ideal war?

Piłsudski hingegen, Pole aus Litauen, wollte an das Polen von vor 1772, vor den Teilungen, anknüpfen. Seine Zielvorstellung war eine Konföderation der verschiedenen Völker des alten Polen-Litauen. Litauer, Weißrussen, Ukrainer usw. sollten dazugehören. Das bedeutete eine Frontstellung gegen Russland, wobei Piłsudski auf die Unterstützung durch Deutschland und Österreich-Ungarn hoffte, die er diesem Konzept entsprechend im Ersten Weltkrieg unterstützte. Trotz Aufstand und kriegerischer Auseinandersetzung mit Russland, d. h. nun der Sowjetunion, scheiterte Piłsudski mit seiner Zielvorstellung – sowohl in Versailles wie in Riga nach dem Krieg mit der SU waren Dmowski bzw. Nationaldemokraten die Vertreter Polens und verhandelten entsprechend ihrem Konzept (wiesen z. B. das Anerbieten der SU zurück, ganz Weißrussland zu erhalten).

Wie stark sich das Ideal des einheitlich polnischen Nationalstaates inzwischen verfestigt hatte und welcher Fanatismus sich damit verbinden konnte, zeigt die Ermordung des gerade gewählten Staatspräsidenten Gabriel Narutowicz am 16. Dezember 1922; er könne kein polnischer Präsident sein, da er auch von Deutschen und Juden gewählt worden sei, war zu hören. Dabei lebten nicht nur Deutsche und Juden im neu errichteten Polen, sondern auch so viele Ukrainer und Weißrussen, dass insgesamt ein Drittel der Bevölkerung des „Nationalstaats" Polen Angehörige von Minderheiten waren.

So war die Minderheitenpolitik immer wieder von der Furcht vor einer Destabilisierung Polens beherrscht und besonders den Ukrainern und Deutschen gegenüber ungeschickt, das Klima auch den Juden gegenüber negativ. Während einige Politiker von einer Großmachtrolle Polens in Europa träumten, versuchte der Schriftsteller Stefan Zeromski seinen Landsleuten die enormen Probleme und Defizite nach der langen Teilungszeit im Bild vom „wiedergewonnenen Müllhaufen" realistisch vor Augen zu führen. Waren die Probleme überhaupt lösbar?

Marschall Józef Piłsudski, 1918.

Nach dem Trauma des Zweiten Weltkrieges kam es zu jenem anfangs erwähnten, offiziell geförderten „künstlichen Bewusstsein" – das, wie man nun sieht, durchaus an nationaldemokratische Vorstellungen anknüpfen konnte: Mit den „wiedergewonnenen polnischen Westgebieten" sei Polen an den Endpunkt einer erstrebten Entwicklung gekommen, der ethnisch einheitliche Staat sei nun verwirklicht und durch die SU gesichert.

Dieses Bewusstsein wurde zuerst in Dissidentenkreisen, seit 1981 dann durch die Solidarność in Frage gestellt. Es gibt keine Demokratie, wenn wir die Geschichtsdarstellung nicht „entlügen" – war dabei die Hauptthese. Das heißt, dass die verdrängten Jahrhunderte und mit ihnen der multiethnische Staat Polen wieder ins Blickfeld kommen; das heißt auch, dass Polen nicht mehr nur in der Opferrolle, als Opfer auswärtiger Mächte, gesehen wird, sondern dass dieses Bild durch die Einsicht in eigene Fehler und Schuld ergänzt wird, z. B. dass es zu einem Eingeständnis des Antisemitismus kommt, zu einem neuen Blick auf die Minderheitenpolitik der Zwischenkriegszeit, dass Polen sich öffnet gegenüber seinen Nachbarn und versucht, mit ihnen zu einem guten Einvernehmen zu kommen.

Dass diese neue Sicht auch politische Folgen hat, machte der Referent schließlich an zwei Beispielen deutlich: 1998 hat sich der Sejm bei den Tschechen entschuldigt, vor allem wegen des Einmarsches (auch) polnischer Truppen in die CSSR 1968 (sowie für die Annexion des Olsa-Gebietes 1938). Zum anderen: Nicht mehr dass Minderheiten Rechte bekommen, sondern wie diese Rechte zu gestalten seien, wird im gegenwärtigen Polen diskutiert. **Ingrid Neudeck**

Polen:

Die Situation der deutschen Minderheit in Staat und Gesellschaft heute

Referentin:
Dr. Danuta Berlińska, Oppeln

Der Systemwandel in Polen leitete einen Prozess der Abkehr von der Vision einer homogenen Gesellschaft ein und führte zur Bestätigung der kulturellen Vielfalt und zur Anerkennung der nationalen Minderheiten als integraler Bestandteil der polnischen Gesellschaft. Mit dieser Feststellung begann Frau Dr. Berlińska ihr Referat.

Die in der Verfassung und Gesetzgebung festgeschriebenen grundlegenden Rechtsgarantien ließen die deutsche Minderheit aktiv werden und Dutzende von Organisationen gründen.

Die spezifischen Rechte der deutschen Minderheit sind im Deutsch-Polnischen Vertrag: „Über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit" formuliert. Dieser Vertrag schafft die Möglichkeit zur Gestaltung der Nachbarschaft auf der Basis gemeinsamer Werte: Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechte.

Um den Minderheiten die Teilhabe an der Macht zu garantieren, wurden Erleichterungen in der Wahlordnung geschaffen und die Fünf-Prozent-Hürde bei den Parlamentswahlen für Gruppierungen der Minderheiten aufgehoben. Sie können somit am öffentlichen Leben teilhaben und politische Vertretungen in den kommunalen Selbstverwaltungen und im Parlament besitzen. Zur weiteren Absicherung der bilateralen vertraglichen Vereinbarungen liegt dem Parlament ein Minderheitengesetz zur

Beratung vor. Seine Bestimmungen sollen die polnischen Rechtsnormen an die Standards der Rahmenkonvention über den Minderheitenschutz angleichen.

Das Entgegenkommen und die Bemühungen zeigen, dass die politische Elite Polens für das Bedürfnis der Minderheiten, ihre Identität zu entwickeln und ihr kulturelles Erbe zu pflegen, Verständnis aufbringt. Anderseits hat die deutsche Minderheit Schwierigkeiten, ihre eigene Identität zu bewahren, aufgrund der langjährigen staat-

lichen Politik, die auf Assimilation und sprachliche Vereinheitlichung abzielte.

Die deutsche Minderheit ist in vielen Regionen Polens ansässig, aber außer in Oberschlesien leben die Deutschen verstreut und stellen keine gewichtige politische Kraft dar. Nach den Parlamentswahlen 1997 wurde klar, dass die deutsche Minderheit, außer in der Wojewodschaft Oppeln, keine Chance hatte, einen Kandidaten ins Parlament zu bringen. Durch einen professionellen Wahlkampf für den Bezirkstag gelang es der Minderheit in Oppeln, 21 % der Stimmen zu erlangen, was zu 13 Mandaten von insgesamt 45 führte. Die Partei der deutschen Minderheit (SKGD) errang bei den Kreistagswahlen in der Wojewodschaft Oppeln in drei Kreisen die absolute Mehrheit. In 28 von 71 Gemeinden stellen die Abgeordneten der SKGD die Mehrheit. Die Wahlergebnisse spiegeln die Bevölkerungsstruktur wider.

Frau Dr. Berlińska zeigte am Beispiel der Wiederherstellung von nach 1945 zerstörten Kriegerdenkmälern für gefallene deutschen Soldaten auf, wie sensibel diese heiklen Streitfragen behandelt werden müssen, um nicht alte Wunden bei den Polen wieder aufzureißen und anderseits den Alteingesessenen bei den Versuchen, eine räumliche und ikonographische Ordnung ihres Heimatlandes wieder herzustellen, entgegen zu kommen. Eine vom Wojewoden eingesetzte Verhandlungsgruppe hat schließlich nach langen, schwierigen Beratungen zu einem von beiden Seiten akzeptierten Kompromiss geführt.

Ein anderes Symbol der deutschen Vergangenheit sind die Ortsnamen. Das Verlangen nach zweisprachiger Benennung, das hartnäckig von den Aktivisten der Minderheit wiederholt wird, ist ein Zeichen des Strebens nach einer Befestigung der symbolischen Eigenart der deutschen Schlesier. Die historischen Ortsnamen sind mehr ein Zeichen der schlesischen (slawischen) Identität als der deutschen, deshalb werden im Gedächtnis Namen, die einen eindeutig deutschen Klang haben wiederhergestellt, die jedoch von den Nazis eingeführt wurden.

In den zehn Jahren der funktionierenden Demokratie hat sich die Einstellung der Oppelner Schlesier zu den ethnischen Minderheiten geändert. Von einer anfänglichen Zurückweisung der deutschen Identität der Schlesier und der Tätigkeit der deutschen Minderheit trat eine Duldung der kulturellen Andersartigkeit und schließlich wurde eine Zusammenarbeit angestrebt.

Während der gemeinsamen Tätigkeiten der Polen und der Deutschen zu Gunsten der Wojewodschaft war die Multikultur als eine eigenartige Eigenschaft angesehen, die das Oppelner Land von anderen Regionen ausgezeichnet hat und wofür die Anwesenheit der Minderheit ein wichtiges Argument war. Die soziologischen Untersuchungen haben bestätigt, dass die Akzeptanz der Multikultur allgemein ist – 84 % der Befragten meint, dass die Multikultur lohnend ist, weil sie bereichert. Das Interesse an der deutschen Kultur nimmt zu. So wird nach Aufgabe der Jahrzehnte lang gelehrten „Rückkehr-Ideologie" (nach der die Polen zu den uralten Piastenterritorien zurückgekehrt seien) sowohl im Schulunterricht als auch in den Lokalzeitungen das deutsche Kulturerbe den Schülern und der Bevölkerung nahegebracht.

Sehr umstritten ist jedoch die Forderung nach Einführung der deutschen Sprache als zweite Amtssprache, die von vielen Polen als eine Einschränkung des Gebrauchs der polnischen und nicht als eine Anerkennung der deutschen Sprache in der Region gesehen wird. Für die deutsche Minderheit wäre sie dagegen ein Signal dafür, dass auch ihre Sprache geschätzt wird, nicht nur aus pragmatischen Gründen als Sprache der Nachbarn, weil man mit diesen gute Zusammenarbeit wünscht, sondern weil sich die Polen von Komplexen gegenüber der deutschen Sprache befreit haben. Die Zweisprachigkeit bei den Behörden wäre Ausdruck wirklicher Gleichberechtigung.

Weitere interessante Befragungsergebnisse aus den Jahren 1990, 1993 und 1999 unter den Oppelner Schlesiern und Polen, die die Referentin in mehreren Tabellen mitgebracht hatte, ergeben eindeutig eine zunehmende Akzeptanz der mit der Existenz der Minderheit verbundenen kulturellen Vielfalt und auch deren Mitwirkung in politischen, gesellschaftlichen und kirchlichen Führungsorganen, wie zugleich die Abnahme der früher vorhandenen Befürchtungen, insbesondere auch bezüglich einer Grenzveränderung zwischen Polen und Deutschland.

Ein weiterer Schwerpunkt des Referats war die Bildung. Die Schule, so Frau Danuta Berlińska, kann eine wichtige Rolle im Abbau von Vorurteilen leisten, doch leider gibt es bis heute noch kein neues Geschichtsbuch oder Literaturauszüge, die die Geschichte und die Kultur der Region ethnisch differenziert wiedergeben, also nicht nur aus polnischer Perspektive sondern auch aus einer Sichtweise der Vergangenheit, die von der deutschen Minderheit repräsentiert wird.

Eine besondere Aufgabe der Schulen ist ein ausreichendes Angebot an Deutschunterricht. Der frühere erschwerte Zugang zur deutschen Sprache hat bewirkt, dass heute nur die älteste Generation die Sprache kennt. Die allgemeine Einführung des Deutschunterrichts ist eine der wichtigsten Aufgaben und Forderungen der DFK im Oppelner Schlesien. Doch hier gibt es große Vorbehalte der polnischen Bevölkerung, weil sie eine Germanisierung befürchten. Daneben ist es eine schwere Aufgabe, weil seit 1993 die deutschen Sprachkenntnisse der Erwachsenen nicht gestiegen sind. Erhebungen in Jahre 1999 ergaben, dass nur 30,4% der befragten Schlesier die deutsche Sprache gut beherrschen. Erschwerend kommt der polnisch-schlesische Dialekt beim Erlernen der deutschen Sprache hinzu.

Der Anteil der Schüler am Deutschunterricht ist nicht sonderlich hoch, wie Zahlen

Eine Schulklasse in Oberschlesien.

aus dem Schuljahr 2000/2001 belegen. Allgemein lernten Deutsch als Muttersprache 16.981 (16,9 %) Kinder der Grundschule und in 34 Gymnasien 1.700 (10,5). Die populärste Fremdsprache in der Wojewodschaft Oppeln ist Englisch, diese lernten 48,6 % aller Schüler, den zweiten Platz nimmt Deutsch mit 36,5 % ein. Im Rahmen

der so genannten Chancengleichheit hat man die Aufnahmeprüfung im Fach Polnisch für das Germanistikstudium an der Oppelner Universität abgeschafft. Gemessen an den intensiven Kontakten mit Deutschland ist die Ausbreitung der deutsche Sprache ungenügend. Es liegt auch daran, dass keine geeigneten Lehrbücher vorliegen. Eine Verbesserung verspricht der unterzeichnete Vertrag zwischen der Wojewodschaft Oppeln und dem Generalkonsulat der BRD über die Zusammenarbeit bei der Weiterbildung der Deutschlehrer.

Ein erwünschtes Model des Schulwesens in den ethnisch verschiedenen Regionen sind die bilingualen Schulen, die den Mitgliedern der deutschen Minderheit ein gutes Erlernen sowohl der Muttersprache als auch der Staatssprache ermöglicht, was die Voraussetzung für die Weiterbildung an den Universitäten ist.

Auf dem Gebiet der Kultur werden den Minderheiten gute Möglichkeiten der Entfaltung geboten. Inzwischen haben die Mitglieder der deutschen Minderheit Zutritt zu den Medien. Es werden zweisprachige und rein deutsche Programme im Radio übertragen. Im Fernsehen wird einmal in der Woche ein zweisprachiges Programm ausgestrahlt. Der DFK ist auch der Herausgeber einer eigenen Zeitschrift. Der Wunsch der deutschen Minderheit ist es jedoch, noch mehr Sendungen zu erreichen und ein erweitertes Mitspracherecht bei Inhalten zu erhalten.

In der Bildung von Vereinen und der Pflege des kulturellen Erbes sind den Menschen deutscher Abstammung weitgehende Freiheiten gewährt. Sie nehmen auch Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinden, Kreise und Regionen. Bei entscheidenden Auseinandersetzungen mit der Regierung haben die Gerichte gezeigt, dass sie unabhängig von politischen Einflüssen sind.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die deutsche Minderheit erfolgreiche Arbeit leistet. Diese Arbeit wird finanziell vom deutschen Staat unterstützt. Diese Maßnahmen führten auch zu einer Eindämmung der Massenemigration von Deutschen. Im Miteinander der ethnischen Volksgruppen hat sich das Klima erheblich gebessert. In den letzten Jahren wird auch keine offene Diskriminierung gegenüber den Minderheiten wahrgenommen. Dagegen ist der Abbau von untergründiger Diskriminierung ein langer Prozess, der nur durch gegenseitiges Verstehen und Vertrauen erreicht werden kann. Dazu beitragen können spezielle Bildungsprogramme für Lehrer, außerdem müssen insbesondere ehrenamtliche Organisationen daran arbeiten, Vorurteile abzubauen. Ein wichtige Rolle dabei übernimmt der DFK quasi als eine ethnische Partei, der auch Einfluss nimmt auf die Regierung. Zu wenig Aufmerksamkeit schenkt er, nach Ansicht der Referentin, der Popularisierung der deutschen Kultur bei der Jugend, was in Zukunft zu einer bedeutenden Abschwächung der deutschen Minderheit führen könnte.

Alfred Ordowski

„Fremde“ in Deutschland:

Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik

Dr. Hans-Werner Rautenberg, Marburg

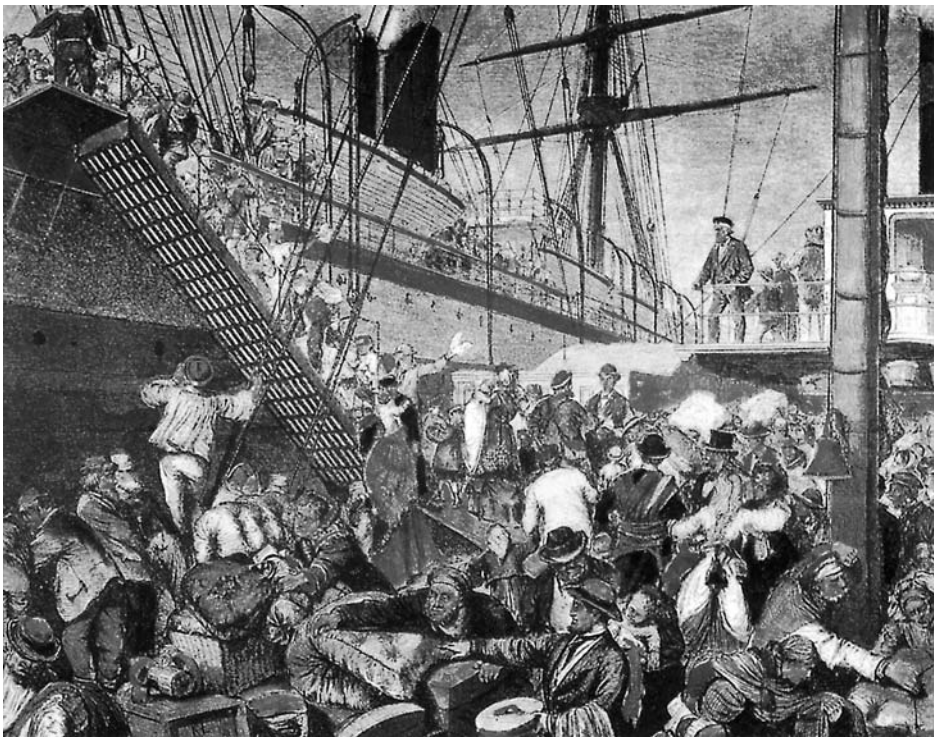
„Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat“ lautet der Titel eines im Jahre 1992 nochmals aufgelegten Buches von Theodor Schieder aus dem Jahre 1961. Damit wollte der Verfasser andeuten, dass sich das am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Versailler Schlosses gegründete Deutsche Reich in erster Linie als Nationalstaat begriff, obgleich es dies in Wirklichkeit nicht war. Denn einerseits umfasste es längst nicht alle Deutschen, vor allem nicht diejenigen in Österreich, andererseits lebten in seinen Grenzen nicht nur Deutsche, sondern auch Dänen, Friesen, Polen, Sorben, Franzosen und vor allem Juden. Letztere fühlten sich allerdings in der Masse durchaus als „Deutsche mosaischen Glaubens“, wie die Deutschen katholischen oder protestantischen Glaubens auch. Außerdem waren sie alle juristisch gesehen deutsche Staatsbürger und damit Angehörige des neuen Deutschen Reiches.

Aus- und Transitwanderung im 19. Jahrhundert

Mit der Reichsgründung hatte sich der Lebenstraum der meisten Deutschen erfüllt; auch wenn sie anders ausgefallen war, als es sich die deutsche Nationalbewegung vor und nach 1848 erträumt hatte. Nach dem Scheitern der Frankfurter Nationalversammlung und der ihr folgenden tiefen Depression des deutschen Bürgertums hatten sich Millionen von Deutschen dazu entschlossen, ihrer Heimat den Rücken zu kehren. Die Staaten des Deutschen Bundes wurden zu Auswandererländern. In erster Linie der deutsche Südwesten gab zahlreiche Menschen vor allem nach Übersee ab. Diese Entwicklung hielt noch bis zum Augenblick der Reichsgründung an, hatte sich inzwischen allerdings schon merklich verlangsamt. Ihr folgte in den Jahren 1880 bis 1893 eine letzte große Auswandererwelle von Deutschen, die aber schon von derjenigen jüdischer Bevölkerung aus den östlich an das Reich angrenzenden Ländern überlagert wurde.

Bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges schwoll die Transitwanderung vor allem von Juden und Polen aus dem Russischen Reich und aus Österreich-Ungarn zur Massenbewegung an, ehe sie mit dem Kriegsausbruch schlagartig abbrach. Die deutsche Öffentlichkeit erlebte hier zum ersten Mal das Phänomen des „Fremden“ in aller Deut-

Ein Hamburger Dampfschiff nimmt Auswanderer an Bord (Holzstich, um 1875).



lichkeit. Vor allem die sozialdemokratische Presse und sozialdemokratische Politiker im Reichstag setzten sich für die Belange der Transitwanderer ein und griffen vor allem die profitorientierten Praktiken der großen Reedereien in Bremen und Hamburg „Hapag" und „Lloyd" heftig an, während etwa die wirtschaftlich, sozial und kulturell längst etablierte jüdische Bevölkerung Berlins in ihren osteuropäischen Glaubensgenossen „mit Kaftan, Schläfenlocken und Vollbart" eine Gefahr für die eigene gesellschaftliche Stellung sah und das möglichst schnelle Durchschleusen der russischen Juden anregte und auch finanziell stark unterstützte.

Ausländische Saisonarbeiter um 1890

In die publizistischen Auseinandersetzungen um die Transitwanderung flossen aber auch alle latent vor allem in konservativen und liberalen Kreisen längst vorhandenen antisemitischen und antipolnischen Abwehrhaltungen und Vorurteile ein, auch deshalb weil sich in den 1890er Jahren an den preußischen Ostgrenzen zwei Massenwanderungen aus dem östlichen Ausland begegneten: die sich schon bald der Millionengrenze nähernde jährliche Wanderung der „ausländischen Saisonarbeiter" aus Kongresspolen und den polnisch-ruthenischen Provinzen des österreichischen Cisleithaniens und der Transitstrom der ost- und südosteuropäischen Massenwanderung selbst. Im Jahre 1905 schärfte das Sprachrohr des rheinischen Liberalismus, die „Kölnische Zeitung", deshalb ihren Lesern ein: *„Wir müssen unsere Grenze, wenn es uns mit unserer Germanisierungspolitik überhaupt ernst ist, wenn wir den folgerichtigen Willen haben, in unseren Ostmarken nicht das Germanentum noch mehr als bisher von fremden Volksbestandteilen überfluten zu lassen, mit fester Hand gegen die Zuwanderung politisch und wirtschaftlich nicht vorteilhafter Elemente schützen.*" Dagegen wehrte sich die „Allgemeine Zeitung des Judentums" mit dem Hinweis auf die durchgehend kurze Dauer der Durchreise der Ostjuden bis in die deutschen Hafenstädte und meinte, es zeuge von *„Unkenntnis der Verhältnisse, wenn man auf Plakaten von der ‚Gefahr' der Einwanderung russischer Juden in Deutschland spricht; eine solche Gefahr ist nicht vorhanden".*

Jedenfalls erschienen die „Durchwanderer" aus Ost- und Südosteuropa der deutschen öffentlichen Meinung als die Inkarnation des Fremden schlechthin, oder wie es Michael Just ausgedrückt hat: *„Ob bei Beschreibungen der Auswandererhallen, der Kontrollstationen oder auch in allgemeinen Darstellungen – immer wieder wurde auf sonderbare Trachten und Verhaltensweisen der Fremden aufmerksam gemacht, deren Erscheinen selten als positive Bereicherung in den Städten verstanden wurde und meist nur Anlass gab, über Absperrmaßnahmen nachzudenken."*

„Ruhrpolen"

Am Beispiel des „Ruhrpolentums" hat Christoph Klessmann schon 1978 in seiner bis heute grundlegenden Studie „Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer ethnischen Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft" die Einschmelzung einer nationalen Minderheit in ihre deutsche Umwelt untersucht und danach gefragt: *„Woher kamen diese Fremden, warum und wann kamen sie, wie sind sie in der deutschen Gesellschaft aufgegangen?"* und gemeint, dass sich die Antworten darauf nicht ohne weiteres auf die heutigen Probleme von „Gastarbeitern" und Aussiedlern übertragen ließen, aber trotz aller Besonderheiten doch einige Parallelen aufwiesen, die nicht ohne aktuelles Interesse seien.

Bereits unmittelbar nach dem Ende des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/1871 erschien die erste Gruppe in Oberschlesien angeworbener polnischer Arbeiter im westfälischen Bottrop. In der Chronik des dortigen St.-Barbara-Vereins von 1907 heißt es u. a.: *„Der erste derartige Agent kam nicht lange nach dem Kriege nach Oberschlesien. Er erreichte jedoch nicht viel, da er Deutscher und der polnischen Sprache nicht mächtig war. So brachte er nur 25 Bergleute, hauptsächlich aus dem Kreise Rybnik, mit sich. Das war im Januar 1871. Sie alle wurden in einem neu erbauten Hause, der so genannten Menage, untergebracht. Dort erhielten sie Unterkunft, Mittag- und Abendbrot, wofür ihnen täglich 60 Pfennig vom Lohn einbehalten wurden."* Bottrop blieb auch in Zukunft ein Zentrum polnischer Einwanderung, vor allem aus Oberschlesien.

Wie derartige Anwerbungen im einzelnen vor sich gingen, beschreibt ein Bericht aus dem Jahre 1900 mit den Worten: *„Bereits im Januar kommen die ‚Werber' nach West- und Ostpreußen, nach Posen, Oberschlesien, um diese Arbeiter für die westlichen Provinzen […] zu mieten. Zigarren, Bier und Schnaps werden von dem Werber unter die Arbeiter verteilt, jeder Angeworbene erhält eine Mark an Geld, und nachdem die Mietsverträge abgeschlossen sind, wird ein gemeinsames Tanzvergnügen von dem Unternehmer veranstaltet."*

Landarbeiter aus dem Osten

Den Bergarbeitern aus Oberschlesien folgten bald Landarbeiter aus den anderen übervölkerten preußischen Ostprovinzen, die vom Sog der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, die dringend Arbeitskräfte brauchte und weitaus höhere Löhne zahlte, mitgerissen wurden, was zu einer beträchtlichen Bevölkerungsverschiebung zwischen Ost und West führte. Für die alteingesessenen Einheimischen waren diese Menschen sämtlich „Polen", obgleich sie sich aus ethnisch, landsmannschaftlich und sprachlich sehr verschiedenen Gruppen zusammensetzten. Aber auch die deutschsprachigen Zuwanderer aus den Ostprovinzen hatten mit den gleichen Integrations- und Orientierungsproblemen zu tun wie alle übrigen und wurden wie die polnischsprachigen von der einheimischen Bevölkerung unterschiedslos mit dem wenig freundlichen Begriff „Polacken" belegt. Das galt nicht zuletzt auch für die betont evangelischen

Links: Saisonarbeiter in Berlin, vor allem aus Schlesien und Polen, 1908.

Rechts: Polen in einer Zechensiedlung im Ruhrgebiet.

und durch und durch preußisch und monarchisch gesinnten Masuren.

Der gravierendste Unterschied zu den heutigen ausländischen Arbeitskräften bestand allerdings darin, dass sie keine Ausländer, sondern preußische Staatsbürger waren. Daraus ergaben sich für Christoph Klessmann vor allem zwei Konsequenzen:

„1. Die ‚Ruhrpolen' hatten eine relativ gute Rechtsstellung trotz aller Schikanen und Diskriminierungen, denen sie ausgesetzt waren. Man konnte sie nicht einfach abschieben, wenn sie unbequem wurden. Sie besaßen Möglichkeiten zur Organisation und Interessenwahrnehmung in Vereinen und Verbänden und besaßen eine eigene Presse.

2. Die ‚Ruhrpolen' waren jedoch auch einer besonders intensiven Überwachung durch die Polizei ausgesetzt, da die Polen im preußischen Staat als ‚Reichsfeinde' galten, weil sie sich mit der Teilung ihres Landes nicht abfinden wollten, gegen Germanisierungsbestrebungen der preußischen Regierung heftig und nicht ohne Erfolg opponierten und das Ziel der Wiederherstellung eines eigenen polnischen Staates keineswegs aufgaben."

Obgleich alle diese Bestrebungen zunächst eher harmloser Natur waren, braute sich für die Administration und die polizeilichen Organe im Westen die „Gefahr einer nationalpolnischen Bewegung" zusammen. Dabei waren es gerade die Behörden, die mit ihrem Argwohn die „Ruhrpolen" erst recht zu nationaler Geschlossenheit veranlassten, als im Laufe der Zeit polnischsprachige Gottesdienste so weit wie möglich eingeschränkt und der Schulunterricht in polnischer Sprache überhaupt verboten wurde. Im Jahre 1902 bemerkte dazu die „Frankfurter Zeitung" kritisch: *„Jeder vernünftige Mensch wird den Polen den Gebrauch ihrer Nationalsprache uneingeschränkt zuerkennen. Was ist denn dabei, wenn etliche Hunderttausende neben der offiziellen Landessprache noch ihre besondere Nationalsprache kultivieren? Daran geht niemand zugrunde. Indem aber die Hakatisten (d. h. die Anhänger des ‚Deutschen Ostmarkenvereins') ihr unsinniges Hetzen begannen, veranlassten sie die Polen erst recht, ihr Nationaltum zu pflegen, das nun in den Gegensatz zum Deutschtum getrieben ist."*

Schlesische Landarbeiterinnen in Berlin, um 1930.

Integrationsprobleme im Ruhrgebiet

Da die Polen zum überwiegenden Teil in billigen Werkskolonien wohnten, wo sie auf ihrem Stückchen Land Gemüse anbauen und Kleinvieh halten und auf diese Weise ihre vom Land mitgebrachte Lebensweise beibehalten und sich in wirtschaftlichen Krisensituationen behelfen konnten, gerieten sie auf die Dauer in eine ethnische Abkapselung von ihrer sie misstrauisch beobachtenden deutschen Umgebung. Die deutschen Gewerkschaften hatten es daher schwer, sie in die allgemeine Arbeiterbewegung einzubinden; die Polen gründeten vielmehr eigene Arbeitervertretungen.

Berühmt geworden sind die so genannten „Herner Krawalle" von 1899, mit denen jugendliche Polen gegen ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse revoltierten. Dieser wilde Streik lässt sich nach den Worten von Christoph Klessmann *„als Form eines eruptiven sozialen Protests einer noch nicht integrierten fremdsprachigen Arbeiterminderheit verstehen, die sich bei schlechten Wohnverhältnissen, fehlender Vertrautheit mit den Arbeits- und Lebensbedingungen der neuen industriellen Umwelt und mangelnder Kommunikation innerhalb der bunt zusammengewürfelten großen Zechenbelegschaften aus geringfügigem Anlass auflehnte. In der öffentlichen Diskussion erhielt das Klischee vom fanatischen, gewalttätigen Polen dadurch kräftig Auftrieb".* Jedenfalls ließen sich auf beiden Seiten tiefsitzende Vorbehalte bis zum Ersten Weltkrieg nicht abbauen, da die zutiefst religiösen katholischen polnischen Arbeiter den oft atheistischen „deutschen Sozialisten" mit gehöriger Reserve gegenüberstanden.

Dennoch wurden die „Ruhrpolen" nunmehr auch auf kommunalpolitischer Ebene aktiv. In den Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen gelang es ihnen immer häufiger, eigene Kandidaten durchzubringen. Dies galt auch für kirchliche Körperschaften, in die sie allmählich eindrangen. Diese Vorgänge sind ebenso ein Kennzeichen allmählicher Integration wie die zunehmende Anzahl von Mischehen zwischen Deutschen und Polen und die entsprechenden Namensänderungen. Doch verlief diese Entwicklung keineswegs geradlinig oder gar zwangsläufig.

1918 – zwischen Rückkehr und Anpassung

Jedenfalls bedeutete das Jahr 1918 auch für das Ruhrpolentum eine tiefe Zäsur, denn mit der Wiederherstellung eines polnischen Staates und der im Versailler Vertrag vorgesehenen Möglichkeit zur Option zwischen deutscher oder polnischer Staatsbürgerschaft wurde das Ruhrpolentum in den folgenden Jahren einer psychologischen Zerreißprobe ausgesetzt. *„Sie hatten sich zwischen ökonomischen und sozialen Interessen einerseits und polnisch-nationaler Loyalität andererseits zu entscheiden"* (Klessmann). Wie diese Entscheidung im einzelnen ausfiel, lässt sich mangels verlässlichen statistischen Materials kaum beurteilen. Christoph Klessmann schätzt, dass etwa ein Drittel der ca. 350.000 Polen im engeren Sinne (d. h. ohne die Masuren) nach Polen zurückkehrte, ein weiteres Drittel in das belgische bzw. nordfranzösische Kohlerevier weiter wanderte und nur ein Drittel im Ruhrgebiet verblieb.

Dieses letzte Drittel sah sich einem wachsenden Anpassungsdruck ausgesetzt, zumal der Kampf gegen die angebliche „Germanisierung" nunmehr entfallen war. Organisationen und Verbände, die sein Markenzeichen gewesen waren, schrumpften zusammen und verschwanden schließlich ganz. Andere Traditionslinien aber haben sich über die Zeit der rücksichtslosen Unterdrückungspolitik des Dritten Reiches erhalten, in der die Polen im Ruhrgebiet als angebliche „fünfte Kolonne" besonders brutal verfolgt wurden. Der „Verband der Polen in Deutschland" hat in Bochum noch heute in der gleichen Straße seinen Sitz, in der er 1894 unter gleichem Namen gegründet und 1923 als Zentralverband rekonstituiert worden war. (Und als nach der „Wende" eine deutsche Minderheit in Oberschlesien anerkannt wurde, forderten einige Kreise der Ruhrpolen als Äquivalent dazu ebenfalls ihre offizielle Anerkennung als nationale Minderheit, die ihnen jedoch bisher versagt geblieben ist.)

Dies ist ein Zeichen dafür, dass es kaum zutreffen dürfte, wenn ein amerikanischer Historiker die Geschichte der Ruhrpolen als eine „Erfolgsstory von geradezu amerikanischen Ausmaßen" charakterisiert hat. Vielmehr sahen sie sich von ihrer deutschen Umgebung allenfalls als leider unvermeidliches Übel hingenommen, aber kaum wirklich akzeptiert. Und doch dürfte zutreffen, was Christoph Klessmann in die Worte gekleidet hat: *„Dennoch ist die Geschichte der Polen an der Ruhr, die in den Bereich der Binnenwanderungen gehört und doch sozial- und kulturgeschichtlich deutliche Züge eines echten Einwanderungsprozesses trug, ein Beispiel für die Verbindung und Vereinbarkeit von sozialer Integration und Aufrechterhaltung national-kultureller Identität. Es gab produktive Ansätze einer multikulturellen Koexistenz und Symbiose, auch wenn sie sich erst in einem mühsamen Prozess herausbildeten. Die Ängste vor einem ‚Polenstaat im Westen' haben sich als völlig unbegründet erwiesen, und die Polenviertel in vielen Ruhrgebietsstädten haben keineswegs gravierende kommunalpolitische Probleme geschaffen. Gerade die von den Deutschen oft als bedrohlich empfundene nationale Separation der Polen hatte eine stabilisierende Komponente, die auch für die gegenwärtige Diskussion nicht übersehen werden sollte."*

Wanderarbeiter im Kaiserreich

Mochte es sich beim „Kohlenpott", der übrigens auch nach 1945 eine erstaunliche Integrationskraft bewies, immerhin noch um einen Spezialfall handeln, so galt dies weit weniger für die Millionen von „ausländischen Wanderarbeitern", die seinerzeit ins kaiserliche Deutschland kamen. Ihnen hat der heute an der Universität Osnabrück tätige und wohl derzeit unbestritten führende deutsche Migrationsforscher Klaus. J. Bade seine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Der gewaltige wirtschaftliche Aufschwung des Deutschen Reiches brachte es in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg mit sich, dass der Bedarf der Schwerindustrie an Arbeitskräften trotz massenhaften Zustroms aus der Landwirtschaft mit einheimischen Kräften nicht mehr zu decken war. Darüber hinaus aber konnten die Lücken, die dieser Abstrom in die Industriezentren im agrarisch geprägten „Ostelbien" hinterließ, gleichfalls nicht mehr geschlossen werden. Die Landwirte meldeten „Leutenot", die industriellen Arbeitgeber „Arbeiternot".

Landwirtschaftliche Wanderarbeiter aus den Ostgebieten auf der Durchreise am Potsdamer Bahnhof in Berlin (Holzstich, 1893).

Für die Gutsbezirke in den preußischen Ostgebieten, die dieser Not nicht mehr Herr wurden, bot sich als der kostengünstigste Ausweg die Anwerbung von gleichermaßen „billigen" wie „willigen" Arbeitskräften aus den benachbarten Gebieten an. Sie waren insofern „billig", als sie Löhne akzeptierten, für die deutsche Arbeiter kaum mehr zu bekommen waren, und weil außerdem wegen der mit ihnen im allgemeinen geschlossenen Saisonverträge die üblicherweise fälligen Lohnnebenkosten entfielen, wie sie bei den ganzjährig und dauerhaft Beschäftigten die Regel waren. Und sie waren „willig" wegen der für sie noch weit ungünstigeren Verhältnisse in ihren Herkunftsgebieten jenseits der preußischen Ostgrenzen.

Das Gros dieser „ausländischen Wanderarbeiter" wurde in der Landwirtschaft beschäftigt und stammte zum weitaus überwiegenden Teil aus Russisch-Polen und dem österreichischen Galizien. Russisch-polnische Bergarbeiter, wie sie in Oberschlesien anzutreffen waren, wurden in der preußischen Montanindustrie nur in den östlichen Provinzen zugelassen, um damit ein mögliches Zusammentreffen von auslandspolnischen und preußisch-polnischen Industriearbeitern im Ruhrgebiet zu blockieren und die befürchtete Entstehung eines „Polenstaats im Westen" zu verhindern. An zweiter Stelle standen die Italiener, die besonders im Baugewerbe Beschäftigung fanden und bereits damit begannen, einheimische Arbeitskräfte zu verdrängen. Dies galt besonders für Ziegeleibetriebe. So hieß es dazu in der Presse z. B.: *„Im Ziegeleigewerbe haben Italiener in Süddeutschland, Slawen, Wallonen und Holländer in Norddeutschland das Feld erobert. Bereits in 1895 hatten die Italiener die deutschen Ziegeleiarbeiter aus dem südlich der Donau gelegenen Teil Bayerns größtenteils verdrängt. Tschechen überfluten die Ziegeleien Sachsens und Wallonen und Holländer strömen in die rheinisch-westfälische Ziegelindustrie. Die Lipper Ziegler, die früher in Deutschland überall zu finden waren, sind allmählich durch Polen, Ruthenen, Wallonen, Italiener, Holländer, Tschechen immer mehr zurückgedrängt."*

Dilemma der preußischen Innenpolitik

Für die preußische Innenpolitik ergab sich daraus das Dilemma, dass sie das ökonomische Interesse an einer Deckung des Ersatzbedarfs an Arbeitskräften mit dem politischen Interesse an einer Eindämmung der vorwiegend polnischen Einwanderung in die preußischen Ostprovinzen zur Deckung bringen musste. Auf die preußische „antipolnische Abwehrpolitik" fiel noch lange Jahre der Schatten des von Bismarck geführten „Kulturkampfs" gegen die katholische Kirche in den Jahren nach 1871, den der „Eiserne Kanzler" selbst als vor allem durch die „polnische Frage" motiviert gerechtfertigt hatte. Er sollte nicht zuletzt dazu dienen, den Bestrebungen der katholischen polnischen Patrioten nach einer Wiederherstellung eines eigenen Staates ihren angeblichen deutschen Rückhalt zu entziehen. Dies war auch der politische Hintergrund für die 1885/1886 inszenierte Massenausweisung ausländischer Polen und Juden aus den preußischen Ostprovinzen, die selbst der deutsche Botschafter in St. Petersburg als „eine unnötig grausame und überdies nutzlose Maßregel" bezeichnet hatte.

Dieser Zwangslage zwischen dem nach wie vor bestehenden Arbeitskräftebedarf und dem preußischen Sicherheitsinteresse ließ sich nur entgehen, wenn man den Zustrom ausländischer Arbeiter nicht zur Einwanderung geraten ließ. Dem diente das schließlich im Jahre 1907 endgültig etablierte System des „Legitimationszwangs" und des damit verbundenen „Rückkehrzwangs" in der winterlichen „Karenzzeit". Das bedeutete eine verschärfte Ausländerkontrolle mit Hilfe von befristeten und jährlich neu zu erwerbenden Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen sowie eine winterliche Sperrfrist für Arbeitswanderer aus dem östlichen Ausland. Verstöße gegen diese Bestimmungen wurden mit der Ausweisung in das Herkunftsgebiet bedroht und eintretenden Falls auch geahndet. Weitere restriktive gegen die misstrauisch beobachteten polnischen Wanderarbeiter gerichtete Maßnahmen waren die Zulassung nur einzelner Arbeiter, aber nicht von deren Familien sowie die strikte Trennung von Männern und Frauen in den Arbeitskolonnen. Schwangerschaft führte zur sofortigen Ausweisung der Betroffenen auf eigene Kosten.

Um polnische „nationalverdächtige Elemente durch unverdächtige zu ersetzen", versuchte man – allerdings mit mäßigem Erfolg – verstärkt Ruthenen (= Ukrainer) aus Ostgalizien anzuwerben, die denn auch als „Preußen des Ostens" bis 1905 vom Legitimationszwang ausdrücklich ausgenommen wurden. Allerdings funktionierte dieses System in der Praxis längst nicht so reibungslos wie auf dem Papier, da viele Gutsbesitzer und deren Verwalter wegen der allgemein herrschenden „Leutenot" nicht allzu viele Fragen nach der Herkunft ihrer Arbeitskräfte stellten.

„Arbeiterschicht zweiten Grades"

Die soziale Lage der ländlichen „Auslandswanderarbeiter", die man auf den großen Gütern während der Getreideernte in so genannten „Schnitterkasernen" unterbrachte, ist mit Recht des öfteren als besonders drückend und für die Betroffenen erniedrigend beschrieben worden. Dabei verrichteten die ausländischen Arbeitskräfte auch damals schon häufig genug die am wenigsten geschätzten Schwerstarbeiten. Das galt nach den Worten von Klaus J. Bade *„im Tiefbau für den im Dauerakkord schuftenden Kanalarbeiter, in der Landwirtschaft für die im Ernteakkord stehenden männlichen ‚Schnitter', weiblichen ‚Rübenzieher' und ‚Kartoffelbuddler', für den gleichfalls im Akkord Tonklumpen in Formen pressenden ‚Handformer' in der Ziegelei, aber auch in der Montanindustrie für den ‚Schlepper' zwischen Abbauort und Strecke unter Tage und den ‚Feuermann' in Kokerei und Hochofenglut"*.

Im Jahre 1911 berichtete das Königliche Oberbergamt in Breslau, dass man sich bislang *„streng"* an gewisse *„Grundsätze"* gehalten habe, nämlich daran, *„die ausländischen Arbeiter, da sie ungeübt und wenig intelligent sind, ausschließlich zu den schlechter bezahlten, nur geringe oder gar keine Geschicklichkeit erfordernden Arbeiten zu verwenden, den einheimischen Leuten dagegen die lohnenderen, aber auch mehr Überlegung und Gewandtheit erfordernden Arbeiten zu übertragen"*. Daraus folgerte

etwa zur gleichen Zeit der Agrarhistoriker Sartorius von Waltershausen: *„Die genannten Arbeiten sind anstrengend, vielfach die Gesundheit aufreibend, oft schmutzig und widerlich und werden daher in denjenigen Gebieten, wo die Arbeiterschaft verweichlicht und bequem geworden ist und vermöge ihrer politischen Selbstherrlichkeit einen Anspruch auf leichtere Arbeit zu haben glaubt, gern abgelehnt, wenn sich nur irgend eine angenehmere Tätigkeit finden lässt."* Auf diese Weise entstehe eine subproletarische ausländische *„Arbeiterschicht zweiten Grades"*, deren Zugehörige in Deutschland Funktionen erfüllten, wie sie *„der Neger in den nordamerikanischen Oststaaten, der Chinese in Kalifornien, der ostindische Kuli in Britisch-Westindien, der Japaner in Hawai, der Polynesier in Australien" übernähmen. Und im Statistischen Reichsamt in Berlin war man der Meinung, es könne „in gewisser Weise als erfreulich bezeichnet werden, dass für die Verrichtung der niederen Arbeiten anspruchslose ausländische Arbeiter zur Verfügung stehen"*.

Ausländische Arbeitnehmer erfüllten aber darüber hinaus auch eine konjunkturelle „Pufferfunktion", wobei man auch hier mit bemerkenswerter, allein am wirtschaftlichen Nutzen orientierter Kälte schon 1895 in Berlin argumentierte: *„Beschränke man die Industrie auf inländische Arbeiter, so würde bei einem Rückgang der Industrie eine größere Anzahl von Arbeitern brotlos und vermehrten sie dadurch die unzufriedenen Elemente. Dagegen könne man ausländische Arbeiter in solchen Fällen ohne weiteres abstoßen"*. Und das bereits zitierte Oberbergamt in Breslau bestätigte dieses Verfahren im Jahre 1911 mit den Worten: *„Insoweit eine Reduktion der Belegschaft zu gewissen Zeiten oder in gewissen Industriezweigen sich als notwendig herausstellte, erfolgte zunächst ausschließlich die Abstoßung der Ausländer."*

Noch weit erschreckender stellt sich das Bild vom ausländischen Wanderarbeiter in der nationalistischen Agitation dar, wo man, ausgelöst von dem damals schon weltberühmten Soziologen Max Weber mit seiner These von der „Verdrängung" der preußisch-deutschen Landarbeiter durch auslandspolnische Saisonarbeiter, „große nationale Gefahren" für den „deutschen Volkskörper" witterte. Hier verdichtete sich das Bild von den angeblich naturgegebenen Rangunterschieden zwischen den auf einer „höheren Kulturstufe" stehenden einheimischen Arbeitskräften und den „slawischen" Arbeitern in Gestalt von „kriecherischen Polen" bzw. „dummen Polacken" und den Ruthenen als den „geborenen Erdarbeitern".

Es dürfte durchaus zutreffen, dass diese hier geschilderten ausländischen Arbeitskräfte auch noch während des Ersten Weltkriegs für die deutsche Wirtschaft entscheidende Ersatzfunktionen wahrnahmen; denn *„ohne die nunmehr zwangsweise auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt zurückgehaltene ausländische Reservearmee, die rasch durch Kriegsgefangene verstärkt wurde, wäre die ‚Heimatfront' im ersten totalen Krieg sehr viel früher zusammengebrochen"*, wie Klaus J. Bade mit Recht festgestellt hat. Schon jetzt reichten die Zwangsmaßnahmen über eine indirekte Nötigung und Arbeitszwang bis hin zu Zwangsarbeit und regelrechten Arbeitsdeportationen, wie beispielsweise im Winter 1916/1917 aus Belgien, und stellten eine *„die Erfahrungsgrundlage für den nationalsozialistischen Ausländereinsatz im Zweiten (Weltkrieg)"* dar.

Aus einer antisemitischen Postkartenserie, ca. 1920.

Das negative Bild vom „Fremden" nach 1918

Auch die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg vermochte weite Kreise der deutschen Öffentlichkeit nicht von ihrem durchaus negativen Bild vom ausländischen „Fremden" abzubringen. Dabei waren es wieder einmal der „Osten" und die „Juden", die der nationalistischen Propaganda als willkommene Zielscheibe dienten. In der Weimarer Republik wurden vor allem die Ostjuden als angebliche Kriegsgewinnler und Sendboten des Bolschewismus angesehen. Nun war es in der Tat nicht schwer, unter den ostjüdischen Immigranten, die vor den Pogromen und Nachstellungen in den neu entstandenen Staaten östlich der neuen Reichsgrenzen im Osten nach Deutschland geflohen waren, Fälle von Spekulantentum ausfindig zu machen und die Ängste des Bürgertums vor einer revolutionären Umwälzung mit Namen wie Rosa Luxemburg oder Karl Radek zu verknüpfen, die auf dem radikalen Flügel der deutschen Sozialdemokratie agierten.

Diese antisemitischen Aktivitäten verstärkten sich in der ersten Phase der Weimarer Republik erheblich, als im Reich und in Preußen Politiker an der Spitze standen, die sich schon vor 1918 jeder Diskriminierung ihrer deutschen jüdischen Mitbürger, aber auch der ins Land strömenden Ostjuden entgegengestellt hatten. Dennoch wichen auch sie mit der Zeit immer mehr vor der immer bedrohlicher werdenden Hetze gegen die ostjüdischen Flüchtlinge zurück, um sich nicht dem Vorwurf der „Judenbegünstigung" auszusetzen. Aber, wie Inge Blank überzeugend nachgewiesen hat: *„Auch arrivierte deutsche Juden mag ein Frösteln überkommen sein, wenn sie auf Glaubensgenossen aus dem Osten trafen, die an ihrem Habitus als Angehörige des Ghettos erkennbar waren und damit an eine unglückselige, für überwunden gehaltene oder schlicht verdrängte Vergangenheit erinnerten. Als ‚asiatische Horde auf märkischem Sand' hat sie der spätere, 1922 von antisemitischen Nationalisten ermordete Außenminister Walter Rathenau bezeichnet."*

Sie konzentrierten sich in der Tat vor allem in der Hauptstadt Berlin und hier im so genannten „Scheunenviertel", das Zuwanderer aus dem östlichen Europa an die Verhältnisse im galizischen Lemberg mit seinen kleinen finsteren Gässchen und zahlreichen Lädchen erinnerte. Das Berliner Ghetto galt als eine in sich abgeschlossene Welt mit eigenen Gesetzen, Sitten und Gebräuchen und einer eigenen sozialen Hierarchie, die vom Rabbiner bis zum Hausierer und Schnorrer reichte. Infolge der Weltwirtschaftskrise, die seine Bewohner besonders hart traf, zogen viele von ihnen nach Frankreich und Belgien und über französische und belgische Häfen weiter in die Vereinigten Staaten. Vermutlich hatten sie früher als ihre deutschen Glaubensbrüder instinktiv die ihnen vom Nationalsozialismus drohende Gefahr erkannt.

Stellenvermittlung für ungelernte Arbeiter in der Berliner Gormannstraße, um 1900.

Zwangsarbeiter im Zweiten Weltkrieg

Während die nationalsozialistische Judenpolitik zu den wohl am besten erforschten Gegenständen der Forschung über das Dritte Reich gehört, deren Erträge inzwischen ganze Bibliothekssäle füllen dürfte, ist der Einsatz von ausländischen Arbeitskräften in der deutschen Kriegswirtschaft der Jahre 1939–1945 weit weniger bekannt. Dabei stellte der nationalsozialistische „Ausländereinsatz“ nach den Worten von Ulrich Herbert *„den größten Fall der massenhaften, zwangsweisen Verwendung von ausländischen Arbeitskräften in der Geschichte seit dem Ende der Sklaverei im 19. Jahrhundert dar. Im August 1944 waren auf dem Gebiet des ‚Großdeutschen Reiches‘ 7,8 Mio. ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene als im Arbeitseinsatz beschäftigt gemeldet; hinzu kamen etwa 500.000 überwiegend ausländische KZ-Häftlinge. Somit waren zu diesem Zeitpunkt knapp 30 % aller in der gesamten Wirtschaft des Reiches beschäftigten Arbeiter und Angestellten Ausländer, die man größtenteils zwangsweise zum Arbeitseinsatz ins Reich gebracht hatte“.*

Zwangsarbeiter in ihrer Wohnbaracke.

Bei Kriegsausbruch stand die deutsche Führung vor der Alternative, entweder wie im Ersten Weltkrieg in großem Umfang Frauen in der Wirtschaft einzusetzen, was aber damals schon zu einer erheblichen Destabilisierung an der „Heimatfront“ geführt hatte, oder in großer Zahl Arbeitskräfte aus dem eroberten Ausland zu importieren. Gegen beide Möglichkeiten erhoben sich erhebliche sicherheitspolitische, vor allem aber auch weltanschauliche Bedenken. Die Dienstverpflichtung deutscher Frauen vertrug sich nicht mit dem frauen- und sozialpolitischen Konzept der Nationalsozialisten, während die Vorstellung, Millionen „fremdvölkischer“, vor allem polnischer Arbeitskräfte ins Reich zu bringen, die „Blutreinheit“ des deutschen Volkes hätte gefährden können. Erst unmittelbar bei Kriegsbeginn entschloss man sich für den Ausländereinsatz als dem geringeren Übel gegenüber der Dienstverpflichtung deutscher Frauen, weil man die hier drohenden Gefahren leichter eindämmen zu können meinte.

So wurden nach der Beendigung des „Feldzugs der 18 Tage“ gegen Polen die etwa 300.000 polnischen Kriegsgefangenen vor allem in der deutschen Landwirtschaft zum Einsatz gebracht. Parallel dazu begann man in Anknüpfung an die Tradition polnischer Wanderarbeiter im besetzten Polen selbst mit einer groß angelegten Werbeaktion, die aber schon sehr bald in eine regelrechte Menschenjagd im Generalgouvernement mündete, in deren Folge bis zum Mai 1941 etwa eine Million polnischer Arbeiter ins Reich gebracht wurde.

Gleichwohl empfand man den so genannten „Poleneinsatz“ in der Reichsleitung als den „rassischen“ Prinzipien des Nationalsozialismus widersprechend und versuchte, diesem Widerspruch durch die Einführung repressiver Maßnahmen gegen die Betroffenen zu steuern. Ähnlich wie schon im Falle der Juden war es den polnischen Zwangsarbeitern verboten, öffentliche Einrichtungen (vom Schnellzug bis zur Badeanstalt) zu benutzen und den deutschen Gottesdienst zu besuchen. Sie mussten länger als die Deutschen arbeiten und an der Kleidung ein Abzeichen „P“ für „Pole“ befestigt tragen. Kontakt zu den Deutschen außerhalb der Arbeit war ihnen untersagt; der geschlechtliche Umgang mit deutschen Frauen zog die öffentliche Hinrichtung nach sich. Um „das deutsche Blut zu schützen“, mussten außerdem mindestens die Hälfte der zu rekrutierenden polnischen Zwangsarbeiter Frauen sein.

Nach dem Urteil von Ulrich Herbert war dieser Modellversuch „Poleneinsatz“ für die zuständigen Behörden durchaus ein Erfolg. *„Es gelang sowohl, binnen kurzer Zeit eine große Zahl von polnischen Arbeitern gegen ihren Willen nach Deutschland zu bringen, als auch, im Deutschen Reich eine nach ‚rassischen‘ Kriterien hierarchisierte Zweiklassengesellschaft zu installieren.“* Aber bereits im Mai 1940 war unübersehbar, dass auch die Rekrutierung von Polen den Arbeitskräftemangel nicht würde beheben können. So erfolgte nach dem siegreichen Ende des Frankreichfeldzugs der Import von einer Million französischer Kriegsgefangener ins Reich, dem weitere Arbeitskräfte aus verbündeten Ländern folgten, die eine weit bessere Behandlung genossen, so dass auf diese Weise eine Stufenleiter entstand, auf der die bereits damals so genannten „Gastarbeitnehmer“ aus dem befreundeten Italien und die Arbeiter aus West- und Nordeuropa ganz oben, die Polen hingegen am unteren Ende der Skala platziert wurden.

Dieses Konzept ging aber nur so lange auf, wie die Strategie kurzer „Blitzkriege“ von Erfolg gekrönt war und keine Umstellung auf einen langen Abnutzungskrieg notwendig wurde. Spätestens seit dem Scheitern der deutschen Großoffensive vor den Toren Moskaus im Herbst 1941 aber musste man sich auf eine längere Kriegsdauer einstellen, zumal mit einer raschen Rückkehr der deutschen Soldaten an die heimischen Arbeitsplätze nun nicht mehr zu rechnen war. Im Gegenteil wurden nun nach und nach auch die jüngeren Jahrgänge zur Wehrmacht eingezogen und hinterließen auf dem Arbeitsmarkt empfindliche Lücken, die nur mit dem Einsatz russischer Kriegsgefangener hätten geschlossen werden können. Eine solche Variante aber kam für die deutsche Reichsregierung aus weltanschaulichen Gründen zu keiner Zeit in Frage.

Die Folgen dieser Einstellung waren für die russischen Kriegsgefangenen verheerend, indem sie im Hinterland in Massenlagern erbarmungslos ihrem Schicksal überlassen wurden. *„Mehr als die Hälfte der 3,3 Mio. bis Ende des Jahres 1941 in deutsche Hand geratenen sowjetischen Kriegsgefangenen verhungerten, erfroren, starben vor Erschöpfung oder wurden umgebracht. Insgesamt kamen bis Kriegsende von den etwa 5,7 Mio. sowjetischen Kriegsgefangenen 3,5 Mio. in deutschem Gewahrsam ums Leben.“* (Ulrich Herbert). Viel zu spät stellte man diese Vernichtungspolitik ein, als die Wirtschaft vehement auch den Einsatz russischer Kriegsgefangener forderte. Stattdessen begann man nun auch mit der Zwangsrekrutierung von Zivilpersonen in den besetzten russischen Gebieten zum Arbeitseinsatz im Reich und brachte auf diese Weise über 2,5 Millionen Menschen nach Deutschland – 20.000 pro Woche!

Polnische Zwangsarbeiter bei ihrer Rückkehr in die Heimat, 1945.

Schließlich genügten auch diese Arbeitskräfte nicht mehr, zumal wegen des für das

Reich ungünstigen Kriegsverlaufs die bisherigen Rekrutierungsgebiete für ausländische Arbeitskräfte zunehmend ausfielen. So kamen schließlich auch noch die KZ-Häftlinge zum Einsatz mit Todesraten, die die Überlebenszeit des einzelnen Häftlings auf wenige Monate begrenzten. Diese Phase deutscher „Ausländerpolitik“ und die dabei von den Deutschen selbst übernommene Rolle hat Ulrich Herbert mit den Worten charakterisiert: *„… die Zwangsarbeit von Millionen von ausländischen Arbeitern und in der letzten Kriegsphase auch von KZ-Häftlingen geschah nicht in isolierten Lagern außerhalb des Wahrnehmungskreises der Deutschen, sondern buchstäblich vor der eigenen Tür; dass der nationalsozialistische Ausländereinsatz im Wesentlichen als Erfolg im Sinne der Machthaber bezeichnet werden kann, liegt vor allem daran, dass ein erheblicher Teil der Deutschen die ihnen zugemutete Rolle annahm. […] Für die meisten waren die Ausländer einfach da und gehörten zum Kriegsalltag wie Lebensmittelkarten oder Luftschutzbunker, und die Diskriminierung der Russen oder der Polen wurde dabei ebenso als gegeben hingenommen wie die eigene bevorrechtigte Stellung ihnen gegenüber. Eben das aber machte das Funktionieren des Rassismus aus: dass seine Praktizierung zur täglichen Gewohnheit, zum Alltag wurde, ohne dass sich der Einzelne daran notwendig in Form von Diskriminierung oder Unterdrückung beteiligen musste.“*

„Displaced Persons“

Als mit der deutschen Niederlage auch die Schreckensherrschaft der nationalsozialistischen Diktatur zusammenbrach, standen die alliierten Siegermächte vor der Aufgabe, die ausländischen Zwangsarbeiter in Gestalt der von ihnen so genannten „Displaced Persons“ in die Heimat zurückzuführen. Diese gebärdeten sich angesichts des ihnen zugefügten jahrelangen Unrechts mit besonderer Aggressivität gegenüber der eingeschüchterten deutschen Zivilbevölkerung und scheuten in manchen Fällen auch nicht vor Plünderung und Mord zurück, ehe sie von den alliierten Militärs gegen deren ursprüngliche Absicht in „Lagern“ mit Stacheldraht und Bewachung verbracht und anschließend in ihre Herkunftsländer in Marsch gesetzt werden konnten.

Die Rückkehr dorthin war ihnen prinzipiell freigestellt, und in der Tat sind viele dieser Menschen angesichts der dort inzwischen etablierten kommunistischen Herrschaftsform nicht mehr in ihre Heimat zurückgekehrt. Dies gilt vor allem für die Angehörigen der polnischen Anders-Armee, die während des Krieges aus der Sowjetunion über den Iran und Italien nach Westeuropa gelangt war und deren Führung getreu den Traditionen der „Großen Emigration“ des 19. Jahrhunderts in London eine Exilregierung bildete, die bis zur „Wende“ unverdrossen den Anspruch aufrechterhielt, die „wahren Interessen der polnischen Nation“ zu vertreten. Nur die Rückführung sowjetischer Staatsangehöriger erfolgte gemäß einer in Jalta getroffenen Abmachung auch gegen den Willen der Betroffenen, die sich oft verzweifelt gegen ihre Auslieferung wehrten. Aus den übrigen DPs wurden „staatenlose Ausländer“, von denen bis zum Jahre 1951 die meisten von dem Angebot der westlichen Alliierten Gebrauch machten, im Rahmen eines „resettlement“ neue Heimatländer zu finden.

Diejenigen, die zurückblieben, erfreuten sich angesichts der Erfahrungen mit ihnen unmittelbar nach Kriegsende begreiflicherweise keiner besonderen Sympathie bei der deutschen Bevölkerung und haben bei ihr das Bild des „Fremden“ nachhaltig verdüstert. Wolfgang Jacobmeyer hat die damalige Stimmungslage zutreffend folgendermaßen beschrieben: *„Überhaupt verschlossen sich die Deutschen gern vor der Einsicht in die Grundursache des Problems. Da die DPs in der rechtlichen und sozialen Enklave von alliierten Lagern lebten, bot sich deutschen Beobachtern eine willkommene Möglichkeit, die DPs nicht als Folge deutscher Politik, sondern als lästiges Besatzungsproblem zu werten. Die DPs galten als ‚faules Pack‘, weil sich in den Lagern keine Beschäftigungsverhältnisse entwickeln ließen, als ‚kriminelles Gesindel‘, weil deutsche Polizeigewalt am Lagertor endete, als ‚sozialer Abschaum‘, weil man die Sozialkorrosion von Lagerleben nicht sehen konnte oder wollte, und obendrein als ‚lieb Kind der Besatzer‘. Dies waren und blieben die Stichworte der ebenso verständnislosen wie der eigenen Entlastung dienenden Einschätzung auf deutscher Seite.“*

In den Aufnahmelagern herrschten teilweise unmenschliche Lebensbedingungen für die Vertriebenen.

Flüchtlinge und Vertriebene nach 1945

Kaum weniger verständnislos verhielten sich viele einheimische Deutsche, als sie mit dem Problem konfrontiert wurden, Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen aufnehmen und versorgen zu müssen. Die erst in jüngerer Zeit neu belebte Vertriebenen- und Flüchtlingsforschung hat nachweisen können, dass deren Aufnahme und Integration keineswegs so reibungslos verlaufen sind, wie man noch Ende der fünfziger Jahre im Zeichen des deutschen „Wirtschaftswunders“ hatte glauben wollen.

Wenn es sich auch bei diesen Menschen um deutsche Landsleute und somit nicht um „Fremde“ oder gar nationale Minderheiten im eigentlichen Sinne handelte, gehören sie doch im weiteren Zusammenhang zu unserem Thema; denn auch sie wurden von der einheimischen Bevölkerung damals überwiegend als „fremd“ oder zumindest als „anders“ empfunden. Umgangssprachlich bezeichnete man die Neuankömmlinge pauschal als „Flüchtlinge“, auch wenn die Betroffenen die Gleichsetzung der Begriffe „Flüchtling“ und „Vertriebener“ meist mit Recht von sich wiesen. Denn historisch gesehen haben viele dieser Menschen das doppelte Schicksal von Flucht und Vertreibung erlitten, *„und zwar in doppelter Reihenfolge. Für Viele folgte der Flucht aus Ostpreußen nach Pommern wenig später die Vertreibung von dort – vielleicht in die sowjetische Besatzungszone, die später in erneuter Flucht westwärts verlassen wurde“* (Wolfgang Benz).

Die Frage nach der Wahrnehmung und Beurteilung der „Flüchtlinge“ durch die alteingesessene Bevölkerung gehört nach dem Eindruck vieler Beobachter auch heute noch zu den heikelsten Themen der deutschen Nachkriegsgeschichte. Der heutige Direktor des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt, Dieter Bingen, hat kürzlich in diesem Zusammenhang sogar von *„deutschen Verdrängungsleistungen nach 1945“* gesprochen und beklagt, *„dass die Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR vollauf mit dem Wiederaufbau, der Schaffung von beruflichen und familiären Existenzen beschäftigt waren und in jedem zusätzlichen Nachbarn aus dem Osten instinktiv und fälschlich eine unerwünschte Belastung sahen, obwohl die Zuwanderung eine ökonomische Bereicherung und schließlich ein Grundstein für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg wurde“.*

Probleme der Integration

Bevor dies jedoch gelingen konnte, galt es für die Heimatvertriebenen in beiden Teilen des geschlagenen Deutschland eine Phase bitterster Not und Entbehrung zu durchleben, die in vielen von ihnen traumatische Erinnerungen wachhielt. Nicht wenige von ihnen fanden zunächst keinen ihrer beruflichen Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz und mussten vor allem in ländlichen Gegenden, wo sich das Zusammenleben von Einheimischen und Flüchtlingen besonders schwierig gestaltete, oft genug und meist widerwillig weniger angesehene Tätigkeiten ausüben. Auch die Währungsreform von 1948, die das deutsche „Wirt-

schaftswunder“ initiierte, benachteiligte die Flüchtlinge insofern, als diese im Gegensatz zu den Einheimischen über keine Sachwerte verfügten und das von ihnen eventuell noch gerettete Bargeld über Nacht seinen Wert verlor. Erst mit der 1952 einsetzenden, anfangs heftig umstrittenen Lastenausgleichsgesetzgebung begann die wirtschaftliche und soziale Integration der Heimatvertriebenen, die mit der Auflösung des nicht zuletzt für diese Fragen zuständigen Bundesvertriebenenministeriums nach dem Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt auch äußerlich als abgeschlossen gelten konnte. Wohl eigentlich das größte deutsche Nachkriegswunder, die friedliche Integration der etwa zwölf Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen war damit – endlich – Wirklichkeit geworden.

Damit war auch ein Postulat der alliierten Politik erfüllt, die es von Anfang an darauf abgesehen hatte, die Neuankömmlinge vollständig zu integrieren*: „Sie durften keine soziale und politische Sonderrolle spielen, sollten in der Bevölkerung der Gastorte aufgehen und keine Irredenta bilden“*; dazu wurden die neu entstandenen Länderregierungen ausdrücklich verpflichtet. Besonders die süddeutschen Länder, die sich heute gern als die besonderen Wahrer der Interessen der Vertriebenen präsentieren, haben zunächst nicht selten versucht, diesem Bestreben entgegenzuwirken. Wolfgang Benz hat anhand des Berichts eines bayerischen Beamten vom 28. Juli 1946, dessen Argumentation er *„schlitzohrig und scheinheilig zugleich“* nennt, eindrucksvoll demonstriert, wie hier Egoismus und Fremdenfeindlichkeit dominierten.

Währungsreform, an den Geldausgabestellen herrschte ein gewaltiger Andrang, 1948.

Man traut in der Tat seinen Augen nicht, wenn man die Folgenden gegen die Bestimmungen des am 20. März 1946 für Bayern erlassenen Flüchtlingsgesetzes gerichteten Sätze liest, das in § 8 vorschrieb: *„Bei dem Arbeits- und Berufseinsatz ist die bisherige Tätigkeit und die Berufsausbildung nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Unter gleichwertigen einheimischen und zugewanderten Bewerbern ist die Frage der größeren Bedürftigkeit entscheidend.“* Der Berichterstatter kommentierte diese Bestimmung nämlich mit den Worten: *„Dieses Gesetz [dient] der Entrechtung der angestammten Bevölkerung zu Gunsten der Flüchtlinge. Dieses Gesetz bedeutet die Legalisierung der grundsätzlichen wirtschaftlichen Bevorzugung der Flüchtlinge gegenüber der angestammten Bevölkerung. Somit haben die Volksvertreter der angestammten Einwohner des Landes deren soziologischen, sittlichen und wirtschaftlichen Selbstmord beschlossen. Erscheint hier nicht die Maske der gewaltigen und gefährlichen Konzeption jener östlichen Ideologie in einmaliger Klarheit?!“*

Einige Jahrzehnte später wollte man sich daran begreiflicherweise nicht mehr erinnern. Schon als Eugen Lemberg und Friedrich Edding im Jahre 1959 ihr im Auftrag der Bundesregierung erarbeitetes voluminöses Standardwerk: *„Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Wirtschaft, Politik und Geistesleben“* vorlegten, wurde von vielen Beobachtern im In- und Ausland die Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in die junge Bundesrepublik als nunmehr vollzogen angesehen. Weitere zwanzig Jahre später schrieb der damalige Staatssekretär im Innenministerium, Siegfried Fröhlich, in seinem Vorwort zu dem von Hans Joachim von Merkatz herausgegebenen Sammelband mit dem ein glückliches Resultat konstatierenden Titel *„Aus Trümmern wurden Fundamente. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler. Drei Jahrzehnte Integration“: „Sie leben politisch, beruflich und materiell nicht anders als die Deutschen, die hier schon seit Generationen ansässig sind. Dass dies gelingen konnte, ist das eigentliche Wunder unserer Nachkriegsgeschichte.“*

Schon Golo Mann hat dieses Spannungsverhältnis zwischen realer Integration und dem Bemühen um eine angemessene Würdigung des Schicksals der Vertriebenen in seiner weit verbreiteten *„Deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“* von 1958 recht eindrucksvoll beschrieben, als er darauf hinwies, dass – anders als die mit Recht bewunderte wirtschaftliche Eingliederung – die moralische und politische Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen weit weniger gelungen sei, denn: *„Schlesien und Preußen, das waren Landschaften von ausgeprägter Kultur und Eigenart gewesen, in ihrem deutschen Charakter um 1000 Jahre jünger zwar als Rheinland und Schwaben, aber um dessetwillen nicht weniger deutsch. Niemand konnte es den Vertriebenen verdenken, dass sie der formalen Anerkennung und Billigung des ihnen angetanen Unrechts erbitterten Widerstand entgegensetzten, dass die Vertreibungen fortwirkten wie eine schwärende Wunde.“* Allerdings erschien es ihm nicht weniger problematisch, *„dass man den deutschen Taten, welche dem Verbrechen vorangegangen waren, ein äußerst geringes Interesse entgegenbrachte“* – eine Argumentation, die die Debatte auch heute noch beherrscht!

Flüchtlinge und Vertriebene in der DDR

Eine solche konnte es in der DDR nicht geben, wo das Thema „Flucht und Vertreibung“ aus politischen Gründen jahrzehntelang tabuisiert worden war. Hier waren vor allem Vertriebene aus den unmittelbar angrenzenden Provinzen Pommern, Ostbrandenburg und Schlesien über die Oder und Neiße nach Westen und insbesondere Menschen aus den sudetendeutschen Siedlungsgebieten über die böhmisch-sächsische Grenze in die Sowjetische Besatzungszone transportiert worden. Sie hatten insofern „alles verloren“, als man ihnen auch noch ihre Identität zu nehmen versuchte, indem man sie mit Rücksicht auf die Besatzungsmacht zu „Umsiedlern“ erklärte – so als ob sie freiwillig und mit ihrem gesamten Eigentum in ihre neue Heimat gekommen wären. Über ihre Integrationsprobleme wusste man in den alten Bundesländern bis vor kurzem kaum etwas; nicht einmal die Tatsache, dass die spätere DDR den prozentual gesehen höchsten Anteil an Flüchtlingen und Vertriebenen hatte aufnehmen müssen, dürfte hierzulande allgemein bekannt gewesen sein.

Mittlerweile hat die Forschung zum Vertriebenenproblem auch in den neuen Ländern auf der Grundlage der in den nunmehr geöffneten Landesarchiven aufbewahrten Akten in voller Breite eingesetzt. Wenn deren erste Ergebnisse nicht täuschen, ist es bei der Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Mecklenburg, Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt zu ähnlichen Phänomenen wie in den weiter westlich gelegenen anderen Besatzungszonen gekommen: von einer zunächst weit verbreiteten Ablehnung der Neuankömmlinge durch die einheimische Bevölkerung vor allem in ländlichen Regionen bis zur – notabene ohne einen Lastenausgleich bewerkstelligten – Verschmelzung beider Bevölkerungsgruppen im Zeichen wirtschaftlicher Erholung und Konsolidierung. Die nach der Aus- bzw. Gleichschaltung aller anderen politischen Parteien seit 1948/49 allein regierende SED hatte im übrigen nichts unversucht gelassen, um das Vertriebenenproblem aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwinden zu lassen. Seit 1949 wurden die Vertriebenen in den Bevölkerungsstatistiken nicht mehr gesondert ausgewiesen.

Andererseits dienten nicht selten gerade die leistungsorientierten Heimatvertriebenen der sich allmählich konsolidierenden DDR als willkommene Stütze. Nach der Beobachtung von Alexander von Plato und Wolfgang Meinecke waren es *„konservative Grundmuster individualistischer, aufstiegswilliger, durchsetzungsfähiger, eher un-*

politischer und Anpassungsleistungen erbringender Personen, die die Umwälzungen in der DDR für ihren persönlichen Werdegang nutzten." Sie wurden *„zu Prototypen dieser aufstiegswilligen, ökonomisch bestimmten Gesellschaft"*. Wie diese Vorgänge im Einzelnen zu bewerten sind und wie sich vor allem die einheimische Bevölkerung dazu stellte, bedarf einstweilen noch weiterer Forschungen.

Aus der DDR aber kamen auch immer mehr so genannte „Übersiedler" in die alte Bundesrepublik, bis der Bau der Berliner Mauer im August 1961 dieser Fluchtwelle ein unvermitteltes Ende setzte.

„Gastarbeiter"

Inzwischen war hierzulande die von den Gewerkschaften seit dem Jahre 1950 postulierte Vollbeschäftigung erreicht, und so musste der noch immer wachsende Arbeitskräftebedarf zunehmend durch ausländische Arbeitnehmer gedeckt werden. *„Vom ersten Jahr der Vollbeschäftigung 1960 bis zum Krisenausbruch 1973, der den ‚Anwerbestopp' veranlasste und die Ausländerbeschäftigung ihren Gipfelpunkt überschreiten ließ, wuchs die ausländische Erwerbsbevölkerung in der (alten) Bundesrepublik von rd. 280.000 auf rd. 2,6 Mio. an"* (Klaus J. Bade).

Immer mehr Industriebetriebe klagten über den Mangel an Arbeitskräften, obwohl die Zahl der registrierten Arbeitslosen immer noch die Millionengrenze überschritt. Daher stimmten nun auch die Gewerkschaften der verstärkten Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zu, zunächst freilich ohne die langfristigen sozialen Folgeprobleme zu bedenken. Für die aus den „Anwerbeländern" ins Land kommenden Arbeitnehmer bürgerte sich in der Öffentlichkeit nicht von ungefähr der Begriff „Gastarbeiter" ein; denn ein Gast ist nur derjenige, der nicht auf Dauer bleibt.

Den von der Bundesregierung unter dem Druck von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften 1955 mit Italien und 1960 mit Spanien und Griechenland geschlossenen ersten Anwerbevereinbarungen folgten entsprechende Verträge mit der Türkei und Portugal, Marokko und Tunesien sowie 1968 mit Jugoslawien, von denen nur die beiden mit den nordafrikanischen Staaten geschlossenen Verträge weitgehend ohne Wirkung blieben. Zuerst waren Italiener, Spanier und Griechen am stärksten vertreten, während seit dem Ende der 1960er Jahre die Anteile der Jugoslawen und vor allem der Türken kräftig anstiegen. Die Gesamtzahl der in der (alten) Bundesrepublik beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte wuchs von 1,2 % im Jahr 1960 bis auf 7,2 % im Jahre 1970 der in Deutschland lebenden Wohnbevölkerung und hat sich seitdem auf etwa dieser Höhe stabilisiert (1988 7,3 %).

Wie der Begriff vom „ausländischen Wanderarbeiter" im Kaiserreich implizierte auch der nunmehr gebräuchliche Begriff vom „Gastarbeiter" eine berufliche und soziale Klassifizierung mit dem Schwergewicht auf un- bzw. angelernten Arbeitern. Es kam – soziologisch gesprochen – zu einer „Unterschichtung" der deutschen durch eine ausländische Arbeiterschaft. Nun erst begann sich in gewissem Sinne auch die mentale Kluft zwischen Einheimischen und Flüchtlingen zu schließen; denn die Trennlinie verlief von nun an zwischen deutschen und ausländischen Arbeitnehmern, denen das Stigma „Gastarbeiter" selbst dann noch anhaftete, wenn sie zu Kleingewerbetreibenden und Kleinhandelsleuten aufgestiegen waren. Wie schon im Kaiserreich waren noch immer sie die ersten, die in Zeiten der Rezession ihre Arbeitsplätze gefährdet sahen oder tatsächlich verloren.

Besonders deutlich wurde dies beim 1973 im Zeichen der weltweiten „Ölkrise" verhängten „Anwerbestopp", der allerdings soziale Folgen nach sich zog, die anscheinend niemand vorausgesehen hatte. Zwar senkte er die Ausländerbeschäftigung, begrenzte aber auch die transnationale Fluktuation der „Gastarbeiter", weil die Betroffenen aus Furcht davor, dass aus ihrer zeitweiligen freiwilligen Rückkehr in ihre Heimat

Zur Begrüßung bekam der millionste Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland, ein Portugiese, 1964 bei seiner Ankunft ein Moped geschenkt.

ein dauerhafter Abschied werden konnte, nicht nur in Deutschland blieben, sondern nach und nach auch ihre Familien nachzogen. Oder um es mit den Worten von Klaus J. Bade zu sagen: *„Der ‚Anwerbestopp' wirkte mithin auch als Bumerang in der Arbeitsmarkt- und Ausländerpolitik; denn er verstärkte die Tendenz zu Daueraufenthalt und Familiennachzug und forcierte damit gerade den unerwünschten Wandel vom Arbeitskräfteimport zum Einwanderungsproblem."*

Es lässt sich nicht leugnen, dass die meisten ausländischen Arbeitnehmer noch immer unter vergleichsweise harten Arbeitsbedingungen zu leiden hatten, auch wenn sie in zunehmend großer Zahl in die Lohngruppe der Facharbeiter aufstiegen. Sie stellten auch im Jahre 1985, als das Wort von der „Massenarbeitslosigkeit" erstmals die Runde machte, prozentual den größten Anteil an Erwerbslosen. Vor allem aber änderte sich ihr Konsumverhalten. Während die ältere Generation der ersten Gastarbeiter im Aufnahmeland an niedrigen Lebenshaltungskosten interessiert war und ihren vergleichsweise hohen Verdienst in ihr Heimatland transferierte, um sich dort eine Existenz aufzubauen, näherte sich das Konsumverhalten der jüngeren Generation mehr und mehr demjenigen der deutschen „Aufnahmegesellschaft" an!

Sinn- und Identitätskrise

Im Zuge dieses Prozesses aber gerieten nicht wenige Familien auswärtiger Arbeitskräfte in eine tiefe Sinn- und Identitätskrise zwischen einer älteren, noch von ihren Herkunftsgebieten geprägten und einer jüngeren, bereits in der Bundesrepublik aufgewachsenen und zunächst orientierungslos gewissermaßen zwischen „alter" und „neuer" Welt stehenden Generation, was nicht selten zu familiären Zerreißproben führte. Die Zeit der Massenquartiere, in denen die „Gastarbeiter" in den 1950er und 1960er Jahren lebten, gehört längst der Vergangenheit an; heute leben die meisten von ihnen vor allem in den Großstädten in regelrechten Siedlerkolonien, teils konzentriert oder über einzelne Häuser oder Wohnungen verstreut, in denen sie durch ethnische Gemeinschaften zusammengehalten werden. Diese sind aber nach neuesten Erkenntnissen soziologischer Forschung weniger Orte der Abkapselung als eher ein Zufluchtsort in der Identitätskrise ihrer Einwandererssituation. 1993 jedenfalls lebten und arbeiteten schon weit mehr als die Hälfte von ihnen mehr als zehn Jahre in Deutschland, und wenn auch das regierungsamtliche Dementi immer noch lautet: „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland", so befindet sich doch ein großer Teil der „Gastarbeiterbevölkerung" schon lange in einer paradoxen Lage: in einer Situation von Einwanderern ohne Einwanderungsland.

Ihre Lage hat sich im Übrigen seit der deutschen Wiedervereinigung dadurch noch kompliziert, dass die Deutschen in den neuen Bundesländern angesichts des Zusammenbruchs ihres Gesellschaftssystems, von Wirtschaftskatastrophe und Massenarbeitslosigkeit selbst in eine zwar als Befreiung, aber auch als Entmündigung und Bevormundung durch ihre Landsleute aus dem Westen erlebte Sinnkrise gerieten, in der sich ihre „Anpassungskrise" in einer schon länger latent vorhandenen, aber nun weithin offenen Fremdenfeindlichkeit entlud und zu einem Ventil ihrer aus der eigenen ohnmächtigen Frustration resultierenden sozialen Aggressivität wurde.

„Aussiedler" aus Osteuropa

Eine Identitätskrise besonderer Art durchlebten aber auch die deutschstämmigen „Aussiedler" aus Polen und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die seit der Mitte der achtziger Jahre in großer Zahl in der Bundesrepublik eintrafen. Vor allem die Russlanddeutschen, die in ihrer Heimat zu Fremden geworden waren, hatten sich nach Westen auf die Reise begeben, um nach dem Scheitern ihrer Hoffnungen auf

eine Rückkehr in ihre angestammten Siedlungsgebiete dort „als Deutsche unter Deutschen zu leben“. Bezeichnenderweise führte sie ihr Weg nicht in die schon unter Auflösungserscheinungen leidende DDR, sondern allein in die Bundesrepublik. *„Das hatte sicher auch mit der materiellen Anziehungskraft des Westens, vor allem aber damit zu tun, dass Kommunismus und Sozialismus gleichgesetzt wurden mit der selbst erlebten Unterdrückung oder doch Unfreiheit“* (Klaus J. Bade).

Als die Aussiedler aber vermeintlich am Ziel ihrer Wünsche eintrafen, mussten Viele von ihnen erleben, dass sie wegen ihres „Deutschtums“, das sie zäh bewahrt und um dessetwillen sie Verfolgung, Unterdrückung und Deportation auf sich genommen hatten, von ihren Landsleuten in erster Linie als Boten einer längst überwunden geglaubten verhängnisvollen Vergan-

Aussiedler in Notunterkünften in Berlin-Neukölln, 1988.

genheit wahrgenommen wurden. Man hat sie deswegen erst jüngst in einer Fernsehsendung mit Recht als „Hitlers letzte Opfer“ bezeichnet. Ihr harter Akzent, ihre mangelhaften Sprachkenntnisse und ihre auf Außenstehende oft befremdlich wirkenden Verhaltensformen haben oftmals sogar dazu geführt, dass sie hierzulande gar nicht so selten selbst als „Polacken“ oder „Ruskies“ verunglimpft wurden und leider immer noch werden.

Hinzu kommt, dass sie sich der sie aufnehmenden, allzu oft allein am materiellen Erfolg orientierten „kalten Ellbogengesellschaft“ des Westens wegen ihrer ihnen in Jahrzehnten staatlicher Bevormundung anerzogenen Neigung, sich allzu sehr auf eine Initiative „von oben“ zu verlassen statt selbst aktiv zu werden, allzu oft nicht gewachsen zeigten und oftmals Opfer ihrer Unerfahrenheit im Umgang mit ihren nicht selten skrupellosen Mitmenschen wurden. Diese Erfahrung teilen sie im Übrigen mit den Flüchtlingen und Übersiedlern aus der ehemaligen DDR, aber auch mit den dort Gebliebenen, von denen Viele durch die „Wende“ im eigenen Land zu Fremden geworden sind oder doch sich zumindest als solche fühlen.

Klaus J. Bade, dem die vorstehenden Ausführungen viel an nachdenkenswerten Fragestellungen und Einsichten verdanken, hat die gegenwärtige Bewusstseinslage im Verhältnis zwischen den heutigen Bundesbürgern und den Aussiedlern wie folgt beschrieben: *„Mit den Aussiedlern kommt ein Stück vergessener oder doch verdrängter Geschichte zurück in die Gegenwart. Und mit ihm kommen vergessene Menschen mit hierzulande oft vergessenen oder aufgegebenen Orientierungsnormen und Wertvorstellungen – von der Glaubenswelt über Erziehungsfragen bis hin zur Stellung von Mann und Frau in Familie und Gesellschaft. In den gegenwärtigen Spannungen zwischen Einheimischen und Aussiedlern erinnern bei Einheimischen Skepsis und Sozialneid und bei Aussiedlern die Tendenz zur schweigsamen Überanpassung durchaus an Probleme der späten 1940er und früher 1950er Jahre.“*

Dennoch sei die heutige Situation mit derjenigen von vor nun schon über fünfzig Jahren nur bedingt vergleichbar. Damals hätten sich alle Deutschen im Zustand der Unsicherheit und existentieller Gefährdung befunden – nicht allein Vertriebene und Flüchtlinge, *„sondern auch Evakuierte und Ausgebombte, Wohnungslose, Heimkehrer bzw. Spätheimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft und viele andere auch in übertragenem Sinne Ortlose und Entwurzelte“*, die die vor ihnen liegenden Aufgaben nur gemeinsam und im Bewusstsein alle verpflichtender Solidarität hätten meistern können. *„Heute“*, so lautet sein bitteres Fazit, *„leben die einen in der Gegenwart, sind etabliert und haben die Geschichte verdrängt. Die anderen scheinen geradewegs aus der Geschichte zu kommen und erinnern an das, was erfolgreich verdrängt worden ist. Die ‚Neubürger‘ werden am Ziel ihrer Wünsche lange Fremde bleiben – als ‚Deutsche unter Deutschen‘ im Besitz aller staatsbürgerlichen Rechte, aber dennoch in einer echten und in vieler Hinsicht sogar besonders komplizierten Einwanderungssituation.“*

Zieht man am Ende ein Fazit aus der Erfahrung von annähernd 150 Jahren deutscher Geschichte vom Kaiserreich bis zum föderalen Staat Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich des Umgangs der Deutschen mit den mit und neben ihnen lebenden „Fremden“, so wird man in der Tat um die Erkenntnis kaum herumkommen, dass es ihnen häufig genug an dem notwendigen Einfühlungsvermögen und selbstverständlicher Mitmenschlichkeit gegenüber diesen „Fremden“ gemangelt hat. Und doch sind beide heute notwendiger denn je, wenn denn das von **V**ielen von uns herbeigewünschte „gemeinsame Haus Europa“ Wirklichkeit werden soll! ■

Frau Dirks begrenzte ihre Ausführungen über das recht weitgefasste Thema zu Beginn insofern, als sie ihre Absicht bekundete, insbesondere etwas zu den Überlegungen der Bundesregierung über die Integration von Zuwanderern in Deutschland vorzutragen, aus welchen Gründen auch immer sie gekommen sein mögen. Dabei stellte sie zunächst fest, dass es eine durchdachte Politik hinsichtlich der Zuwanderung in der Vergangenheit, wenn überhaupt, bisher nur in sehr unzureichender Weise gegeben habe. Das sei ein schlimmes Versäumnis gewesen, weil Deutschland – gewollt oder ungewollt – zum Zielland für massive Zuwanderung geworden ist. Dabei sind verschiedene Gruppen zu unterscheiden:

- In der Folge des Zweiten Weltkrieges und der anschließenden Teilung Deutschlands kamen viele Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit zu uns – die Heimatvertriebenen und Aussiedler – sowie Menschen mit deutscher Volkszugehörigkeit, die so genannten Spätaussiedler. Während die Integration der Heimatvertriebenen heute als ziemlich reibungslos gelungen betrachtet werden kann, verursacht die der Spätaussiedler – jedenfalls in jüngster Zeit – nicht geringe Schwierigkeiten.
- Deutschland hat seit der Mitte der 50er Jahre ausländische Arbeitnehmer – im Wesentlichen aus dem Mittelmeerraum – angeworben, deren Aufenthalt zunächst als zeitlich begrenzt angesehen wurde.
- Außerdem haben wir politisch Verfolgte aus allen Teilen der Welt und Bürgerkriegsflüchtlinge aus Krisenregionen aufgenommen, um ihnen temporären Schutz zu gewähren, und wir tun dies auch weiterhin.

Von den Menschen, die heute nach Deutschland kommen, sind die meisten Spätaussiedler (2000: ca. 95.000), Asylbewerber (knapp 80.000) und an dritter Stelle Familiennachzügler (70.000). Heute leben in Deutschland etwa 7,3 Mio. Ausländer, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt bei etwa 8,9 %. Von ihnen stammen etwa 1,85 Mio. aus der EU, diese genießen natürlich die volle Freizügigkeit. Die größte Gruppe der Nicht-EU-Ausländer – wir nennen sie Drittstaatsangehörige – sind mit gut 2,1 Mio. die türkischen Staatsangehörigen. Danach folgen mit knapp 1,2 Mio. die Bürger aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Fast die Hälfte der Ausländer in Deutschland lebt schon zehn Jahre oder länger hier, rund 30 % sogar 20 Jahre und länger. Etwa zwei Drittel der ausländischen Kinder und Jugendlichen sind bereits in unserem Lande geboren. Der größte Teil von ihnen verfügt über einen sicheren Aufenthaltsstatus und wird auf Dauer in Deutschland bleiben.

Die jetzige Bundesregierung hat anerkannt, dass in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten ein unumkehrbarer Zuwanderungsprozess stattgefunden hat. Die Integration der Zuwanderer, die rechtmäßig auf Dauer bei uns leben und die sich zu unse-

ren Verfassungswerten bekennen, ist ihr ein besonderes Anliegen. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass der Integrationspolitik in der Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998 ein eigenes Kapitel gewidmet wurde.

Damit und mit der Green-Card-Initiative wurde auch die Diskussion um die Zuwanderung nach Deutschland insgesamt belebt. Das Thema hatte über lange Zeit nicht den Stellenwert, den es verdient, sondern war

„Fremde“ in Deutschland:

Die Situation in Staat und Gesellschaft heute

Referentin: Gudrun Dirks, O.R.Rätin im BMI, Berlin

sogar für manche Politiker ein Tabuthema. Heute haben wir in Deutschland eine konstruktive öffentliche Debatte darüber, wie wir in Zukunft mit Fremden umgehen wollen.

Die Ausländerpolitik der Bundesregierung, sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene, basiert auf drei zentralen Grundprinzipien:

1. Integration der auf Dauer rechtmäßig in Deutschland lebenden Ausländer und ihrer Familienangehörigen;

2. Rückkehr von ausreisepflichtigen Ausländern in ihre Heimat- oder Herkunftsstaaten;

3. sinnvolle Steuerung des weiteren Zuzugs aus Staaten außerhalb der Europäischen Union und des europäischen Wirtschaftsraums.

Die Integration der dauerhaft hier lebenden Ausländer kann dabei nur gelingen, wenn diejenigen auch wirklich zurückkehren, denen ein Bleiberecht endgültig versagt ist oder die aufgrund von Krisensituationen hier nur ein vorübergehendes Bleiberecht bekommen haben. Nur dann bleibt auch die Möglichkeit erhalten, in weiteren Krisenfällen künftig Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen vorübergehenden Schutz zu gewähren. Die sinnvolle Steuerung und damit einhergehend die Begrenzung des weiteren Zuzugs ist vor allem wegen der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt mit rund 4 Mio. Arbeitslosen erforderlich. Die ungesteuerte Zuwanderung weiterer Arbeitskräfte kann in dieser Situation nicht in unserem Sinne sein.

Der Hinweis darauf, dass viele oft illegale Zuwanderer trotz der angespannten Arbeitsmarktlage sofort eine Beschäftigung finden, daher also offensichtlich gebraucht würden, ist eine allzu vordergründige Argumentation. Solche Neuankömmlinge sind häufig bereit, zu Dumpinglöhnen zu arbeiten. Sie verdrängen damit einheimische und ansässige ausländische Arbeitnehmer aus ihren Arbeitsverhältnissen und vergrößern damit indirekt die Belastungen der Sozialhaushalte. Ohne eine effiziente Steuerung der Zuwanderung kann Integration nicht wirklich gelingen. Damit die Integrationspolitik erfolgreich sein kann, muss sie auch von der einheimischen Bevölkerung mitgetragen werden.

Mängel und Versäumnisse bei der Integration führen zunehmend zur Abschottung ausländischer Kulturen und Lebensweisen innerhalb Deutschlands. Es gibt hierfür das Schlagwort „Segregation“. Bei aller Freude über die vielfältigen Aspekte kultureller und menschlicher Bereicherung, wie auch über die wirtschaftliche Belebung, die ausländische Zuwanderer uns bringen, müssen wir auch sehen, was ein isoliertes Nebeneinander Probleme mit sich bringen kann.

Wir haben das zum Beispiel in Berlin täglich vor Augen. Es gibt Wohngebiete und Straßenzüge mit überwiegend zugewanderter Bevölkerung. Dort haben sich oftmals eigene Strukturen entwickelt. Die große Gemeinschaft der türkischen Migranten in Berlin hat sich eine Infrastruktur aufgebaut, die hier ein Leben in einem türkischen Umfeld mit türkischen Medien, Banken, Geschäften usw. ermöglicht. Hierzu kommt, dass ein großer Anteil der in Berlin lebenden türkischen Männer Frauen aus der Türkei heiratet, die zunächst kein Wort Deutsch sprechen können.

Eine vordringliche Aufgabe der Politik besteht deshalb darin, das Zusammenleben von Ausländern und Deutschen in unserem Land zur Zufriedenheit möglichst aller zu gestalten und auf diese Weise letztlich auch einen Beitrag zum inneren Frieden zu leisten, denn *„Zuwanderung und Integration sind zwei Seiten derselben Medaille“* (Innenminister Schily).

Integration bedeutet die Eingliederung in das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben im Gastland. Das ist ein dynamischer Prozess, der das Engagement und den Erfolgswillen beider Seiten der Zuwanderer und der einheimischen Bevölkerung gleichermaßen braucht. Was wir dazu beizutragen haben, ist die Schaffung berechenbarer und verlässlicher Grundlagen für die Lebensplanung der betroffenen Menschen.

Von den Zuwanderern erwarten wir im Gegenzug die Bereitschaft und den Willen zur Integration. Das bedeutet keinesfalls die Aufgabe der eigenen kulturellen Identität. Jedenfalls erforderlich ist aber der Erwerb der deutschen Sprache. Die Sprachkenntnis ist die entscheidende Schlüsselqualifikation für die Integration. Ohne die Fähigkeit, sich sprachlich auszudrücken, ist weder eine echte Verständigung noch Erfolg in Schule und Beruf möglich.

Es müssen auch die Grundwerte unserer Verfassung respektiert werden. Dazu gehören die Staatsform der Demokratie mit dem Mehrparteiensystem, die Gewaltenteilung und das staatliche Gewaltmonopol, die Trennung von Staat und Kirche sowie religiöse Toleranz und die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Das bisher wichtigste und umfangreichste Reformvorhaben war das Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, das am 1. Januar 2000 in Kraft getreten ist. Nach über 85 Jahren, in denen sich am deutschen Staatsangehörigkeitsrecht nichts Grundlegendes geändert hat, war nun eine umfassende Reform überfällig. Wir haben jetzt ein modernes, zeitgemäßes Staatsangehörigkeitsrecht, das einen erheblichen Beitrag zur Förderung der Integration der auf Dauer hier lebenden Ausländer leistet. Danach erhalten Ausländerkinder, die in Deutschland geboren werden, mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn aufgrund des gefestigten Aufenthaltsrechts mindestens eines Elternteils eine erfolgreiche Integration in Deutschland zu erwar-

Türkische Familie in Deutschland.

ten ist. Aufgrund dieser neuen „ius-soli-Regelung“ (Territorialitätsprinzip) besitzen rund 50.000 der im vergangenen Jahr in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Eltern von Geburt an die deutsche Staatsangehörigkeit.

Einige der Kriterien für die Verleihung eines dauerhaften, sicheren Aufenthaltsrechts werden sicherlich sein, dass keine Ausweisungsgründe vorliegen dürfen sowie der Lebensunterhalt gesichert und ausreichender Wohnraum vorhanden sein muss.

Darüber hinaus fördert die Bundesregierung seit vielen Jahren einzelne Integrationsmaßnahmen. Die meisten dieser Maßnahmen zielen auf die Verbesserung der Sprachkenntnisse und die berufliche Stabilisierung ab, weil dies die ausschlaggebenden Faktoren für eine erfolgreiche Integration sind. Die Bundesregierung fördert Deutschkurse für ausländische Arbeitnehmer und deren Familienangehörige. Der Sprachunterricht wird handlungsorientiert ausgestaltet, damit die Teilnehmer die Sprache sofort in ihrem unmittelbaren Lebenszusammenhang einsetzen können. Es gibt verschiedene Kurstypen je nach Vorkenntnissen und gewünschtem Zeitaufwand, und alle Kurse können bei Bedarf auch als reine Frauenkurse sowie mit Kinderbetreuung angeboten werden. An diesen Kursen haben in den letzten 25 Jahren über 1,3 Mio. Ausländer teilgenommen.

Im schulischen Bereich ist seit langem die Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher durch die Einrichtung von besonderen Vorbereitungsklassen, Förderstunden, Intensiv- und Deutschkursen etabliert. Auch die Schaffung eigener Lehrmittel für ausländische Schüler trägt zu deren schulischem Erfolg bei. Im Hinblick auf die besonderen Anforderungen bei der Betreuung ausländischer Kinder werden den deutschen Lehrkräften an Grund- und Hauptschulen spezielle Fortbildungsmaßnahmen angeboten. Späteingereisten ausländischen Jugendlichen, die wegen besonders großer Bildungsdefizite nicht an den Regelangeboten der Bundesanstalt für Arbeit teilnehmen können, wird die Möglichkeit gegeben, in Internatsunterbringung den deutschen Hauptschulabschluss nachzuholen. Damit soll ihnen der Zugang zu einer qualifizierten beruflichen Ausbildung ermöglicht werden.

Die Ausbildungssituation junger Zuwanderer hatte sich seit Mitte der 80er Jahre verbessert. Leider ist seit 1994 die Zahl ausländischer Jugendlicher, die eine Ausbildung absolvieren, wieder rückläufig. Die Ursachen kommen zu einem Teil von außen, so z. B. der Rückgang der Zahl von Ausbildungsplätzen. Sie liegen aber häufig auch bei potentiellen Arbeitgebern begründet, die Schwierigkeiten bei der Ausbildung junger Ausländer befürchten. Und nicht zu vergessen sind die jungen Ausländer und Ausländerinnen selbst, die nicht selten die Mühe und die finanzielle Durststrecke einer Lehre scheuen. Zur Verbesserung dieser Situation fördert die Bundesregierung eine Reihe von Projekten.

Besonderes Augenmerk wird der Integration ausländischer Frauen und Mädchen gewidmet. Viele von ihnen haben sich lange ausschließlich der Familienarbeit gewidmet, andere sind erst spät zu ihren hier berufstätigen Männern und Vätern nachgezogen. Sie alle leiden unter einem besonders niedrigen Niveau von Kenntnissen der deutschen Sprache und Kultur. Durch so genannte Frauenkurse sollen sie aus ihrer Isolation geholt und an Deutsch-Sprachkurse herangeführt werden. Sie sollen einen Einblick in die berufliche Bildung vermittelt und eine Berufsorientierung angeboten bekommen, möglichst auch zu einer Berufsausbildung motiviert werden. In den Bereichen Kranken-, Alten- und Familienpflege und Hauswirtschaft sowie Büroberufe reichen die Maßnahmen von beruflicher Orientierung über berufsvorbereitende Qualifizierung bis zur kulturspezifischen Ausbildung.

Abschließend stellte die Referentin fest, dass die Integration der bei uns lebenden Ausländer eine ganz wichtige Aufgabe bleibt, die von der Bundesregierung sehr ernst genommen wird. Trotz aller Sparzwänge wird es – die Zustimmung des Parlaments vorausgesetzt – im Bundeshaushalt erstmals einen Haushaltstitel geben, der auch im Bereich des Bundesinnenministers Mittel für die Integration von Ausländern bereitstellt.

Hauseingang im Ruhrgebiet.

Mit der dargestellten Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ist ein deutliches Signal gesetzt. Den bei uns lebenden Ausländern wird mit der Reform deutlich gemacht dass sie bei uns willkommen sind und dass sie in unsere Gesellschaft gehören. Setzen wir auch auf die Änderung des Bewusstseins bei allen Betroffenen, bei Ausländern und auch bei Deutschen. So wird der Weg in eine gute Zukunft für alle geöffnet.

Reinhard Juttner

Vorbemerkung: *Dieser Artikel bringt die geraffte Zusammenfassung der Berichte in einer Veranstaltung von 2½ Stunden. Um der Lebendigkeit der persönlichen Aussagen willen wurde die wörtliche Rede beibehalten.*

Berichterstatter:

Ilona Zemgulyte, Klaipeda (Memel), Litauen;

Antons Justs, Bischof von Jelgava, Lettland;

Pavel Kurakin, Narva, Estland, russische Minderheit;

Piotr Tyma, Warschau, ukrainische Minderheit in Polen;

Prof. Dr. ***Gerhard Bartodziej***, Oppeln, deutsche Minderheit in Oberschlesien;

Berta Bender, Osnabrück, Russlanddeutsche;

Bülent Arslan, Viersen, türkische Minderheit in Deutschland;

Moderation: ***Stephan Erb***, Stuttgart.

Stephan Erb: Nachdem wir einiges über die Situation von Minderheiten und Volksgruppen in den verschiedenen Ländern gehört haben, sollen nun konkrete Erfahrungsberichte von Menschen vorgestellt werden, die eine Minderheit vertreten oder sich mit Minderheiten beschäftigen. Die Leitfrage des nachmittags lautet: Wie kann es gelingen, dass Minderheiten integriert werden und gleichzeitig ihre Eigenart behalten?

Ilona Zemgulyte: Ich komme aus Klaipeda, Litauen, und bin Mitarbeiterin eines Jugendzentrums. Klaipeda ist eine Stadt, in der es viele Nationen gibt. Das liegt nicht nur an der Ostseelage der Hafenstadt, sondern auch an den vielen Bildungsinstitutionen. Zum einen erwerben die litauischen Studenten vermehrt neue Kenntnisse in europäischen oder außereuropäischen Ländern; zum anderen kommen auch Ausländer in die Hochschule von Klaipeda. Es herrscht eine große Aufmerksamkeit und Toleranz gegenüber den anderen Nationalitäten.

„Miteinander leben“

Erfahrungsberichte aus den einzelnen Ländern

Von links: Bülent Arslan, Berta Bender, Prof. Dr. Gerhard Bartodziej, Piotr Tyma, Stephan Erb, Bischof Antons Justs, Ilona Zemgulyte, Pavel Kurakin.

In dem Jugendzentrum, in dem ich arbeite, bereiten wir jedes Jahr internationale Jugendprojekte vor. Es gibt zum Beispiel eine ukrainische Jugendgruppe; sie haben die Möglichkeit, ukrainisch zu sprechen, machen Volkstanz und Ähnliches. Wir arbeiten auch mit Deutschen zusammen, insbesondere mit der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen in Rostock.

In Litauen leben außerdem 6,9 % Polen. Damit sind sie nach den Russen die zweitgrößte nationale Minderheit. 1994 haben Polen und Litauen einen Vertrag über nachbarschaftliche Zusammenarbeit abgeschlossen. Das erlaubt der Minderheit, ihr kulturelle Identität zu bewahren und entsprechende Vereine zu gründen. Es gibt polnische Gottesdienste und Sendungen im Fernsehen. Die polnischen Jugendlichen in unserer Begegnungsstätte verständigen sich auf Russisch mit den litauischen Jugendlichen. Es gibt dabei eigentlich keine Reibungen oder Konflikte.

Bischof Anton Justs: Ich bin ein Flüchtling, geboren in Lettland. Als Kind bin ich mit meiner Familie geflohen, weil wir auf einer Liste zur Deportation nach Sibirien standen. Nach dem Krieg fanden wir uns in Lübeck wieder, 30 Meter von der russischen Besatzungszone entfernt. Wir hatten zwar alles verloren, das Wichtigste war aber, dass wir immer noch als Familie zusammen waren, und unser Glaube. Ich studierte dann Philosophie in Löwen und Theologie in Innsbruck. Im Sommer ging ich in ein lettisches Seminar, das Bischof Sloskans in Belgien gegründet hatte. Schließlich wanderte ich in die Vereinigten Staaten aus, wo ich 30 Jahre lang arbeitete. 1990 bin ich dann zum ersten Mal wieder nach Lettland gereist, weil ich sehen wollte, wo ich aufgewachsen war. Die aktuellen Probleme des Landes interessierten mich weniger.

Doch der Erzbischof fragte mich, ob ich nicht bleiben wolle, um das Priesterseminar zu leiten. Doch den Atheismus der Sowjetunion vor Augen lehnte ich ab; außerdem war ich schon 60 Jahre und dachte an meine Pensionierung. Doch der Erzbischof erwiderte: Abraham war 75 Jahre, als er sich entschied, Gottes Ruf in ein neues Land zu folgen. So ging ich 1992 nach Lettland. 1996 sollte ich auf Geheiß des Papstes dann eine neue Diözese gründen. Das war wieder Neuland. Es war ein Leben auf engstem Raum, wie bei allen dort: Schlafzimmer, Küche und Empfangszimmer alles in einem Raum!

In Lettland gibt es bei 2,4 Mio. Einwohnern ca. 500.000 Katholiken, 600.000 Lutheraner, 200.000 Orthodoxe und noch die Splittergruppe der „Altgläubigen“. Etwa 38 % sind ungläubig oder nicht getauft. Heute sagt keiner mehr, er sei ein Atheist. Wir konzentrieren uns vor allem auf junge Menschen. Die alten haben den Kommunismus nie akzeptiert. Die mittlere Generation repräsentiert den „homo sovieticus“, was bedeutet eine Erziehung ohne Gott, Geist oder Metaphysik, eine Erziehung ohne Hinterfragen, ohne freiwilliges Engagement. Die jungen aber sind wieder offen für den Glauben.

In Lettland haben wir eine russischsprachige Minderheit von 30 %, wobei die sich aus allen möglichen Völkern der ehemaligen Sowjetunion zusammensetzt. Es gibt eigentlich keine Probleme im alltäglichen, geschäftlichen Zusammenleben, aber es gibt politische Konflikte. Um den Abzug der Roten Armee zu erreichen, akzeptierte Lettland 20.000 pensionierte Offiziere. Die einstigen Besatzer sind jetzt normale Bürger; damit können nicht alle gut umgehen. Nun heißt es manchmal gerade im russischen Fernsehen, die Russen in Lettland würden unterdrückt. Es gibt auch zwei parallele Schulsysteme, die schwer zusammenzuführen sind.

Im kirchlichen Alltag klappt es besser. Wir halten vielerorts polnische Messen. Auch die Polen sprechen mit den Letten Russisch. Ich glaube, wir müssen sehr geduldig sein und nicht das sowjetische System der Integration reproduzieren, wo alle gleichgeschaltet sind. Wir müssten ein Modell haben, bei dem jeder, mit welcher Kultur auch immer, im Land heimisch sein darf, solange er die Gesetze achtet.

Pavel Kurakin: Ich bin ein ganz gewöhnlicher Mensch. 1979, als ich zwei Jahre alt war, sind meine Eltern aus Russland nach Estland gekommen. Ich bin in Estland aufgewachsen, habe die Schule und die Universität besucht und bin inzwischen Grundschullehrer. In der zweiten Klasse hatten wir schon Estnisch-Unterricht; damals mochte ich es aber nicht besonders. Erst in einem Sprachlager von der Universität begegnete ich vielen Esten, und ich lernte die Sprache. Auch, als ich in der Industrie arbeitete, war ich darauf angewiesen, tagsüber Estnisch zu sprechen. Ich denke, man muss die Menschen achten, mit denen man zusammenlebt; ich achte die Esten, und deshalb spreche ich Estnisch. In meiner Stadt gehöre ich nicht zur Minderheit, denn Narva ist zu 96 % russisch.

Allerdings habe ich keine Staatsangehörigkeit. Ich bin ein so genannter „Fremder“. Auf meinem Pass steht „Aliens-Pass“. Ich könnte natürlich einen richtigen Pass bekommen, aber ich brauche ihn eigentlich nicht. Ich reise nicht viel und habe eine Krankenversicherung und alle sozialen Rechte.

Insgesamt gibt es ungefähr 40 % Russischsprachige in Estland. Viele davon, gerade ältere, lernen kein Estnisch und verpassen dadurch viele Möglichkeiten. Sie müssen sich eine Arbeit in Tallinn oder im mehrheitlich russischsprachigen Bereich finden. Außerdem haben sie Angst, Fehler im Gespräch zu machen, deswegen lernen sie die neue Sprache gar nicht erst. Im Geschäftsalltag ist das kein Problem, sich auf Russisch zu verständigen. Aber im Alltag haben besonders ältere Esten Ressentiments gegen Russen.

Piotr Tyma: Meine Biografie ist ein Geflecht von ukrainischen, polnischen, deutschen und russischen Elementen. Gebürtig bin ich im ukrainisch-polnischen Grenzgebiet. Meine Mutter ist Russin aus der Gegend von Jaroslav, mein Vater stammt aus den Beskiden. Diese verschiedenen Elemente sind mir nahe, seit ich Schüler bin. Aber, um die aktuelle Situation deutlich zu machen, muss man auf den besonders dramatischen Punkt des Zweiten Weltkrieges zurückkehren. Nach dem Weltkrieg lebten ca. 700.000 Ukrainer auf polnischem Territorium. 480.000 wurden aufgrund von Verträgen mit der Sowjetunion und repressiven Maßnahmen umgesiedelt. 180.000 von ihnen wurden in Ostpreußen, Pommern und Niederschlesien so gezielt zerstreut, dass es nirgendwo größere Gruppen gab.

Der polnische Staat hat bis 1953 in ganz

starkem, später in geringerem Maße versucht, die Ukrainer zu assimilieren und ihnen ihre nationalen Eigenheiten zu nehmen. Ukrainische Sprache in der Schule war nicht erlaubt, jede Form der Selbstorganisation wurde bestraft. In den 70er Jahren änderte sich die Strategie zur Marginalisierung: Die Pflege des Volkstums war erlaubt, aber an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Das hat bis heute Folgen, wenn es um die Vertrautheit mit der Kultur der Ukraine geht.

Heute gibt es eigentlich keine größeren Probleme für Ukrainer. Die Organisationen versuchen, auch mit anderen nationalen Minderheiten zusammenzuarbeiten. Zum Beispiel setzen wir uns gemeinsam mit der deutschen, weißrussischen und litauischen Minderheit für Sendezeiten in Radio und Fernsehen ein und machen Schulungen für andere Minderheiten. Auch mit der polnischen Minderheit in der Ukraine haben wir Veranstaltungen durchgeführt. Wir versuchen außerdem einen Beitrag zum Verhältnis zur Ukraine zu leisten, zumal es keine kulturellen Vertretungen wie die deutschen Goethe-Institute gibt. So sehen wir es als unsere Aufgabe an, nicht nur unsere Kultur zu pflegen, sondern sie auch den Polen näher zu bringen. Die Idee, sich zu öffnen, ist eigentlich in den 80er Jahren in Danzig geboren worden. Die Zusammenarbeit führt zu Wiederentdeckung einer Gemeinsamkeit, die durch die Folgen des Zweiten Weltkrieges zerstört wurde und heute für uns Ukrainer sehr wichtig ist.

Die Minderheiten in Polen sind zahlenmäßig so gering, dass sich auf Dauer kein großes finanzielles Problem daraus ergibt, sinnvoll eingesetztes Geld, wie einige Minderheiten zeigen könnten. Auch was die Repräsentation der Minderheiten im Parlament betrifft, zeigt sich, wie lange es dauert, bis Zugeständnisse auf dem Papier ins Leben umgesetzt sind. Weißrussen, Ukrainer und Litauer haben noch keine eigenen Vertreter im Parlament. Es gibt außerdem ein Missverhältnis zwischen den Ausgaben für Polen im Ausland und den Minderheiten im eigenen Land.

Dr. Gerhard Bartodziej: Zwischen Minderheiten und Mehrheiten gibt es fast immer ein Gegeneinander. So ist es auch noch in Polen vor allem aufgrund der Vergangenheit. Weder die deutsche Minderheit noch die polnische Mehrheit ist heute so weit, sich auf Tatsachen der Geschichte zu einigen, geschweige denn auf eine Auslegung. Gerade in Schlesien gab es über die Jahrhunderte immer wieder neue Machtverhältnisse mit Grenzverschiebungen, Unterdrückung, Flucht und Vertreibung. So kompliziert die Machverhältnisse waren, so kompliziert sind auch die persönlichen Schicksale. Das hat Schlesien bis heute geprägt.

Wir Deutschen hatten in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg Glück im Unglück: Es sind sich Menschen gleicher Religion, gleichen Schicksals begegnet. Zu uns kamen Menschen aus der Gegend von Lemberg – die waren immer schon multikulturell, an Toleranz gegenüber anderen gewöhnt. Wir haben bis zum Solidarność-Aufstand unter dem gleichen Druck der Staatlichkeit gelebt, was kulturelle Unterschiede im Alltag ausglich. Parallel zum Solidarność-Aufstand hat die deutsche Minderheit in Oberschlesien versucht, sich zu behaupten und eigene Organisationen zu gründen. Das wurde polizeilich bewacht, und meistens bekamen die Initiatoren plötzlich eine Ausreisegenehmigung nach Deutschland und waren weg. Der Durchbruch geschah erst 1989. Auf dem Weg zum Miteinander sind wir durch das Subsidiaritätsprinzip, durch Demokratie auf der kommunalen Ebene weiter gekommen. Dort, wo man sich kennt, funktioniert das Miteinander. Inzwischen haben wir auch die Möglichkeit, ins Parlament zu kommen.

Mein Eindruck ist, dass für die junge Generation die Gegensätze von Minderheit und Mehrheit nicht mehr von Bedeutung sind; es scheint sogar aus dem *miteinander Leben* ein *füreinander Leben* werden zu können. Ich glaube die Oppelner Region ist inzwischen ein Gebiet, in dem sich alle heimisch fühlen, Deutsche und Polen, Ursprüngliche und Angesiedelte.

Berta Bender: Meine Eltern stammen aus der Ukraine, waren aber vor dem Zweiten Weltkrieg zurückgekehrt, so dass ich in Deutschland geboren bin. In der russisch besetzten Zone wurden Aussiedler aber als sowjetische Staatsbürger angesehen und entsprechend zurück in die „Heimat" geschickt, wobei unsere Familie in Sibirien landete. Meine Eltern haben immer wieder ohne Erfolg versucht auszusiedeln. 1974 habe ich selbst dann den ersten Antrag auf Ausreise gestellt, weil es einfach unerträglich war. Insgesamt haben die Formalitäten neun Jahre in Anspruch genommen. Ich hatte Glück, dass ich durch meine Oma viel von deutscher Kultur und Sprache mitbekommen habe. Die Eltern mussten arbeiten und die Großväter waren meist verschleppt worden, so dass nur in den Familien mit Großmüttern die Kultur weitergegeben wurde.

Spätaussiedler sind negativ in den Schlagzeilen, obwohl es mit dem Sprachtest eine große Hürde für die Aussiedlung gibt. Sie werden auch schlecht angesehen, weil sie sofort einen deutschen Pass bekommen, anders als Ausländer wie die Gastarbeiter, die schon lange hier leben. Aber für Spätaussiedler ist die Aussiedlung eine abgeschlossene Sache, Deutschland ist und bleibt das Endziel. Sie werden auf Regionen verteilt und können erst nach fünf Jahren ihren Wohnsitz frei wählen. Die Integration gelingt nur mangelhaft, was auch daran liegt, dass sich hier geborene zu wenig für Spätaussiedler interessieren. Ich denke, der Starke muss auf den Schwachen zugehen und die Integration fördern.

Beitrag aus dem Publikum: Zum Stichwort, der Starke solle auf den Schwachen zugehen. Ich bin mir nicht sicher, ob das klappt. Bei Integrationsseminaren zwischen Einheimischen und Spätaussiedlern habe ich die Erfahrung gemacht, dass es sehr schwierig ist, die Einheimischen zu interessieren. Sie sagen: Ich bin zufrieden. Die Mehrheit hat kein Bedürfnis großes Interesse, sich mit Minderheiten auseinander zu setzen.

Spätaussiedlerfamilie aus Russland im Lager Friedland.

Bülent Arslan: Ich bin 26 Jahre alt, in der Türkei geboren, lebe seit meinem zweiten Lebensjahr in Deutschland, bin inzwischen Unternehmensberater in Düsseldorf. Seit zehn Jahren engagiere ich mich politisch, und zwar als Mitglied des Landesvorstands der CDU in NRW und Vorsitzender des Deutsch-Türkischen Forums, eine Organisation innerhalb der CDU. Beim Thema Zusammenleben zwischen Deutschen und Türken ist erst einmal festzustellen, dass es in vielen Bereichen problemlos klappt. Allerdings gibt es auch Probleme, die in den letzten Jahren zugenommen haben, z. B. mangelnde Sprachkenntnisse bei Kindern. Ein erstes Problemfeld sehe ich in der Distanz im Alltag zwischen Deutschen und Türken: Der Grund dafür liegt sicherlich in kulturellen Unterschieden. Aber sie werden auch als Vorwand genommen. Deutsche werfen den Türken vor, sie seien nicht bereit, sich zu integrieren; und Türken meinen, sie wären bei den Deutschen nicht willkommen. Doch Schuldzuweisungen helfen

nicht. Jeder muss in seiner Gruppe schauen, was er besser machen kann.
Ein zweites Feld sehe im schlechten Image der türkischen Bevölkerung. Das liegt an den sozialen Problemen, die in der türkischen Gruppe noch stärker auftreten als in der Gesamtgesellschaft: schlechte Bildung, hohe Arbeitslosigkeit. Auch vom Islam herrscht ein negatives Bild in der Bevölkerung. Das liegt auch daran, dass sich die Gemeinden zu wenig nach außen hin darstellen. Entscheidend ist bei allem, dass wir uns besser kennen lernen und so die kulturellen Unterschiede besser einschätzen und besser damit umgehen können.
Beitrag aus dem Publikum: Wie steht es mit den Türken, die Frauen aus der Türkei holen, die überhaupt kein Deutsch sprechen? Oder der Alltag in den Schulen, wo sich der Vater kaum überwinden kann, eine Lehrerin als Ansprechpartnerin zu akzeptieren und es Probleme mit der Koedukation gibt.
Bülent Arslan: Zur Heiratspraxis. Das ist kein ganz neues Problem, bei dem die traditionell starke Mitsprache der Eltern bei der Partnerwahl eine große Rolle spielt. Das ändert sich allerdings ganz allmählich, dass junge Menschen – Frauen wie Männer – sagen: Wenn wir dauerhaft in Deutschland bleiben wollen, nützt mir kein Partner aus der Türkei.
Zur Stellung der Frau. Die ist unter Emanzipationsgesichtspunkten in der Türkei schlechter als hier. Da spielen tradierte Werte eine Rolle, die die Türken mitgebracht haben. Aber auch das ändert sich, weil besonders junge Türkinnen das so nicht mehr mitmachen und auch Einfluss auf die türkischen Gemeinden ausüben. Von deutscher Seite zu sagen: „Ihr müsst das anders machen!“ wird allerdings eher das Gegenteil bewirken. Es ist eine Sache, die die Zeit bringen muss.
Beitrag aus dem Publikum: Minderheiten führen oft dazu, dass man sich über sie lustig macht. In Deutschland waren das z. B. eine Zeit lang Türkenwitze. Gibt es so etwas in den anderen Ländern auch?
Piotr Tyma: Man kann in Polen nicht sagen, dass die Mehrheit über die ukrainische Minderheit Witze macht. Man muss eher von negativen Stereotypen und Klischees im Bewusstsein sprechen, das lange Zeit von der Staatsmacht unterstützt wurde. Die Klischees haben oft ihre Wurzeln in uralten Konflikten. Auf der (Un-) Beliebtheitsskala kommen nach den Ukrainern nur noch die Rumänen und die Roma.
Gerhard Bartodziej: Die Klischees gibt es überall. Aber wie entspannt wir darüber reden und lachen können, zeigt, wie wenig wir sie wirklich ernst nehmen. Was für ältere Menschen ein Schreckgespenst war, ist – etwas übertrieben formuliert – für junge Leute nur ein Klischee aus einem Hollywood-Film.
Stephan Erb: Es ist wichtig festzuhalten, dass es Beispiele gelungener Integration gibt, wie die hier anwesenden Gesprächspartner jeweils auf ihre Weise gezeigt haben. Ich hoffe, dass sie als Mittlerpersonen auch weiterhin die Möglichkeit haben, dieser Aufgabe nachzugehen. **Adalbert Ordowski**

Perspektiven der Volksgruppen und Minderheiten im künftigen Europa

Impulsreferate mit anschließendem Gesprächsforum

Referenten:
Bischof Antons Justs, Jelgava/Lettland
Elmar Brok MdEP, Bielefeld
Prof. Dr. Rudolf Grulich, Königstein

Gesprächsteilnehmer:
Dr. Danuta Berlinska, Oppeln/Polen
Gudrun Dirks, Berlin
Katri Raik, Narva/Estland
Lambert Klinke M.A., Gießen
Adam Krzemiński, Warschau
Dr. Hans-Werner Rautenberg, Marburg

Gesprächsleitung:
Wolfgang Nitschke M.A., München

Wolfgang Nitschke führte in die Veranstaltung am Samstagvormittag ein und begrüßte die Referenten der drei Impulsreferate, die als Grundlage für das anschließende Gespräch mit allen sechs Referenten der beiden Vortage drei unterschiedliche Aspekte in Hinblick auf die Perspektiven im künftigen Europa aufzuzeigen sollten: den kirchlichen, den politischen und den völkerrechtlichen oder sozialen.

IMPULSREFERATE

Bischof Antons Justs: *„Europa muss mit zwei Lungen atmen“*, habe der Hl. Vater gesagt. Was bedeute das? Es gäbe einen deutlichen Unterschied im Denken zwischen West und Ost in Europa. Im Westen erkenne man, wenn man von Osten her blicke, vor allem Ordnung und Gesetz. Im Osten jedoch habe man die Tradition und vor allem die religiöse Mystik, die auch der

Kommunismus nicht habe vernichten können. Er erinnere u. a. an das Werk Dostojewskis, an die Ikonen und an die Gewohnheit langen und kontemplativen Betens. Insbesondere diese religiöse Mystik sei wichtig für das künftige vereinigte Europa, sie dürfe nicht vernichtet werden.
Das vereinigte Europa sei eine Sicherheit, und niemand wünsche sich den Eisernen Vorhang zurück. Doch sei die Vereinigung Europas nach der langen Existenz dieses Vorhanges nicht leicht. Ein schwieriges Problem sei nach wie vor die in den ehemaligen Ostblockstaaten vorhandene Korruption, auch in den baltischen Staaten. Diese erstrecke sich auf viele Bereiche des Alltags und viele Menschen glaubten, dass man sie nicht beseitigen könne. Hier bestehe eine tiefe kulturelle Verwundung und man bedürfe sicher zu deren Heilung intensiver Hilfe aus dem Westen.
Was man jedoch nicht vom Westen haben wolle, sei der Liberalismus im Denken, insbesondere in Hinblick auf Religion und Glauben. Das schließe nicht aus, dass man alle Fragen akademisch stelle und darüber diskutiere, jedoch wäre es außerordentlich schmerzhaft, wenn man erlebe, dass jene Werte, für die man unter dem Kommunismus ins Gefängnis oder in den Tod gegangen sei, im Westen infrage gestellt werden. Ebenso stelle man sich gegen die Pornografie, denn diese vernichte geistliches Leben, insbesondere bei der heranwachsenden Jugend.
Es gehe also darum, gemeinsam ein christliches Europa zu bauen, das heiße für ihn, ein Europa mit christlicher Ethik. Auch in den baltischen Staaten sei es im Wandel nach der „Wende“ eine Kernfrage, welche Ethik in Zukunft Grundlage des Handelns sein solle. Kann man von den 10 Geboten die drei ersten weglassen? Auf welche moralische Autorität seien dann die zwischenmenschlichen Beziehungen gegründet? Lettland sei ein christliches Land, das sehr gelitten habe. Umso mehr stelle sich die Aufgabe, das noch bewahrte christliche Erbe in ein Europa mit christlicher Kultur einzubringen.
Elmar Brok MdEP: *„Der Minderheitenschutz ist ein Eckpfeiler des neuen vereinigten Europa“,* so zitierte Elmar Brok den Präsidenten der Europäischen Kommission Romano Prodi. Im vergangenen Jahrhundert habe Europa erfahren, welche Gefahren für Frieden, Sicherheit und Menschenrechte entstehen können, wenn rassische, religiöse oder ethnische Minderheiten nicht ausreichend geschützt werden. Manches, was wir in den letzten Jahren im früheren Jugoslawien erlebten, hat dies erneut unter Beweis gestellt. So sei es sicher kein Zufall, dass die EU die Anerkennung und den Schutz von Minderheiten zu einem politischen Kernpunkt der Beitrittskriterien gemacht habe, die im *Dokument von Kopenhagen* vom 29. Juli 1990 festgeschrieben wurden. Dieses Dokument und das *Rahmenübereinkommen zum Schutze nationaler Minderheiten*, das in Straßburg am 1. Februar 1995 beschlossen wurde, standen im Mittelpunkt der Ausführungen des Referenten.
Das Kopenhagener Dokument verpflichtet

die Mitgliedsstaaten der EU in Übereinkunft mit der Erklärung der Vereinten Nationen und den Dokumenten über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zum wirksamen Schutz nationaler Minderheiten. Die Vertragsparteien dieser Übereinkunft haben den Schutz nationaler Minderheiten sowie der Rechte und Freiheiten der Angehörigen dieser Minderheiten unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der nationalen Souveränität der Staaten zu gewährleisten.

Das Rahmenübereinkommen von 1995 regelt Details. So heißt es in Artikel 3, dass jede Person, die einer nationalen Minderheit angehört, das Recht zur freien Entscheidung habe, ob sie als solche behandelt werden möchte oder nicht. Aus dieser Entscheidung oder aus der Ausübung der damit verbundenen Rechte dürften ihr keine Nachteile erwachsen. Angehörige nationaler Minderheiten können die Rechte und Freiheiten, die sich aus den in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätzen ergeben, einzeln als auch in Gemeinschaft mit anderen ausüben und genießen. In Artikel 4 verpflichten sich die Vertragsparteien, jeder Person, die einer nationalen Minderheit angehört, das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz und auf gleichen Schutz durch das Gesetz zu gewährleisten. Die Bedingungen zu fördern, die es Angehörigen nationaler Minderheiten ermöglichen, ihre Kultur zu pflegen und weiter zu entwickeln und die wesentlichen Bestandteile ihrer Identität – nämlich Religion, Sprache, Tradition und kulturelles Erbe – zu bewahren, ist eine Verpflichtung, die aus Artikel 5 entsteht. Ein wichtiger Punkt ist, dass sich die Vertragsparteien verpflichten, unbeschadet der Maßnahmen, die im Rahmen der allgemeinen Integrationspolitik getroffen werden, von Zielsetzungen oder Praktiken abzusehen, die auf die Assimilierung von Angehörigen nationaler Minderheiten gegen deren Willen gerichtet sind.

Eine pluralistische und wahrhaft demokratische Gesellschaft sollte nicht nur die ethnische, sprachliche und religiöse Identität aller Angehörigen einer nationalen Minderheit achten, sondern auch geeignete Bedingungen schaffen, die es ihnen ermöglichen, diese Identität zum Ausdruck zu bringen, zu bewahren und zu entwickeln. Es ist notwendig, in Europa ein Klima der Toleranz und des Dialogs zu schaffen, damit sich die kulturelle Vielfalt für jede Gesellschaft als Quelle und Faktor nicht der Teilung, sondern der Bereicherung erweisen kann, ganz besonders in Hinblick auf die kommende Erweiterung der EU.

Die Beitrittskriterien und die detaillierten Forderungen haben ein bemerkenswertes Interesse und Aktivität in den jeweiligen Regierungen und Gesellschaften der Beitrittskandidaten ausgelöst. So ist z. B. von den Ungarn ein sehr diffiziles Vertragswerk in Richtung Slowakei und Rumänien entwickelt worden, um uralte Trennungen zu überwinden und auf diese Weise EU-fähig zu werden. Die EU möchte nicht Regionen aufnehmen, die wegen ungelöster Probleme im Inneren, die mit Minderheitenproblemen zu tun haben, neue Krisen innerhalb der EU fördern könnten. Daher sollen diese Probleme im Rahmen der Vorbereitung auf den Beitritt geregelt werden. Länder, die hier nicht ein bestimmtes Maß erreichen, werden nicht Mitglieder der EU, dieses ist geradezu Bedingung für den Beitritt. Dies führt natürlich gerade in den baltischen Staaten aus verständlichen Gründen zu großen Problemen wegen der sehr starken russischen Minderheiten, und zwar sowohl wegen der Sprachprobleme als auch wegen der Geschichte, die man mit sich herumschleppt und aus der sich verständlich auch emotionale Barrieren ergeben, zugleich auch aus den Gefahren – wenn man Größenordnungen von 60 zu 40 von Mehrheit zu Minderheit sieht –, die sich für den inneren Zusammenhalt eines Staates und die Entwicklung einer eigenen nationalen Identität ergeben.

Zwei verschiedene Positionen zum Schutze von Minderheiten haben sich in Europa entwickelt, zum einen die Durchsetzung von Antidiskriminierungsnormen und zum

zweiten die Unterstützung der Rechte von Minderheiten. Erstere sind dazu konzipiert, eine Ungleichbehandlung von Einzelpersonen zu verhindern aufgrund von Tatbeständen wie Rasse, ethnische Herkunft, Sprache, Religion, Geschlecht. Der Schutz von Minderheitenrechten zielt darauf ab, die Möglichkeit für Personen oder Minderheiten zu geben, bestimmte Aspekte ihrer Unterschiedlichkeit, die sie mit anderen teilen, zu wahren und eine aufgezwungene Assimilierung in die Kultur der Mehrheit zu verhindern.

Ein weiterer Punkt muss jedoch einbezogen werden, der auch bei den heutigen Mitgliedsländern der EU gegeben ist. Wir dürfen von den Beitrittskandidaten nicht mehr verlangen, als wir selbst bei uns erfüllen. Oftmals werden Minderheiten in einem Staat als eine Bedrohung von Mehrheiten wie auch des nationalen Bestandes des Staates verstanden, so u. a. in Spanien mit seinem Baskenproblem oder in Nordirland mit den Gegensätzen, die nicht aus ethnischer, sondern aus religiöser Unterschiedlichkeit herrühren.

Ebenso muss man sehen, dass es auch Beitrittskandidaten der EU gibt, die nicht die Tradition einer föderalen Struktur haben wie wir, sondern in der Vergangenheit sehr viel zentralistischer regiert wurden, sodass sie auch bestimmte Begrenzungen der Möglichkeiten des Minderheitenschutzes sehen. Da ist es wichtig, dass sowohl in der KSZE-Vereinbarung als auch in dem Kopenhagener Übereinkommen von 1995 die Frage der Unverletzbarkeit eines Nationalstaates beachtet und auch von den Minderheiten gesehen wird, wo Grenzen gegeben sind. Ein Beispiel aus diesen Tagen ist das Ringen in den Verhandlungen in Mazedonien. Wenn in so einer Region unter Druck vereinbart wird, dass man die volle Amtssprache erhält, obwohl man nur ein Fünftel der Bevölkerung stellt, und das zugleich mit der Forderung nach eigener Polizeigewalt verbindet, dann wird das unter dem Druck internationaler Verhandlungen vielleicht möglich sein, doch wird es die Mehrheit letztlich als eine Spaltung des Landes begreifen und nicht mittragen.

Ein Weiteres muss in diesem Zusammenhang gesehen werden, nämlich dass wir in einem pluralistischen Staat leben. Und da sah sich Elmar Brok ein wenig im Gegensatz zu dem, was Bischof Justs zum Ausdruck gebracht hatte, denn in diesem pluralistischen Staat kann natürlich nicht eine religiöse, oder eine politische oder eine sonstige kulturelle Überzeugung das Sagen für sich alleine haben, sondern das Respektieren der jeweils anderen muss auch gegeben sein. Allerdings muss dieser pluralistische Staat wertegebunden verstanden sein. Deswegen ist es außerordentlich wichtig, dass im Grundrechtekatalog der EU, den ein Konvent unter Leitung von Roman Herzog erarbeitet hat, ausdrücklich festgeschrieben worden ist, dass als ethische Basis dieses Europas die christliche akzeptiert werden muss. Wir müssen also immer die Balance finden zwischen dem Pluralismus und der Wertebezogenheit, denn ein wertungebundener Staat und auch eine wertungebundene EU hat keinerlei Perspektive und wird auf Dauer in Gewalt enden.

Prof. Dr. Rudolf Grulich: Er schickt voraus, dass er weder Jurist noch Völkerrechtler sei, sondern Kirchenhistoriker, aber seit 30 Jahren mit Minderheiten beschäftigt und vor allen Dingen in dem 1977 gegründeten *Internationalen Institut für Nationalitätenrechte und Regionalismus* seit dem Gründungskuratorium aktiv mitgearbeitet. Er möchte versuchen, in fünf Punkten thesenartig einiges zu diesem heiklen und wichtigen Thema von Minderheiten und Volksgruppen zu sagen, einiges vielleicht ein wenig überspitzt, um auch für die Diskussion Material zu liefern.

These 1: Das Minderheitenproblem sei derzeit das wichtigste Problem der Politik. Es hat im 20. Jahrhundert keinen Krieg gegeben, dem nicht ungelöste Minderheitenprobleme zugrunde gelegen haben, beginnend mit den Balkankriegen, dann mit den Schüssen von Sarajewo 1914 – von denen aus man den Bogen weiterschlagen kann bis Sarajewo 1991/1992 – über den II. Weltkrieg, der von Hitler vom Zaune gebrochen wurde, indem er die Minderheiten missbraucht hat. Dazu kommt, dass wir in

Europa derzeit nur einen einzigen Staat ohne Minderheiten haben – Island – aber in letzter Zeit eine ganze Reihe von neuen Minderheiten bekommen haben. 1991, als in der Europa-Kommission des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken ein Papier *„Die Volksgruppen und Minderheiten im vereinten Europa*" erarbeitet wurde, hieß es in der Einleitung, dass derzeit in Europa in 33 Staaten über 70 Sprachen gesprochen werden und als Beispiel, dass Deutsch außer in fünf Staaten als Amtssprache in weiteren 10 Staaten von bodenständigen deutschen Minderheiten gebraucht werde. Das war am Vorabend des Zerfalls der Sowjetunion, da wurden die Russlanddeutschen noch als eine Volksgruppe gezählt. Heute sind die Russlanddeutschen auf 16 Nachfolgestaaten aufgeteilt. Damals waren die Russen nirgendwo eine nationale Minderheit, denn es gab außerhalb der Sowjetunion nur Auswanderer, aber keine bodenständigen russischen Minderheiten. Heute leben 30 Mio. Russen als Minderheiten außerhalb Russlands und innerhalb etwa 30 Mio. Nicht-Russen.

These 2: Wir haben dieses Thema in den letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigt, und wenn es behandelt wurde, war es nicht frei von Heuchelei. Die Teilung Europas ist in den Köpfen immer noch da, und ein oft sehr primitiver Antikommunismus hat dazu geführt, dass wir im Westen alles positiv gesehen haben, im Osten alles negativ. In der Frage der Minderheiten gab es nie einen Ost-West-Gegensatz. Wir hatten schon lange vor der Wende in Ungarn eine fantastische Situation im Vergleich zu Frankreich, und auch die Situation der Sorben in der DDR war – rein materiell gesehen – besser als die der Rätoromanen in der Schweiz. Und das ist immer noch ein bisschen in den Köpfen, auch der Vertriebenen, denn es fällt uns heute immer noch schwer zuzugeben, dass es den Deutschen in Polen besser geht als den Restdeutschen im Elsass. Zu preußischer Zeit war Französisch neben Deutsch Universitätssprache in Straßburg. Trotz der angeblich guten Freundschaft zu Paris kann man jetzt nicht einmal davon träumen. Das sind Dinge, die wir auch zur Kenntnis nehmen müssen.

These 3: Wer interessiert sich heute für Minderheiten? Viele, die sich plötzlich für Minderheiten einsetzen, machen das pro domo, um dadurch etwas für die eigene Gruppe herauszuschlagen. Oft gilt das auch für Vertriebene, die z. B. früher mit Minderheitenschutz für die Polen in Schlesien nicht viel „am Hute hatten". Beim Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft wurde kürzlich überlegt, in die deutsch-tschechischen Gespräche die Sorben mehr einzubeziehen, die von den Tschechen sehr gefördert werden, um das Vorbild zweisprachiger Ortsschilder im Sorbenland vielleicht auch für manche ehemaligen sudetendeutsche Gebiete zu übertragen. Alle waren begeistert, nur der Vertreter der Sudetendeutschen in Österreich war energisch dagegen und sagte, dann kämen auch die Kärntner Slowenen und wollten das Gleiche haben.

These 4: Gerade die Deutschen aus dem europäischen Osten sollten viel mehr als bisher darauf hinweisen, wie viele positiven Entwürfe zum Minderheitenschutz und zur Eigenständigkeit von Volksgruppen es in der Geschichte gegeben hat. Hier müssen wir feststellen, dass der Nationalstaatsgedanke vom Westen her kommt, während im Osten mehr der Reichsgedanke vorherrschte, der immer supranational war. Man denke an das Reich der Jagiellonen, an die Wenzelskrone, an die Stephanskrone. Diese Reiche – heute sagt man, sie waren multikulturell, früher sagte man supranational – wurden durch die Person des Monarchen zusammengehalten. Doch ist leider auch im Osten dieser Gedanke pervertiert worden: aus der alten polnischen Rzeczpospolita ist unter Piłsudski auch ein Nationalstaat geworden, und die Ungarn haben vergessen, was ihr großer König Stephan seinem Sohn Emmerich ins Testament schrieb: *„Mein Sohn, schau immer, dass in deinem Reiche viele verschiedene Völker sind mit vielen Sprachen. Nur ein Reich mit vielen Sprachen und Völkern ist stark und kraft-*

voll. Ein Reich nur mit einem Volk stirbt." Ein großartiger Gedanke, auch für das zukünftige Europa.

These 5: Wir reden über Minderheiten, aber wir haben kaum eine Definition der Minderheit. Das berühmte Rahmenabkommen des Europarates ist von Frankreich nur angenommen worden unter der Bedingung, dass nicht definiert wird, was eine Minderheit ist. So kann Frankreich sagen, wir haben keine Minderheiten, der Elsässer ist ein Ostfranzose, der Korse ein Südfranzose. Und man weiß ja, wie schwer sich Frankreich tut, dieses Abkommen endlich zu ratifizieren. Wenn Staaten wie Lettland oder Kroatien es bereits ratifiziert haben, aber Frankreich nicht, ist das fast ein Schandfleck für die EU. Es sei ja hier schon angesprochen worden, wie groß die Gefahr ist, dass man den Neuen mehr Lasten aufbürdet, als man selbst zu Hause gewillt ist, in der EU zu tragen.

Zum Abschluss kam Prof. Grulich auch auf die Bedeutung der Kirchen für dieses Thema zu sprechen und gab zwei Hinweise: zum einen, dass im Jahre 1215, dem Jahr der Magna Charta in England, auf dem IV. Laterankonzil auch die kirchliche Magna Charta für die Minderheiten erstellt worden sei. Dort gibt es einen Kanon, in dem es heißt: So in einer Diözese oder in einer Pfarrei Menschen verschiedener Sprache leben, habe der Bischof oder Pfarrer dafür zu sorgen, dass die Sakramentenspendung und die Predigt in der Volkssprache geschehe. Als ein Beispiel für die Umsetzung dieses Kanons berichtete Prof. Grulich, dass zur Zeit der Reformation eine Synode in Kulm verfügt habe, dass, wenn ein Pfarrer, der andersprachige Menschen in seiner Pfarrei habe – Polen in einer deutschen oder Deutsche in einer polnischen Pfarrei – nicht innerhalb von zwei Jahren dafür sorge, dass die Seelsorge in der Muttersprache garantiert sei, ihm das Gehalt halbiert und nach weiteren zwei Jahren ganz gestrichen werde.

Zum anderen: 1989 zum Weltfriedenstag hat Papst Johannes Paul II. ein Hirtenwort geschrieben: *„Durch Schutz von Minderheiten den Frieden schützen und wahren."* Das sei unbekannt wie viele andere Texte dieses großen Mannes, obwohl es ein Schlüsselwerk des Papstes für die europäische Einigung sei, zumal darin auch ganz klar die Pflichten der Minderheiten ausgedrückt worden sind, u. a. auch ihre Verantwortung für die Bejahung und Erhaltung des Staates.

GESPRÄCHSFORUM

Nitschke leitete die Gesprächsrunde ein mit der Frage an die drei Teilnehmer aus Estland und Polen: *„Verlangen wir von Ihnen wirklich mehr, als wir selber leisten?"*

***Krzemiński*:** Er habe den Eindruck: ja. Unsicherheit bestehe vor allem darüber, was eine Minderheit sei. Auf der einen Seite habe man eine ziemlich willkürliche juristische Deutung, als gäbe es nur die verwurzelten Minderheiten in einem geschlossenen Raum, wie z. B. die Sorben, auf der anderen Seite gelten plötzlich die Kinder der Besatzungstruppen in Estland und Lettland als eine Minderheit, das heißt, man dürfe als Besatzer einmarschieren und werde 40 Jahre danach vom Westen als legitime Minderheit in Schutz genommen. Und wenn er daran denke, dass man in Londonderry seit Jahrzehnten einen Bürgerkrieg mit ethnisch-religiösem-konfessionellen Hintergrund beobachte, dann könne er nur sagen, *„die Barbarei ist auch im Herzen Europas"*.

Wie ist es möglich, das zu überbrücken und zu bewältigen? Notwendig sei vor allem ein Neu-Überdenken des aus der Geschichte gewachsenen Verständnisses einer Staatsnation, und zwar in allen europäischen Ländern. Es werde immer wieder deutlich, dass man in Polen und Frankreich in zentralistischen Strukturen verankert sei, wie in Deutschland immer noch juristisch in der Tradition des wilhelminischen Nationverständnisses. Die Diskussionen über Einwanderung, doppelte Staatsbürgerschaft und Leitkultur zeigten deutlich, wie schwer man sich gerade im Westen tue, dieses antiquierte Verständnis zu revidieren. Dass mit der Joschka-Fischer-Debatte ein neues Verständnis Europas überhaupt zur Sprache gebracht werde, begrüße er sehr und wünschte sich, dass diese Debatte auch im

Osten inklusive Ukraine, Weißrussland, Baltische Länder und Russland neu geführt würde.

Brok: Er meine, wir sollten die Frage der Minderheitenpolitik auch betrachten, wie wir in Zukunft Befriedungen zu Wege bringen. Es sei relativ gleichgültig, aus welchen Motiven, Gründen oder geschichtlichen Ursprüngen Minderheiten in einem Lande entstanden sind. Es löse nicht das Problem für die Zukunft, wenn man daraus einen Unterschied mache. Wenn es nicht gelänge, in den baltischen Staaten eine Befriedung zwischen den Bevölkerungsgruppen zu haben, werde es auf Dauer Schwierigkeiten in den Staaten selbst und mit dem großen Nachbarn geben. Die EU sei darauf angelegt, den Kreislauf der Gewalt zu beenden. Das bedeute, eine Politik zu betreiben, dass innerhalb der Länder nicht neue Spannungen auftauchten und die Aufnahme der baltischen Staaten politisch gegenüber dem großen Nachbarn durchsetzbar sei.

Natürlich sei in Frankreich manches nicht in Ordnung und gäbe es manche Reformnotwendigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, aber wenn man die Fragen des Spannungsverhältnisses zwischen nationaler Identität, europäischer Einigung und den Minderheitenfragen nicht in jedem Einzelfall versucht auszutarieren – manchmal auch mit unbefriedigenden und noch nicht gleichwertigen Ergebnissen –, dann werde man nicht vorankommen.

Hätte man 1950, als Robert Schumann den Vorschlag zur Montanunion machte, als Bundesrepublik Deutschland nicht mitmachen sollen, weil die Korsen nicht als Minderheit anerkannt worden sind? Das erscheine ihm nicht der richtige politische Ansatzpunkt zu sein. Über die europäische Einigung und die Erfahrungen, die mit föderalen Strukturen gemacht wurden, gibt es heute eine zunehmende Regionalisierung, selbst in einem so zentralistischen Land wie Frankreich, ebenso in Großbritannien mit eigenen Parlamenten in Wales und in Schottland, oder in Spanien, wo es Regionalregierungen mit eigenen Zuständigkeiten im Bereich der Kultur- und Bildungspolitik gibt. Es gäbe also erhebliche Fortschritte. Wichtig sei, jeweils die Lösung zu suchen, die politisch- pragmatisch richtig ist, um das eigentliche Ziel, die Befriedung Europas, zu erreichen.

Dr. Rautenberg: Es sei für einen Historiker nicht ganz einfach, in diesen Dimensionen zu denken, weil er eine gewisse Tiefendimension im Auge behalten müsse. Er denke allerdings, dass es gefährlich sei, mit dem Testament Stephans des Großen oder mit dem Laterankonzil von 1215 zu argumentieren, dazwischen lägen doch 800 Jahre geschichtlicher Entwicklung. Als Ostpreuße wolle er jedoch auf jemanden aufmerksam machen, der für die Geschichte des europäischen Denkens von entscheidender Bedeutung ist, und – es sei fast symbolisch – dessen Grab im Feuersturm 1945 in Königsberg unversehrt geblieben ist: Emanuel Kant. Damit käme er auf das zurück, was Bischof Justs gesagt habe: wir brauchen – neben allen vertragsmäßigen Absprachen und völkerrechtlichen Entscheidungen – in Europa ein moralisches Fundament. Ob das ein rein christliches sein müsse, wage er nicht zu entscheiden, aber eine der Wurzeln sei da sicherlich, die andere liege in der Antike und die dritte im deutschen Idealismus, und dafür stehe Kant. Es stimme ihn hoffnungsfroh, dass z. B. unsere polnischen Nachbarn entdeckt haben, dass sie ein Erbe zu verwalten haben: Er denke da an Breslau, wo das Zentrum der polnischen Germanistik beheimatet ist, oder an Danzig, das man aus Trümmern wieder aufgebaut hat. Dafür sind wir von Herzen dankbar. Und es erfüllt uns auch mit Zuversicht und Trost, dass das Denkmal Emanuel Kants heute in Königsberg wieder an der alten Stelle steht, und darüber in deutscher und in russischer Sprache ein Kernsatz seines Denkens: *„Zwei Dinge sind es, die das Gemüt mit immer wachsender Bewunderung erfüllen, der gestirnte Himmel über mir und das moralische Gesetz in mir."*

Raik: Sie wolle doch zum Ausdruck bringen, *„dass das Lieblingsfrühstück eines Esten nicht ein Russe"* sei, sondern dass man doch ziemlich gut und gerecht miteinander umgehe. Die estnische Gesetzgebung gleiche der in Deutschland, wo man auch fünf Jahre gewohnt haben müsse, um die Staatsbürgerschaft zu erhalten. Und auch hier müsse man gemäß dem Gesetz Deutsch können, um die Staatsangehörigkeit zu bekommen. Darum sei es auch nichts Besonderes, dass man auch Estnisch oder Lettisch können müsse, um die Staatsangehörigkeit zu bekommen. Es sei wichtig, dass wir uns mehr kennen lernen, aber auch vorsichtig miteinander umgehen müssen, auch mit der jeweiligen Geschichte, insbesondere der jüngeren unter der Sowjetunion und der der Umbruchzeit. Zum Zusammenleben im heutigen Europa gehöre sehr viel Toleranz. Ihre persönliche Erfahrung sei, dass sie in den zwei Jahren, in denen sie in einer Stadt wohne, wo die Esten eine echte Minderheit sind, mehr Toleranz gelernt habe als in ihren 30 Lebensjahren nur unter Esten.

Dr. Grulich: Er glaube, in Europa kranke die Diskussion über die Staatsbürgerschaft daran, dass wir den französischen Begriff „nationalité" – Staatsangehörigkeit und Nationalität – gleichsetzen, was aber zwei völlig verschiedene Stufen sind. Selbst im sowjetischen Pass stand als Nationalität: sowjetdeutsch, ukrainisch oder estnisch, und als Staatsangehörigkeit sowjetisch. In Frankreich ist das das Gleiche. Er habe jetzt Angst bei der deutschen Diskussion um die Staatsangehörigkeit, dass manche Politiker glaubten, wenn man über Nacht einem Türken den Pass nachschmeiße, würde er ein Deutscher werden.

Klinke: Er verweist insbesondere auf den politischen Aspekt. Es nütze nichts, dass immer nur irgendwelche Perspektiven in Aussicht gestellt werden, in dem Augenblick aber, wenn sie erfüllt seien, erneut Rückzieher gemacht werden. In Estland habe man von 36 Beitrittskriterien inzwischen 28 erfüllt, dennoch relativiere z. B. Bundeskanzler Schröder das, was er vor einigen Jahren gesagt habe. Es sei ja nicht so, dass in Estland, Lettland und Litauen ein Kampf zwischen den baltischen Völkern und der russischen Minderheit stattfinde, sondern es gäbe dort gewachsene Strukturen. Auch dürfe man nicht verwechseln, dass die Baltischen Staaten keine postsowjetischen, sondern präsowjetische Staaten seien.

Dirks: Es wäre durchaus nicht so, dass den Türken die deutsche Staatsangehörigkeit „nachgeschmissen" werde. Das neue Recht sei so konzipiert, dass jeder, der die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben möchte, schon eine gewaltige Integrationsleistung erbracht haben müsse und das werde auch geprüft. Es sei ein Versuch des Staates, die großen Probleme anzupacken, die entstehen bei der Integration von großen ausländischen Volksgruppen in Deutschland. Man halte es jedoch auch für einen richtigen

Schritt, bei Menschen, die schon stark auf den deutschen Staat zugekommen sind, auch auf diese zuzugehen, in dem man ihnen die deutsche Staatsangehörigkeit anbiete.

Dr. Berlińska: Sie verweist auf die sprachliche Situation im Oppelner Schlesien: Die Lage nach 1945 war völlig anders als nach 1989. Nach dem Kriege blieben in Schlesien viele zweisprachige Schlesier, sie sprachen Deutsch und „Wasserpolnisch". Heute gibt es auch zweisprachige Schlesier, sie sprechen Hochpolnisch und Wasserpolnisch. Nur die ältere Generation kennt noch Hochdeutsch aus der Schule. Zu Hause gibt es keine ausreichende Unterstützung des deutschen Sprachunterrichts, weil die meisten Eltern als 40-jährige Schlesier nicht mehr ausreichend Deutsch sprechen. Das ist natürlich die Folge der assimilatorischen Pression der polnischen Regierung nach dem Kriege, denn für die öffentliche Benutzung der deutschen Sprache drohte Arbeitslager. Und so ist es verständlich, dass viele Schlesier die deutsche Sprache auch zu Hause aufgaben.

Zur Kenntnis nehmen müsse man jedoch, dass im vereinigten Europa sich die Identi-

täten wandeln werden von einer monoplenen linearen nationalen Identität in multiple Identitäten: Wenn z. B. ein Deutscher zehn Jahre lang in Frankreich lebe, nehme er dort an den Kommunalwahlen teil und übernehme Muster des Alltagslebens der Franzosen. Wenn er dann nach Deutschland zurückkehre, sei er ein anderer Deutscher, als wenn er nie Deutschland verlassen hätte. Sie sei daher der Meinung, dass die Zukunft Europas erfordere, den Einwanderern, die seit Jahrzehnten im jeweiligen Staat leben, tatsächlich gleiche Rechte einzuräumen. Andererseits werde gerade jetzt in der Zeit der Globalisierung – wenn wir alle gleiche Kleider tragen und Fastfood essen – die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kultur und einer nationalen Gruppe immer wichtiger, vor allem auf der Ebene der Emotionalität und der der Symbole. Daher sollten die kulturellen Rechte

Von links: Dr. D. Berlińska, A. Krzemiński, Dr. L. Klinke, Bischof A. Justs, Dr. H.-W. Rautenberg, W. Nitschke, K. Raik, Prof. Dr. R. Grulich, G. Dirks, E. Brok MdEP.

der Minderheit genauso gewahrt werden wie die politischen. Und das erfordere die Unterstützung des Staates.

Brok: Es sei immer ein Problem, wenn man in der Situation sei, dass man Grundsätzen durchaus zustimmen könne, aber leider auch in der Lage sein müsse – er sei der einzige Politiker in der Runde –, diese Grundsätze in politisches Handeln umzusetzen. Und da gebe es leider Unterschiede, was jeweils durchsetzbar, was politisch klug sei in einem bestimmten Moment und in einer bestimmten Region. Deswegen müsse es in jedem Einzelfall aufgrund der historischen Zusammenhänge, machtpolitischen Verhältnissen, Nachbarn etc. differenzierte Lösungen geben, um zum jeweiligen Ziel zu kommen, und das auch mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Wenn man das nicht akzeptiere, werde man niemals weiterkommen. Die Vergleiche mit den jeweils anderen Ländern, was dort verwirklicht worden sei, werden uns nicht weiterhelfen. Das gelte insbesondere auch für die baltischen Staaten. Es geht einfach darum, als EU eine Entscheidung jetzt zu treffen, die wegen eines ungelösten Problems nicht zum dauerhaften Streit mit dem Nachbarn Russland führe. Das ist eine machtpolitische Frage, die den Frieden in Europa betrifft. Dabei werde die emotionale Lage von Esten oder Letten in dieser Frage nach so vielen Jahren sowjetischer Okkupation klar gesehen, auch dass sich dort Minderheiten aus Offizieren von Sowjettruppen zusammensetzen.

Im Zusammenhang mit Rechten und Wahlen müsse deutlich gesagt werden: Innerhalb der EU hat jeder, ob er Bürger eines Mitgliedlandes ist oder nicht, dieselben Rechte mit Ausnahme der politischen Rechte der Wahlen. Er meine, wer wählen möchte, also die Struktur eines Landes mit beschließen wolle, der müsse vorher auch den „Vereinsbeitritt" gemacht haben. Man könne nicht die türkische Staatsbürgerschaft haben und sie verteidigen mit der Begründung, „das ist meine Identität", aber seine politischen Rechte nicht in der Türkei sondern in Deutschland wahrnehmen wollen. Da müsse man für sich selbst eine Entscheidung treffen. Minderheiten haben nicht nur Rechte, sondern auch Integrationspflichten. Es gibt einen Loyalitätsanspruch auch dem Staat gegenüber den Minderheiten, das muss in Balance gebracht werden. Auch ein Land mit großen Minderheiten hat Anspruch auf eigene Identität. Ob wir das nun Leitkultur nennen oder anders, sei völlig egal. Je mehr die Menschen sich nach außen öffnen in dieser globalisierten Wirtschaftsordnung, je mehr haben sie ein Bedürfnis nach Identität zu Hause. Je mehr wir europäisch einigen, je mehr gibt es Bedürfnis nach Identität in der eigenen Heimat. Es ist kein Widerspruch, sondern ein Zusammenhang, Weltbürger und heimatverbunden zu sein. Und das müssen wir zusammenbringen, weil die Menschen sonst wurzellos werden in einer globalisierten Ordnung.

Klinke: Er weist darauf hin, dass es für die baltischen Staaten von größter Wichtigkeit sei, eine Sicherheitsgarantie zu bekommen, diese gäbe es aber nur, wenn sie in der EU und der NATO seien. Daher müssten von der EU klare Signale gesetzt werden.

Brok: Es würden zur Zeit mit zwölf Ländern Verhandlungen geführt. Jedes einzelne Land werde für sich bewertet, zunächst ob es die politischen Voraussetzungen erfülle, da dies Bedingung sei für den Beginn von Verhandlungen überhaupt: Diese finden jedoch mit den baltischen Staaten bereits statt, die ökonomisch differenziert, aber alle insgesamt auf einem guten Wege seien. Man werde im Herbst 2002 feststellen, welches Land reif für die Mitgliedschaft sei. Es werde nach seiner Einschätzung so sein, dass zum 1. Januar 2003 die ersten Beitrittsverträge unterschrieben werden, zumal beschlossen worden sei, dass die ersten Mitgliedsländer so in die EU hineinkommen müssen, dass sie sich an den Europa-Wahlen des Jahres 2004 beteiligen können. Er gehe davon aus, dass die Baltischen Staaten dabei sein werden, und rechne damit, dass auf dem NATO-Gipfel des Jahres 2002 die Baltischen Staaten auch in die NATO aufgenommen werden.

Dr. Rautenberg: Er möchte nochmal den Blick nach Osten auf Russland richten, da er meine, dass Moskau die Aufnahme aller drei baltischen Staaten in die EU und in die NATO nur als gegen sich gerichtet empfinden könne. Das russische Prestigegefühl sei äußerst empfindlich, und bei allen Schwierigkeiten, die dieses große Land im Moment habe – wirtschaftlicher und auch sicherheitspolitischer Natur – sei es immer noch eine Groß- und Atommacht. Und außerdem gäbe es da noch ein Spezialproblem: das Gebiet Kaliningrad. Wie stellt sich die EU die Zukunft dieses Gebildes vor?

Brok: Mit Russland fänden zurzeit sehr intensive Gespräche statt. Russland sei in seiner Vielfalt eine Europäische Union in sich selbst, die die EU als gleichwertigen Partner sehen müsse, um auf dieser Grundlage Brücken zu bauen. Es werde in Kürze einen Vorschlag von Präsident Putin geben, dass es spezielle unmittelbare Beziehungen zwischen den Institutionen der EU und der russischen Föderation geben soll. In Königsberg sei er selbst vor kurzem gewesen, und zwar mit einer von ihm geleiteten Delegation des Europäischen Parlaments auf Einladung des Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses der Duma zu einer Konferenz der vier Ausschussvorsitzenden aus Polen, Litauen, Russland und der EU, um über die Zukunft Kaliningrads auf der parlamentarischen Ebene zu reden. Und dabei sei es hochinteressant, das die Russen auf eigenen Vorschlag hin ein Dokument mit unterschrieben haben, wo sie sagen, dass in Zukunft die Fragen des Grenzregimes auf der Grundlage des EU-Rechtes organisiert werden sollen.

Bischof Justs: Er möchte für die baltischen Staaten und besonders für Lettland sagen, dass sie eine Feder sein wollen zwischen der EU und dem großen Nachbarn Russland. Die Balten wollen echte Völker in Freiheit sein, und haben sehr viele Schritte gemacht, um in die EU einzutreten. Sie bringen sehr viele Selbstopfer für diese Union, in der Landwirtschaft, in der Ökonomie und der Politik. Man habe eine große Minderheit von 30 % Russen, darunter 20.000 pensionierte Offiziere der Roten Armee. Man müsse auch wissen, dass vor 1991 die echten Letten, die nicht in der Partei waren, nicht auf die Hochschulen gehen oder eine gute Ausbildung erhalten konnten. Darum sei es sehr schwer für sie, sich immer zu verteidigen gegenüber den Mächten, die sie umgeben. Aber er glaube, dass der gute Wille in Europa da ist, zusammenzuleben, und dass auch die baltischen Länder ein Teil von Europa werden.

Nitschke: Es gäbe sicher noch viele Aspekte, die man bereden und diskutieren könnte, er denke aber, dass man in den letzten drei Tagen viel über „Miteinander leben" erfahren habe und auch feststellen konnte, dass es gehe, dass wir schon viel erreicht haben aber das wir auch sicherlich noch einiges daran tun müssen. Er danke allen, die hier mitgewirkt haben. **Gerhard Nitschke**

JUGENDPROGRAMM

Dieses Jahr war das Jugendprogramm in Gemen etwas Besonderes: außer Deutschen und Polen waren auch drei Jugendliche aus Litauen gekommen.

Nachdem sich alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Jugendprogramms am Mittwochabend schon kurz kennengelernt hatten, traf man sich am Donnerstagmorgen zum Start des Programms.

Wir suchten in den drei gesprochenen Sprachen (deutsch, polnisch, litauisch) Bezeichnungen (auch negative) für Ausländer und befassten uns damit, welche Nationalitäten in Polen, Deutschland und Litauen vorhanden sind. Wir stellten fest, dass es vor allem in Deutschland, aber auch in den anderen Ländern, regionale Unterschiede gibt.

Am Nachmittag ging es weiter mit einem Film über eine pakistanische Familie in England, der sehr gut darstellte, zu welchen Konflikten es kommen kann, wenn zwei Kulturen aufeinander treffen.

Am Freitag versuchten wir anhand von Rollenspielen Situationen nachzuempfinden, in denen sich Menschen aufgrund ihrer Nationalität, Kultur, Religion oder ihres Aussehens fremd fühlen. Wer aus Europa kann schon mit Stäbchen essen?

Außerdem ging es darum, in Gruppen eine Geschichte zu Ende zu bringen. Von dem nicht ganz ernst gemeinten Tod eines DJs bis zu sinnvollen Vorschlägen zur Lösung von Konflikten war alles dabei.

Am Samstagmorgen hatte sich die Zahl der Teilnehmer und Teilnehmerinnen aufgrund des „heftigen" Freitagabend (Geselliger Abend) leider verringert. Die restlichen etwas müden Jugendlichen erlebten allerdings noch einen sehr informativen Vormittag, der sich von dem Rest des Programms abhob, da es diesmal nicht um die uns schon bekannten Länder ging, sondern um aktuelle Konflikte in Südosteuropa.

Nach dem üblichen Karte zeichnen versuchten wir die Probleme in diesen Ländern anhand eines Rollenspiels zu verstehen, indem wir zwei befeindete Völkergruppen darstellten, die über einen Friedensschluss berieten.

Auch in diesem Jahr ergab die anschließende Reflexion, dass Ursula Rao, Claudia Gawrich, Adalbert Ordowski und Norbert Czerwinski, die für das Programm verantwortlich waren, ihre Sache sehr gut gemacht hatten.

Die Dreisprachigkeit der Teilnehmer und Teilnehmerinnen führte dazu, dass sowohl beim Programm als auch in der Freizeit meistens Englisch gesprochen wurde, so dass die Verständigung viel besser lief als im vorigen Jahr, da niemand anfing in seiner Muttersprache loszuquatschen, ohne dass ihn jemand verstand, stattdessen ergaben sich intensive Gespräche in kleinen Gruppen über Musik, Computer, Schule, Gott und die Welt. **Nele Quecke**

KINDERPROGRAMM

Wie in jedem Jahr hatten wir Kinder viel Spaß in Gemen, wir haben unser Programm wieder zweisprachig gemacht und ich habe neue polnische Wörter gelernt.

Am besten haben mir die neuen Lieder gefallen, „Paule Puhlmanns Paddelboot" und „Im Land der Blaukarierten". Zu beiden Liedern haben wir gemalt, gebastelt, Geschichten erzählt und gespielt. Das Ergebnis konnten sich dann alle am Sonntag bei der „Stunde der Gemeinschaft" angucken und anhören.

Ganz toll fand ich die Idee von Ewa, mit unseren geschminkten Füßen am Freitagabend einen Tanz vorzuführen, das hat wohl allen gut gefallen. Schade war nur, dass wir deshalb nicht bei der Polonaise mitmachen konnten. Aber das mach ich dann im nächsten Jahr bestimmt wieder!

Eine Besonderheit muss ich noch erwähnen: Am Sonntagnachmittag haben wir keinen Ausflug gemacht, sondern sind zum Gemener Schützenfest gegangen. Auf dem Festplatz haben wir Zuckerwatte gegessen und sind Karussell gefahren, bis uns schlecht wurde. **Tabea Quecke**

Mitgliederversammlung des Adalbertus-Werkes

Wie üblich fand während des Gementreffens am 4. August 2001 die jährliche Mitgliederversammlung des Adalbertus-Werkes e.V. statt. Aus der Tagesordnung seien hier folgende allgemein interessierende Informationen erwähnt:

- Außer den Tagungen in Gemen und Danzig, sowie der religiösen Frühjahrstagung in Essen-Werden (gemeinsam mit der Adalbertus-Jugend), über die im ***adalbertusforum*** ausführlich berichtet wurde, fanden 2000/2001 regionale Bildungstagungen in Berlin, München, Gütersloh, Frankfurt/Main und Elmshorn statt; thematisch wurden „Die Kunst im Weichselraum" und „Das Wirken der Orden in Raum Danzig" behandelt.
- Über die Wahrnehmung übergeordneter Aufgaben durch den Vorstand wurde in Nr. 1-2/2001 des ***adalbertusforums*** (S. 27) berichtet, ebenso in der gleichen Ausgabe (S. 25) über die Aktivitäten der Adalbertus-Werk-Gruppe in Danzig, die inzwischen ca. 120 Mitglieder zählt.
- Ulrich Wobbe legte den Kassenbericht vor, der ohne Beanstandungen von den Kassenprüfern Monika Wienhold-Quecke und Georg Sturmowski geprüft war.
- Die seit der Mitgliederversammlung 2000 vakante Position des/r Schriftführers/in wurde noch nicht neu besetzt, zu neuen Kassenprüfern wurden Monika Wienhold-Quecke und Alfred Ordowski einstimmig gewählt.
- Der Jahresmitgliedsbeitrag wird nach Einführung des Euro von der Versammlung auf 25,00 Euro festgesetzt, das Abonnement für das ***adalbertusforum*** ohne Mitgliedschaft auf 12,00 Euro; Ehegatten sind auch weiterhin Mitglieder ohne eigenen Beitrag. Die Beiträge der Mitglieder in Polen bleiben unverändert bei 15,00 Złoty.

Erstes weltweites Danziger-Treffen in Danzig

Auf Einladung des Rates und des Stadtpräsidiums von Danzig soll vom **24. bis 27. Mai 2002** ein **„Erstes weltweites Treffen der Danziger"** in der Stadt stattfinden. Stadtpräsident Adamowicz hat bei einer Begegnung während der 8. Deutsch-polnischen Studientagung am 30. 10. 2001 seine Ideen vorgestellt und das Adalbertus-Werk zur Mitgestaltung eingeladen. Das Programm wird im nächsten ***adalbertusforum*** vorgestellt, das noch vor Ostern erscheinen soll. Das Adalbertus-Werk plant, seine **9. Studientagung in Danzig** dem Treffen vom **20. bis 23. Mai** vorzuschalten und in das Treffen übergehen zu lassen. Im Haus der Lehrer/Dom na uczyciella in Langfuhr/Wrzeszcz konnten 30 Quartiere für Teilnehmer der Tagung und des Treffens vom 20. bis 28. 5. 2002 vorbestellt werden. Das Programm der Tagung und Einzelheiten über die Kosten werden ebenfalls im nächsten ***adalbertusforum*** veröffentlicht. Eine baldige Vormerkung der Interessenten an einer Teilnahme ist anratsam.

Von der „Ostsee-Akademie“ zur „Academia Baltica“

Adalbertus-Werk in der Trägerschaft

Vor einem Jahr, in der Ausgabe Nr. 3–4/2000 des ***adalbertusforums,*** wurde auf S. 32 unter PERSONALIEN kurz über die Dispensierung des Akademie-Direktors Dr. Dietmar Albrecht an der Ostsee-Akademie in Lübeck-Travemünde und die in der Öffentlichkeit und Presse diskutierten Vermutungen über die Hintergründe berichtet. Inzwischen konnte der interessierte Beobachter in der Presse und im Internet verfolgen, wie der Prozess der Zerstörung einer Hoffnung ablief, die vor zwölf Jahren viele erfüllt hatte, als die Ostsee-Akademie gegründet wurde und die vor zwei Jahren eine vermeintliche Bestätigung erfuhr, als man unter Anwesenheit bedeutender Repräsentanten aus Politik und Kultur – darunter Bundespräsident Herzog, der polnische Außenminister Bartoszewski und die Ministerpräsidentin Simonis – ihr zehnjähriges Jubiläum feierte.

Jene Hoffnung bestand darin, dass eine Landsmannschaft der Vertriebenen – die der Pommern – quasi über alle Schatten gesprungen war und mit der Schaffung einer einmaligen Akademie die Chance bot, einerseits sine ira et studio alle jene Probleme zu diskutieren, die das europäische Zusammenwachsen gerade in Hinblick auf Ostmittel- und Osteuropa aus der Geschichte der letzten ca. 250 Jahre belasten und andererseits den Blick nicht mehr nur rückwärts sondern a priori nach vorn zu richten. Gerade weil der Gastgeber eine Landsmannschaft war, eröffnete sich eine doppelte Chance: zum einen, den Gästen von jenseits des ehemaligen „Eisernen Vorhangs“ den Blick dafür zu öffnen, dass die unter kommunistischer Herrschaft festgeschriebene Klischeevorstellung von „den revanchistischen Vertriebenen“ falsch ist und dass der Dialog gerade mit jenen äußerst fruchtbar sein kann, die durch ihre Herkunft und Geschichte natürliche Brückenbauer zwischen Ost und West zu sein vermögen; zum anderen, den Menschen im eigenen Lande deutlich zu machen, dass der Weg nach Europa nur gemeinsam beschritten werden kann, Heimatvertriebene und Heimatverbliebene in enger Gemeinschaft mit all jenen, die Jahrzehnte lang in Unfreiheit lebten, sowohl in Deutschland selbst als vor allem östlich seiner heutigen Grenzen.

Die Existenz und das Programm der Ostsee-Akademie bedeuteten ein Fanal, insbesondere auch für die Zukunft der Vertriebenenarbeit in Deutschland in den Landsmannschaften des BdV. Das Adalbertus-Werk als kirchliche Vertriebenengemeinschaft hat diesen Vorgang mit besonderem Interesse beobachtet, zumal seine Gründer schon 1947 erste Zeichen der Versöhnung gegenüber den neuen Bewohnern ihrer Heimat gesetzt haben, entgegen dem damals geäußerten Missfallen von Vertretern der eigenen Landsmannschaft.

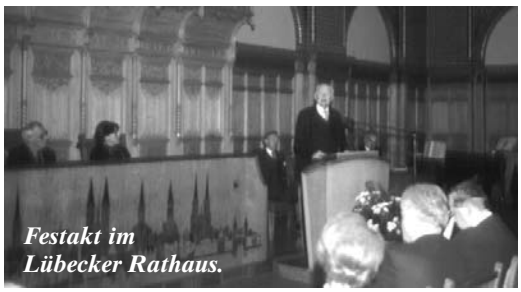
Dennoch, das „Feuerzeichen“ erlosch. Schon während der Tagung aus Anlass des 10-jährigen Bestehens im September 1998 war für den sensiblen Teilnehmer spürbar, welchem Spagat sich der Direktor der Akademie, Dr. Albrecht, aussetzte; zu gegensätzlich war die beharrende rückwärtsgewandte geistige Haltung mancher Vertreter des Trägers gegenüber der dynamisch auf Dialog und Brückenbau ausgerichteten des Akademie-Direktors. Es war nur eine Frage der Zeit und der Veränderung der Konstellationen im Vorstand der Landsmannschaft – insbesondere aber auch des Alters und der damit verbundenen Zurückdrängung der Autorität des Spiritus Rektors Dr. Philipp von Bismarck – dass es zum Versuch kommen musste, Dr. Albrechts Kurs in der Akademie zu bremsen und zu verändern.

Das geschah dann mit seiner Kündigung unter fadenscheinigen Gründen und entwürdigenden Umständen am 21. September 2001. (Informationen über die Einzelheiten der Entwicklung findet man in einer ausführlichen Pressedokumentation im Internet unter www.dietmaralbrecht.de – Ostsee-Akademie/Konflikt.) Eine Initiative von über 200 Instituten und Einzelpersönlichkeiten, an der sich auch das Adalbertus-Werk beteiligte – die Unterschriftenliste liest sich wie ein „WHO IS WHO“ der in der europäischen Ostarbeit Engagierten – stellte sich hinter Dr. Albrecht. Der Erfolg war schließlich die Sperrung der Mittel für die Ostsee-Akademie durch Bund und Land und der Versuch, diese im Juli 2001 durch Erweiterung des Trägerkreises auf ein neues Fundament zu stellen, den die Pommersche Landsmannschaft ablehnte.

Die Konsequenz war am 24. September 2001 die Gründung der neuen „Academia Baltica“ mit Sitz in Lübeck, die im Rahmen eines mehrtägigen Symposiums zum Thema „Erbe und Zukunft“ am 3. Dezember 2001 mit einem Festakt im Lübecker Rathaus in Anwesenheit von ca. 300 Gästen aus dem In- und Ausland feierlich eröffnet wurde, bei dem Prof. Dr. Arnulf Baring, Berlin, den Festvortrag hielt.

Träger und Gründungsmitglieder der „Academia Baltica“ sind die Deutsche Auslandsgesellschaft in Lübeck, die Deutsch-Polnischen Gesellschaften in Berlin, Hamburg und Kiel, die Deutsch-Baltische Landsmannschaft, die Europa-Union Schleswig-Holstein, die Fachhochschule Lübeck, das Institut for European Affairs in Düsseldorf, das Thomas-Mann-Kulturzentrum in Nidden/Litauen, das Adalbertus-Werk/Bildungswerk der Danziger Katholiken und der Verein zur Förderung der Academia Baltica. Vorsitzender des Academia Baltica e.V. ist Dr. Herbert Gienow, Essen, geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Direktor der Academia Baltica ist Dr. Dietmar Albrecht, Ratekau.

Der Vorstand des Adalbertus-Werkes hat sich zur Mit-Trägerschaft und aktiven Mitarbeit in der „Academia Baltica“ entschlossen, weil diese an die Tradition der Ostsee-Akademie anknüpfen will, mit deren Ausrichtung sich das Adalbertus-Werk voll solidarisieren konnte. Er sieht darin eine exzellente Möglichkeit, das Bemühen um die Verständigung und den Brückenbau gegenüber Ostmittel- und Osteuropa über den Rahmen der eigenen Bildungsarbeit hinaus zu fördern und damit die eigene Plattform zu erweitern. Er empfiehlt daher den Mitgliedern und Sympathisanten des Adalbertus-Werkes ausdrücklich, das Angebot der neuen „Academia Baltica“ wahrzunehmen und sich in deren Veranstaltungen einzubringen, evtl. auch dem *Verein zur Förderung der Academia Baltica* beizutreten. Im ***adalbertusforum*** werden wir regelmäßig über die Arbeit der „Academia Baltica“ berichten.



Festakt im Lübecker Rathaus.

Informationen über die Satzung, die Gründungsveranstaltung und das Programm 2002 findet man unter www.academiabaltica.de; Anfragen unter: Academia Baltica, Mengstr. 31, 23552 Lübeck, Tel. (0451) 39694-0, Fax (0451) 39694-25, E-Mail: office@academia baltica.de

Gerhard Nitschke

GLÜCKWÜNSCHE

Drei um das Adalbertus-Werk verdienten Damen gilt es zu „runden“ Geburtstagen zu gratulieren:

Irene Czerwinski, geb. Müller, zum **75. Geburtstag am 26. Dezember 2001**. Wie ihr späterer Mann Heinz gehörte sie 1947 zu den Teilnehmern des ersten Gementreffens. Gemeinsam mit ihm hat sie in den ersten Jahren dem Arbeitskreis angehört und manche Weichenstellungen auf dem Weg der Gemeinschaft mitverantwortet, ehe die Erziehung ihrer sechs Kinder ihre ganze Kraft beanspruchte. Wenn irgendmöglich ist sie immer in Gemen dabei, falls sie nicht in der großen Familie zu einem „Einsatz“ gebraucht wird. Bis vor einigen Jahren noch hat Irene sich in der Organisation der Gementreffen bei der Anmeldung mitengagiert und ist stets, wenn sie gebraucht wird, zur Hilfe bereit.

Christel Golm, geb. Beutler zum **70. Geburtstag am 31. Dezember 2001**. Ebenfalls vom ersten Gementreffen an dabei, war sie auch seit 1952 Mitglied des Arbeitskreises und hat vor allem in den ersten Ehejahren ab 1954 gemeinsam mit ihrem Mann Erwin – damals Geschäftsführer der Gemeinschaft der Danziger katholischen Jugend – eine enorme Last der Aufbauarbeit innerhalb der Danziger Katholiken mitgetragen. Bis heute ist Christel regelmäßige Gementeilnehmerin, engagiert sich außerdem in ihrer Pfarrgemeinde und ist „daneben“ in der Familie mit vier Söhnen und neun Enkelkindern reichlich ausgelastet.

Regina Nitschke, geb. Reier zum **70. Geburtstag am 14. Januar 2002.** Gementeilnehmerin seit 1948, stellv. Mädchenführerin 1952–1953, Arbeitskreismitglied seit 1952 und mehrere Jahre dessen stellv. Leiterin, hatte sie am Aufbau der Gemeinschaft der Danziger katholischen Jugend und des Adalbertus-Werkes großen Anteil. Abgesehen davon, dass sie seit Beginn der Ehe 1960 auch zunehmend „mit dem Adalbertus-Werk verheiratet“ ist und in hohem Maße die gesamte Arbeit mitträgt, war ihre persönliche Leistung in den Jahren 1969 bis 1994 – also 25 Jahre lang – die Koordination des Kinderprogramms bei den Gementreffen. Während es davor mehr um eine Beschäftigung der Kinder bei kreativem Spiel ging, wurde unter ihrer Leitung daraus die heutige Form des Programms III, eines mit professionellen Mitarbeitern pädagogisch durchdachten und durchgeführten Angebotes für die zweite, dritte und vierte Generation der Gementeilnehmer.

Allen drei Geburtstagskindern gelten unsere Glück- und Segenswünsche für noch viele gute Jahre, verbunden mit Dank für den vielfachen Einsatz!

PERSONALIEN

Die frühere Botschaft der Republik Polen in Köln, die seit der Verlegung des Hauptsitzes nach Berlin 1999 die Funktion einer Außenstelle hatte, erhielt nunmehr endgültig den Status eines Generalkonsulates. Am 27. September 2001 hat Frau **Elzbieta Sobótka** die Aufgaben der Generalkonsulin übernommen und folgt damit Botschaftsrat und Gesandter **Andrzej Szynka**, der nach Polen zurückkehrte. Frau Sobótka war zuletzt als Unterstaatssekretärin im Arbeitsministerium in Warschau tätig und hatte Deutschland-Erfahrungen bereits als Stipendiatin in Bonn, Konstanz und Göttingen. Bei einem Empfang aus Anlass des Nationalfeiertages der Republik Polen am 11. November 2001 konnte ich Frau Sobótka kennenlernen und erste Kontakte knüpfen. **G. N.**

Adalbertus-Werk im Internet:
www.adalbertuswerk.de

ZUM GEDENKEN

Wir erfuhren erst jetzt, dass am **19. März 2001** – nur wenige Wochen nach Vollendung ihres 70. Lebensjahres – **Eva Ewald** in Hamburg gestorben ist. Geboren am 11. Januar 1931 in Zoppot und dort aufgewachsen, lebte sie nach der Vertreibung zunächst mit ihrer Mutter und den beiden älteren Geschwistern Luzia und Johannes in Alverskirchen bei Münster, ehe die Familie Anfang der 50er Jahre nach Hamburg umzog, wo Eva Jura studierte. Nach Arbeit in einer Versicherungsgesellschaft war sie gemeinsam mit ihrem Bruder im Immobiliengeschäft tätig, bevor sie in den letzten Jahren in Davos/Schweiz ein Hotel führte. Von 1947 an gehörte Eva Ewald zum engsten Führungskreis der Gemeinschaft der Danziger katholischen Jugend, deren Mädchenführerin sie 1951–1953 und 1954–1956 war. In dieser Zeit hat sie Geist und Weg der Gemeinschaft stark mitgeprägt, insbesondere auch in Hinblick auf die Verständigungsbemühungen gegenüber Polen. Dem Adalbertus-Werk und seiner Arbeit blieb sie stets verbunden. R.I.P.

Am **9. Januar 2002** starb in Gütersloh nach schwerer Krankheit **Oskar Gamm**. Geboren am 20. September 1918 in Danzig, konnte er seiner eigentlichen Bestimmung, einst die renommierte elterliche Seifen- und Kerzenfabrik E. G. Gamm in der Breitgasse zu übernehmen, nicht entsprechen. Nach Kriegsdienst und Vertreibung verschlug es ihn nach Gütersloh, wo er bis zur Rente als Kaufmann bei der Firma Miele tätig war. Gemeinsam mit seiner ersten Frau – die er 1975 durch einen Autounfall verlor – hatte er vier Kinder. Mehr als 25 Jahre Ehejahre wurden ihm dann noch ab 1976 mit seiner zweiten Frau Dorothea geschenkt. Schon in Danzig engagierte sich Oskar als Schüler führend im „Bund Neudeutschland“ – der ihm zeitlebens geistige Heimat blieb – und geriet dabei in Konflikt mit den „Braunen“. Der Gemeinschaft der Danziger Katholiken war er eng verbunden und brachte sich auf frühen Gementreffen auch als Referent ein. Noch im April 2001 war er zum letzten Mal Teilnehmer beim Bildungstreffen des Adalbertus-Werkes in Gütersloh. R.I.P.

VERANSTALTUNGEN

Bildungstreffen 2002

28. April	**Gütersloh**
30. Juni	**Frankfurt am Main**
7. Juli	**Elmshorn**
25. August	**Berlin**
24. November	**München**

Änderungen bleiben vorbehalten.

Religiöse Frühjahrstagung

von Adalbertus-Werk und Adalbertus-Jugend im Kardinal-Hengsbach-Haus, Essen-Werden, Dahler Höhe 29

Termin: 23./24. März 2002
Beginn Sa. 15.00 Uhr, Ende So. 13.30 Uhr
Menschenwürdiges Sterben
Anmeldungen zur Teilnahme bitte an:
Herrn Johannes Schilke, Schimmelsfeld 29, 45139 Essen, Tel. (02 01) 28 33 60

56. Gementreffen

24.–29. Juli 2002
EU-OSTERWEITERUNG
Hoffnungen – Ängste – Aufgaben

9. Deutsch-polnische Studientagung in Danzig

20.–27. Mai 2002
In Zusammenhang mit dem „Ersten weltweiten Treffen der Danziger 2002“
(siehe besonderer Hinweis auf Seite 30)
Interessenten mögen sich schon jetzt bei der Geschäftsstelle bzw. telefonisch unter (02 11) 40 04 40 (Gerhard Nitschke) melden.

Termine in Kreisau

Europäische Akademie

10.–12. Mai
14. Maikonferenz der Stiftung Kreisau „Frauen im Widerstand“
Kontakt: monika@krzyzowa.org.pl

Gedenkstätte

22.–24. Februar
„Vom preußischen Feldmarschall zum aktiven Mitglied des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus.
Die Familie von Moltke in Kreisau.“
Wissenschaftliches Colloqium für Studierende und Doktoranden in Zusammenarbeit mit dem Historischen Institut der Universität Wrocław

24.–26. Mai
Gemeinsame Tagung mit der Evangelischen Akademie Berlin
„Widerstand in Diktaturen – eine europäische Menschenrechtstradition?“
Kontakt: franke@krzyzowa.org.pl

Ausführliches Programm über:
Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung
Internationale Jugendbegegnungsstätte Kreisau
Krzyzowa 7, PL- 58-112 Grodziszcze
Tel. +48-74-8500 300, Fax +48-74-8500 305
www.krzyzowa.org.pl